DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

164 15. JAHRGANG Mai '98 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

TAZ RUHR

Im Ruhrgebiet ist eine Initiative entstanden, die das Medien-Monopol des WAZ-Konzerns brechen will. Ab September '98 will die Initiative, nach Hamburg und Bremen, die dritte Regionalausgabe der taz, die »ruhr taz«, herausgeben.
Zusätzlich neues aus der Medienszene von »Klarofix« (Leipzig), »telegraph« (Berlin), »Die Brücke« (Saarbrücken), »Ossietzky« (Hannover) und die »Kommunikationspartisanen« im Internet auf Seite 3.

ÖKOSIEGEL

Die Diskussion um ein bundeseinheitliches Siegel für ökologisch erzeugte Produkte ist nicht neu. Neu ist aber, daß nun gemeinschaftlich an einem Ökosiegel gearbeitet wird. Seite 4

EXPO 2000

Die Expo, deren Schwerpunkt Hannover sein wird, gilt als umweltfeindlich. Die Baustellen, neuen Straßen und die Zerschlagung etlicher Teile der Stadtteilkultur belegen deutlich, was die Weltausstellung bewirken wird. Durch Einbindung der Umweltverbände in das Expo-Konzept versuchen die Organisatoren, der Expo ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Und besagte Organisationen befinden sich auf dem Schmusekurs, was dazu führt, daß es derzeit bundesweit keine hörbare Stimme gegen die Gigantomanie der Expo gibt. Seite 5

UTOPISCHER RÜCKBLICK

Vor 15 Jahren schrieb der Züri-Akivist P.M. »bolo bolo« mit seinen utopischen Entwürfen zu einer möglichst staatsfreien, dezentralisierten, ökologisch und antikapitalistisch ausgerichteten Gesellschaft. Mit der Genossenschaft »Kraftwerk 1« will P.M. nun auf Fabrikgelände mit einem Gebilde von etwa 700 Personen experimentelle Vorstadien von bolos kreieren. In seinem neuen Romanzyklus »Die Schrecken des Jahres 1000« hält er einen utopischen Rückblick auf das revolutionäre Mittelalter. Eine Buchvorstellung von Klaus Farin auf Seite 10.

PROJEKTE-GEBURTSTAGE

Das Café Ö in Gießen ist ein studentisches selbstverwaltetes Projekt, daß am 17. Mai seinen 10. Geburtstag feiert. Stephan Hübner stellt das Projekt vor.
25 Jahre jung wird gleichfalls im Mai eines der ältesten selbstverwalteten Jugendzentren der BRD, das Jugendzentrum »Friedrich Dürr« in Mannheim. Seite 10

AGRAR-FACHTAGUNG

Das Bildungswerk der Schäfereigenossenschaft Finkhof e.G. veranstaltete vom 6. bis 20. März die dritte Internationale Agrarfachtung (nach 1994 und 1996). Thema der Fachtagung: »Eignung, Funktion und Wirkungsgrenze von Kleinbauerngenossenschaften zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern und in Europa« Seite 12

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTEN – DIE EIGENHEIMZULAGE

Von der Hoffnung zum Flop

»Wohnungsbaugenossenschaften und Eigenheimzulage – Förderung oder Pervertierung der Genossenschaftsidee?«, lautete der ursprünglich geplante Titel dieses Schwerpunkts. Hintergrund ist die seit Anfang 1996 gültige Förderung neuer Wohnungsbaugenossenschaften. Das Bundesfinanzministerium entzog allerdings zu Beginn dieses Jahres dieser Chance für den genossenschaftlichen Wohnungsbau die Grundlagen. Angst vor dem großen Interesse an dieser Förderung dürfte das Hauptmotiv für diese Entscheidung gewesen sein.

Richtfest 1. Bauabschnitt 1925/26 in der Bielefelder Siedlung »Heeper Fichten«, in der bis 1931 460 Wohnungen entstanden. Hier versuchte die »Freie Scholle«, die wohnungs- und städtebaulichen Ziele eines gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau zu verwirklichen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Nach dem 1. Januar 1995 gegründete Genossenschaften können seit nunmehr zwei Jahren die staatliche Bauförderung in Anspruch nehmen. Von vielen Politikern wurde deshalb der § 17 Eigenheimzulagegesetz als Durchbruch gefeiert. Erstmals wird es möglich, daß ein Mitglied, das Genossenschaftsanteile erwirbt, hierfür auch eine Zulage des Staates bekommen kann.

Die Bestimmungen sehen vor, daß Genossenschaftsanteile ab 10.000 DM bis maximal 80.000 DM eine jährliche dreiprozentige Grundförderung für acht Jahre erhalten. Zusätzlich wird in dieser Zeit pro Jahr eine Kinderzulage in Höhe von 500 DM pro Kind gewährt. Die Gesamtförderung einschließlich der Kinderzulage darf die Summe der gezeichneten Anteile allerdings nicht überschreiten. Sie beläuft sich im Minimum bei der Anteilszeichnung von 10.000 DM auf 2.400 DM, bei 80.000 DM auf 19.200 DM. Mit der Kinderzulage liegt bei zwei Kindern, je nach Höhe der erworbenen Anteile, die Verzinsung bei 13%.

Auf den ersten Blick werden die Chancen kollektiver Selbsthilfe dadurch gestärkt. Verbunden mit der Förderung ist allerdings die Verpflichtung, in die Satzung das Recht auf Einzeleigentum aufzunehmen. Die genossenschaftliche Idee der Eigentumsbindung ohne Spekulation wird auf diese Weise unterlaufen. In der ersten Phase beschäftigte viele überzeugte Genossenschaftler deshalb die Diskussion, ob die Eigentumsorientierung in Kauf genommen werden dürfe oder nicht.

Verbesserte Finanzierungschancen

Einige »Tüftler« stellten allerdings bald begeistert fest, daß sich mit der Förderung anfangs nicht wahrgenommene Möglichkeiten verbinden lassen. Auch Externe konnten Genossenschaftsanteile zeichnen, die an einer Wohnung gar nicht interessiert waren, und dadurch die Förderung in Anspruch nehmen. Erstmals war der Status des Fördergenossen nicht nur aus Idealismus, sondern auch aus finanziellen Erwägungen interessant. Auf diese Weise ergab sich ein Ausgleich dafür, daß die Förderung von Genossenschaftsanteilen weiterhin deutlich unterhalb des selbstgenutzten Wohneigentums liegt.

Unter diesen Bedingungen gründeten sich unabhängig der kritischen Diskussion zur »erzwungenen« Eigentumsorientierung innerhalb von zwei Jahren rund 140 neue Wohnungsbaugenossenschaften. Sie repräsentieren etwa 30.000 bis 50.000 Mitglieder. Sie alle vertrauten auf die schriftlich vorliegende Interpretation, daß eine Selbstnutzung der Mitglieder für die Förderung nicht notwendig ist. Mit einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums Anfang dieses Jahres wird dies aber überraschend zurückgenommen: Spätestens bis zum letzten Jahr des Förderzeitraums muß nun eine Genossenschaftswohnung bezogen werden. Das gilt nicht für Mitglieder, die bis zum 15.02.98 einer förderfähigen Genossenschaft beigetreten sind.

Gefahr von Vermögensverlusten

Trotzdem werden aufgrund der veränderten Bedingung viele neue Genossenschaften in wirtschaftlich existentielle Probleme geraten. Es besteht die begründete Gefahr von Konkursen bzw. Gesamtvollsteckungen, in denen zahlreiche Genossenschaftsmitglieder ihre gezeichneten Anteile verlieren können. Von Vermögensverlusten betroffen werden durch die im Eigenheimzulagengesetz formulierten Einkommensgrenzen vor allem Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen sein.

Insofern dreht sich der vorliegende Schwerpunkt vor allem um die veränderte aktuelle Situation. Thomas Schaefers zeigt die gesetzliche Entwicklung auf und kritisiert die Unberechenbarkeit der Politik. Anhand der Fallbeispiele Urbana Kaserna, MiKa und WOGE wird der Umgang von Genossenschaften aus dem alternativen Spektrum mit der Eigenheimzulage bzw. ihrer Veränderung verdeutlicht. Dagegen zeigt Josef Bura eine Alternative zur eigentumsorientierten Ausgestaltung anhand des praktischen Beispiels der Schanze e.G. auf. Gründungshilfen und Literaturhinweise schließen den Schwerpunkt ab.●

Schwerpunkthema Seite 6 bis 9

SCHWERPUNKTTHEMA

Das Eigenheimzulagegesetz
Mika, Karlsruhe Seite 6
Woge, Köln
Schanze, Hamburg Seite 7
Kaserna Urbana, Kassel Seite 8
Literatur zum Thema Bauen Seite 8/9
Schritte zur Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften Seite 9

D 8008

4. BUNDESWEITES TAUSCHRINGTREFFEN

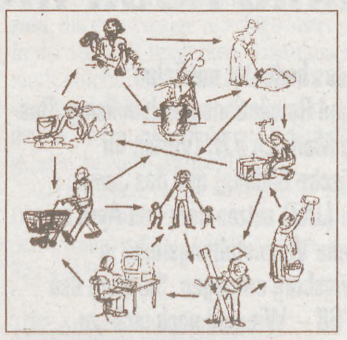
Neues Geld – neue Welt?

Würde die Deutsche Bundesbahn »Talente«, »Kreuzer« oder »döMak« als Währungs- oder Verrechnungseinheit beim Verkauf ihrer Fahrkarten akzeptieren – das diesjährige 4. bundesweite Tauschringtreffen wäre zweifelsohne wesentlich besser besucht worden. So trafen sich am Wochenende, vom 1. bis 3. Mai, nur die Vertreter von rund 80 Tauschringen in München.

von Günter Hoffmann aus München ● LETS-München, mit seinen über 1.300 Mitgliedern der größte Tauschring in Deutschland, war der Veranstalter und im Gegensatz zur DB, konnten hier die TeilnehmerInnen einen Teil der Tagungskosten mit »Talenten« abrechnen. Das zeigt, daß die bundesweite Verrechnung unterschiedlicher Währungen bereits möglich ist, auch wenn auf dem Treffen noch darüber diskutiert werden sollte.

»Tauschringe und ihre Hoffnungen, Utopien und Alltagsprobleme mit der Idee eines gerechten, natur- und sozialverträglichen Marktes« war der Diskussions- und Arbeitsschwerpunkt des diesjährigen Treffens. Dabei zeigten gerade die Diskussionen in den Arbeitsgruppen wie schwierig es ist, gegen den Druck der herrschenden Ökonomie und ihrer Denk- und Verhaltensweisen, ein selbstbestimmtes Leben zu kreieren.

Die Zahl der Tauschringe wird in-



zwischen mit 250 angegeben. Und ihr Boom – nicht nur in Deutschland – zeigt, daß das Bedürfnis nach solchen Kooperationsringen in breiten Kreisen der Gesellschaft vorhanden ist. Die Tauglichkeit der Tauschringe als eine erweiterte Form der Nachbarschaftshilfe ist erwiesen und daß das Projekt inzwischen mehr vermag, zeigt das Interesse verschiedener Kommunen, sich an den Tauschringen zu beteiligen. Angesichts der sich verschärfenden gesellschaftlichen Krise sind sie für weitsichtigere KommunalpolitikerInnen, SozialexpertInnen, selbst GewerkschaftlerInnen ein Hoffnungsschimmer.

Demgegenüber ist das Modell den engstirnigen und schwerfälligen Politikern und Funktionären ein Ärgernis. In dieser Situation besteht die Gefahr, daß die verschiedenen Behörden, vor allem durch steuer- und sozialrechtliche Verordnungen bzw. deren restriktive Auslegung, die Tauschringe auf das Stadium kleiner privater Zirkel zurückwerfen.

So ist nur zu hoffen, daß die Vertreter der Tauschringe, die sich am 5. Juni dieses Jahres in Magdeburg treffen um über mögliche Formen der Vernetzung zu diskutieren, sich bald entschließen können wenigstens einen Sprecherrat zu bilden, um ihre gesellschaftliche Aufgabe auch nach außen wahrnehmen zu können.●

ZUM AUTOR

Günter Hoffmann ist Autor des gerade im Münchener Piper Verlag erschienen Buches »Tausche Marmelade gegen Steuererklärung. Ganz ohne Geld – die Praxis der Tauschringe und Talentbörsen« (s. CONTRASTE Nr. 163). Er lebt und arbeitet als freier Journalist in Berlin.

HAMBURG – ALTERNATIV IM INTERNET:

www.web-line.com/bs

CONTRASTE ist im Internet – zunächst einmal regional mit den Hamburger »Bunte Seiten«, die ca. 300 Adressen von Hamburger Betrieben, Projekten und Initiativen enthalten. Die Hompage wurde duch unsere Hamburger Redaktion ins Netz gestellt. Voraussichtlich ab Juni soll eine von der Heidelberger Redaktion erstellte Hompage auch über die aktuellen Ausgaben der CONTRASTE informieren. CONTRASTE wird sich zunächst probeweise zu den »Kommunikationspartisanen« gesellen (s. Beitrag auf Seite 3, 2. Spalte). Partisan steht dabei für Projekte & Archive Radikaler Theorie – Infosystem Alternativer Nachrichten. Ach so, unsere zukünftige URL: http://contraste.partisan.net.

web-line.com / bunte-Seiten

... eine Homepage von 280 Hamburger selbstverwalteten Betrieben - von Frauen- und Ökologieprojekten

Sie finden hier interessante Kontakte und Informationen.

bunte-seiten ... wird herausgegeben von der Hamburg-Redaktion der Monatszeitung für Selbstorganisation CONTRASTE und dem Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg.

Zusätzlich hat bunte-seiten einen redaktionellen Teil mit regionalen und überregionalen Artikeln zu den Bereichen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft, Arbeit/Lohnarbeit, Frau und Arbeit, zu Ökologie und zu verschiedenen aktuellen Themen.

von Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Auf der Hamburger Hompage können unter 15 Stichworten wie z.B. Frauen, Bildung, Handwerk, Medien, Verkehr usw. Teillisten aufgerufen werden. Einige Projekte sin in mehreren Teillisten vertreten. Z.B. wenn ein Frauenbuchladen auch ein Café hat, ist er neben der Liste »Frauen« auch noch in den Bereichen »Handel« (... Büchern) und »Gaststätten« vertreten. Oder die »Autonomen Jugendwerkstätten« (ajw) sind unter Handwerk, Frauen und Bildung zu erreichen usw.

Allen Projekten und Betrieben auf den Listen bieten wir zur Zeit an, eine kostenlose Info-Seite hinter ihre Adresse zu stellen. Etliche haben davon schon Gebrauch gemacht. Als »NEUE-ARBEIT-PC- und Internet-Service« können wir Internet-Zugänge und grafisch gestaltete Homepages erstellen. Dabei arbeiten wir mit KünstlerInnen und GrafikerInnen zusammen. Wir pflegen und erweitern auch »vernachlässigte« Internet-Seiten.

CONTRASTE-Hamburg hat es sich zur Aufgabe gemacht, die alternativ-wirtschaftlichen Verbindungen in Hamburg zu fördern. Das schließt die öffentliche Diskussion der Fragen ein: Was ist eigentlich alternativ? Wie sollen Betriebe und Projekte in der Krise des Marktes und der Kürzungen staatlicher Förderungen überleben? Gibt es Möglichkeiten direkter Zusammenarbeit zwischen einzelnen Projekten und Betrieben?

Deshalb haben wir einen redaktionellen Teil eingerichtet:
www.web-line.com/bs/contraste
Diese kleine Internet-Zeitung enthält sowohl etliche CONTRASTE-Artikel, als auch Berichte aus/von Hamburger Projekten und Betrieben. Wer möchte, kann uns Beiträge dafür schicken: E-Mail hkgw@vossnet.de●

Kontakt: Erich Jungnickel, Tel. (0 40) 31 26 81
Hilmar Kunath, Tel. (0 40) 39 90 41 96

REDAKTION NÜRNBERG

Existenzgründungslehrpfad im Internet

Seit kurzem ist auch ein »Internet-Existenzgründungsnavigator« im Aufbau. Unter http://members.aol.com/KRegen/navigator.html hat CONTRASTE-Redakteur Kurt Regenauer allerlei Wissenswertes aus seiner beruflichen Praxis als Gründungsberater zur Verfügung gestellt. Das Webangebot soll ständig aktualisiert, ergänzt und mit zahlreichen interessanten Weblinks ausgestattet werden...

Auch sein aktuelles Artikelangebot stellt Kurt in seinem persönlichen Webbereich natürlich bereit. Einfach auf http://members.aol.com/KRegen/redaktion.html gehen und mit der Maus losklicken...●

AGENT ORANGE

Einen offenen Brief richtete die »Gesundheitspartei Europa« (GPS) anläßlich der Verleihung des Humanismus-Preises am 17.4.98 an den früheren Bundespräsidenten Richard von Weizäcker. Der Preis wurde ihm zum Abschluß des Heidelberger Kogresses des Deutschen Altphilologenverbandes überreicht. Richard von Weizäcker war an den Chemischen Werken Boehringer Ingelheim zu Zeiten des Vietnamkrieges beteiligt. Boehringer stellte damals das Giftgas »Agent Orange« her, daß im Vietnamkrieg eingesetzt wurde. Bei einem Besuch in Saigon und seiner Kinderkrankenhäuser sind die verheerenden Folgen des Giftgas-Einsatzes auch heute noch zu sehen. In dem von Richard Herrmann (Sprecher der GPS) formulierten offenen Brief wird Richard von Weizäcker dazu aufgefordert, dem »Humanismuspreis wirklich eine philosophische und menschliche Dimension zu geben« und eine »Agent-Orange-Weizäcker-Stiftung« für die verstümmelten und vergifteten Kinderpatienten zu gründen.●

dp

Kontakt: Gesundheitspartei Europa, Postfach 41 01 54, D-68275 Mannheim, Tel. (06 21) 10 67 02, Fax 10 67 03

GLS-BANK:

Ethische Geldanlagen jetzt im Internet

Unter der Adresse (URL) http://www.gemeinschaftsbank.de bietet die GLS-Bank auf über 60 Seiten Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten, die Mittelverwendung durch die Bank, Beratungsangebote zu Testamenten und Erbschaften sowie Projektbeispiele aus ganz Deutschland an. Daneben werden Informationen darüber vermittelt, was durch ein anderes Umgehen mit Geld alles bewegt werden kann und Projektbesuche für Anleger angeboten.

Die 1974 gegründete GLS Gemeinschaftsbank eG ist die älteste Einrichtung dieser Art in Deutschland. 265 Mio DM hatten die über 23.000 Kunden und Mitglieder der Bank per Ende 1997 anvertraut. Im Verbund mit der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. und einer Beteiligungsgesellschaft wird derzeit ein Geschäftsvolumen von 330 Mio DM verwaltet.●

Kontakt: GLS Gemeinschaftsbank eG, Postfach 10 08 29, D-44708 Bochum, Tel. (02 34) 30 79 30, Fax 307 93 33

REISEN AUF DIE SANFTE TOUR

Wenn Sie mehr darüber wissen möchten, schicken Sie uns bitte diese Anzeige.

Naturfreundejugend Deutschlands
Bundesjugendleitung
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

3. EUROPÄISCHER WELTLADENTAG

Textilien: Made in dignity – hergestellt in Würde

Am Samstag, den 9. Mai fand der 3. Europäische Weltladentag statt. An diesem Tag wurden in Deutschland etwa 400 und europaweit etwa 2.500 Weltläden über die sozialen Bedingungen im Welthandel informiert. Unter dem Motto »Made in dignity – hergestellt in Würde« stehen dieses Jahr Herstellung und Handel mit Textilien im Mittelpunkt der Aktionen.

Peter Streiff, Redaktion Rhein/Main ● Ein Großteil der hierzulande verkauften Textilien stammt aus Fabriken in Entwicklungsländern. Dort werden sie meist unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt. Die Mißachtung der grundlegendsten Arbeitsrechte (Acht-Stunden-Tag, Begrenzung und angemessene Entlohnung von Überstunden, Gesundheitsschutz, Schutz vor physischer und psychischer Mißhandlung, Vereinigungsfreiheit etc.) wird zum Standortvorteil für die Textilkonzerne auch aus Deutschland: »made in misery« gestattet hohe Profite. Die Menschenwürde bleibt auf der Strecke.

Weltläden in ganz Europa machten am 9. Mai, dem 3. europäischen Weltladentag, auf diese Probleme aufmerksam. In Deutschland appellieren die 400 Weltläden mit einer Postkartenaktion an den Textilhandel und die Bundesregierung, sich für mehr Gerechtigkeit in der Produktion einzusetzen.

Alternative: Fairer Handel

Die Weltläden stellen seit Jahren unter Beweis, daß es Alternativen zur Ausbeutung gibt. Der Faire Handel gewährleistet menschenwürdige Arbeits- und Handelsbedingungen und sichert den ProduzentInnen die Chance auf ein Überleben in Würde. Anläßlich des Weltladentages werden 100.000 eigens angefertigte T-Shirts »made in dignity – hergestellt in Würde« verkauft, um auf diese Alternative beim Einkauf aufmerksam zu machen und zugleich die wachsende Nachfrage nach fair gehandelten Textilien zu verdeutlichen. Diese Aktion wird u.a. unterstützt von Dr. Richard von Weizsäcker, Antje Vollmer, Oskar Lafontaine, Ulrich Wickert, Franziska von Almsick und Dieter Baumann. Sie haben fair gehandelte T-Shirts signiert, die bei der zentralen Veranstaltung in Stuttgart versteigert werden.

»Ich bin chic und Du mußt schuften«

Zu den Themen weltweite Textilproduktion, moderne Sklavenarbeit und unser Kleiderkonsum lief bereits den ganzen April eine Veranstaltungsreihe des Eine-Welt-Ladens Frankfurt (u.a.) in den Räumen der Christuskirche am Beethovenplatz (F-Westend) mit dem Höhepunkt am Europäischen Weltladentag (9. Mai).●

VERANSTALTUNGSREIHE

Von wegen '68 – Wir sind noch nicht zu Ende

»30 Jahre '68« – das bedeutet medialen Erinnerungstrubel und Revolutionsmerchandising. Das Autonome Zentrum Marbach a.N. (Verein für kulturelle und politische Bildung) und das Junge Autonome Zentrum (JAZ) setzen dem von April bis Juli 1998 eine eigene Veranstaltungsreihe in Marbach und Ludwigsburg entgegen. Sie trägt den Titel »Von wegen '68 – Wir sind noch nicht zu Ende« und ist Ausdruck unseres anhaltenden Bemühens um einen radikalen gesellschaftlichen Gegenentwurf.

AZ und JAZ Marbach fühlen sich der Geschichte der antiautoritären und außerparlamentarischen Bewegung eng verbunden. Die Veranstaltungsreihe ist jedoch kein nostalgischer Rückblick, sondern Ausdruck der Suche nach Möglichkeiten der vorherrschenden kapitalistischen Rationalität ein schnelles Ende zu bereiten.

Die Veranstaltungsreihe besteht aus Filmen, Lesungen und Vorträgen. Höhepunkte sind die Vorträge von Johannes Agnoli, einem der wichtigsten Theoretiker der 68er Bewegung, von Ralf Reinders/Ronald Fritzsch (Bewegung 2. Juni) sowie von Sabine Zurmuehl (eine Begründerin der autonomen Frauenbewegung 1968). Das diesjährige AZ-Sommertheater zum Thema '68 hat kein Geld und keine eigene Bühne, aber es gibt immer noch die Straße. Hier werden im Juni und Juli unter freiem Himmel Happenings stattfinden – einige sind angekündigt, aber nicht alle ... Angesichts der Schwierigkeiten in Marbach eine gemeinsame Veranstaltungsreihe zum Thema '68 zustande zu bringen, wird das Teach-In mit Rudi Dutschke (an verschiedenen Orten in der Marbacher Innenstadt) für die BürgerInnen der Stadt Marbach sehr aufschlußreich sein (Termine hierzu s. Seite 16).●

Autonomes Zentrum Marbach e.V., c/o Cafe Provinz, Cottaplatz 4, D-71672 Marbach a.N.

BUKO-SEMINAR:

Perspektiven national(istisch)er Befreiungsbewegungen

Über mindestens zwei Jahrzehnte – von der Oppostion gegen den Vietnamkrieg bis zur Wahlniederlage der Sandinistas – waren die nationalen Befreiungsbewegungen des Südens ein zentraler Bezugspunkt für die hiesige Internationalismusbewegung. Spätestens seit dem Kollaps des »Realsozialismus«, der Durchsetzung der kapitalistischen »One World« und dem Siegeszug des Neoliberalismus als herrschendem Wirtschaftsmodell sind die historischen Schranken, an die dieses Befreiungskonzept gestoßen ist, jedoch offensichtlich geworden. Gleichzeitig ist mit der EZLN in Chiapas eine Guerilla neuen Typs aufgetaucht, die mit den alten Schemata zu brechen scheint.

Sowohl die Konzepte nationaler Befreiung als auch die ihnen korrespondierenden Formen der Solidaritätsarbeit stehen also auf dem Prüfstand. In dem Seminar sollen einige Fragestellungen, ohne a posteriori in unhistorische Besserwisserei zu verfallen, (selbst)kritisch reflektiert werden.

● Das Konzept nationaler Befreiung mit seinem Emanzipationsversprechen scheint vielen erst durch den angeblichen »Bedeutungsverlust« des klassischen Nationalstaats und der als kategorial von diesem unterschiedenen gedachten »Globalisierung« obsolet geworden zu sein. Welche politischen und theoretischen Prämissen das mehr oder weniger emphatische Insistieren auf »Nation« verschweigt und warum diese unvernünftig und anti-emanzipatorisch sind, soll anhand einer historischen und systematischen Rekonstruktion der Funktion von Nation/Staat und politischer Ökonomie erarbeitet werden.

● In welchem Verhältnis steht das, was sich traditionelle Solidaritätsarbeit unter Imperialismus vorgestellt hat, zum politischen Normalvollzug im Konzert der Staaten? Und weshalb wurde »der Imperialismus« treffsicher als blutrünstiger Uncle Sam mit Hakennase personifiziert?

● Die meisten Befreiungsbewegungen haben – wie auch der »Realsozialismus« – das Entwicklungsmodell des Westens in seinen zentralen Bestandteilen nie in Frage gestellt. Kommt ihnen so in der Rückschau eher die Rolle von Regimen nachholender Modernisierung zu, die letztlich nur einen Austausch der herrschenden Eliten bewirkten?

● Frauen haben in allen Phasen des Befreiungskampfes eine zumeist herausragende Rolle gespielt und konnten sich vorübergehend wichtige Positionen erobern. Nach der Konstituierung der Befreiungsbewegungen als Staat bzw. nach der Regierungsübernahme wurden sie jedoch in ihre vorherigen geschlechtsspezifischen Rollen zurückverwiesen. Gleichzeitig scheinen ethnisch-kulturalistische Selbstzuschreibungen prima in den Prozeß nationaler Emanzipation zu passen. Wie und warum reproduzieren sich repressive Kategorien der Geschlechtlichkeit und der Ethnizität? Was sagt das über diese und ihr soziales Scharnier, die als Staat verfaßte Nation?

Das Seminar soll diese Fragestellungen vor allem in ihrer Bedeutung für die zukünftige Solidaritätsarbeit diskutieren. Das Seminar findet in Zusammenarbeit mit dem AKE-Vlotho statt und wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche durch den ABP gefördert. Es findet vom 22.-24. Mai in Bonn statt.

Informationen und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, Fax: 040-3907520, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de●

REGIONALAUSGABE DER »TAZ« GEPLANT

Alternative fürs Revier

Die links-alternative »tageszeitung« (taz) will das Monopol des WAZ-Konzerns (u.a. Westdeutsche Allgemeine Zeitung) brechen und künftig im Ruhrgebiet mit einer Regionalausgabe erscheinen. Bislang fehlt es jedoch an Geld und Abonnenten. Die Reaktionen auf die seit Monaten laufende Werbekampagne für eine »Ruhr-taz« sind eher flau. Doch die Initiatoren des Zeitungsprojekts haben längst noch nicht aufgegeben.

Die Vorbereitungen für die »Ruhr-taz« laufen auf vollen Touren - hier in der Redaktion Foto: aus M-Menschen machen Medien 4/98

Johannes Nitschmann ● Das Spektrum der prominenten Unterstützer reicht von dem filigranen Wortdrechsler Friedrich Küppersbusch bis zu dem beinharten Profi-Kikker Yves Eigenrauch. Küppersbusch, ein eingefleischter Dortmunder Borussen-Fan, kämpft einträchtig an der Seite des Schalker Abwehrspielers für eine publizistische Offensive im Ruhrgebiet: In dem Ballungsraum zwischen Duisburg und Dortmund soll vom Herbst dieses Jahres an die linksalternative »tageszeitung« mit einem eigenen Regionalteil erscheinen.

David Schraven, 27, der Initiator des ehrgeizigen Zeitungsprojekts, sucht gerne große Herausforderungen. Ehe er im Ruhrgebiet daran ging, dem Goliath *WAZ* mit der *»Ruhr-taz«* journalistische Konkurrenz zu machen, hatte sich Schraven nach Zentralasien aufgemacht, um auf dem kommunikationsarmen Kontinent das Netz für eine Nachrichten-Agentur aufzubauen. Die Regierenden sahen in Schravens journalistischem Nachrichten-Handel jedoch »Wirtschaftsspionage« und legten ihm die Ausreise nahe.

Jetzt will der 27jährige Journalist »gegen alle Bedenkenträger« eine *»Ruhr-taz«* aus dem Boden stampfen. Die Mitarbeiter für ein solches Zeitungsprojekt hat er längst beisammen. Derzeit fehlen alleine die Abonnenten. Mit etwa 7.000 Voraus-Abos hatten die Zeitungsmacher kühn kalkuliert, nach einer wochenlangen Werbekampagne sind gerade einmal 300 Bestellungen eingegangen. Aber Schraven denkt überhaupt nicht daran, aufzugeben: »Wenn es hier nicht gelingt, eine Regionalausgabe herauszubringen, dann gelingt es der taz nirgendwo mehr. Und das wäre für die Entwicklung der Gesamtauflage fatal.

Region mit günstigen Voraussetzungen

Tatsächlich scheint es in der ganzen Republik keine zweite Region zu geben, die ähnlich günstige Voraussetzungen für ein alternatives Tageszeitungsprojekt bietet wie das Ruhrgebiet mit seinen 4,5 Millionen Einwohnern. Zwischen Duisburg und Dortmund liegt Deutschlands dichteste Hochschullandschaft; weit über 100.000 Studenten sind hier eingeschrieben. Die Stammwählerschaft der Bündnisgrünen liegt im roten Revier inzwischen bei acht Prozent. »Im Zusammenhang mit der politischen Ausrichtung der potentiellen Leserschaft ist es nicht übertrieben, von einem Zielpublikum von etwa 100.000 Menschen zu sprechen«, heißt es in dem Konzept der *»Ruhr-taz«*.

Die Realität sieht freilich anders aus. Während in den Metropolen Berlin und Hamburg, wo die taz bereits seit Jahren mit einem Lokalteil erscheint, auf 1.000 Einwohner zwischen 4,3 und 5,9 Leser kommen, sind es im Ruhrgebiet nur 0,6. Bislang verkauft die taz im gesamten Revier gerade einmal 2.800 Exemplare, nur etwa 300 am Kiosk. »Hier ist eine echte Diaspora für die taz«, analysiert Schraven. Laut einer Leseruntersuchung wurden 38 Prozent der Abokündigungen mit einem fehlenden Lokalteil begründet.

Die in Essen residierende, sozialdemokratisch durchsetzte *WAZ-Gruppe* (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Neue Rhein/Ruhr Zeitung, Westfälische Rundschau) hat mit ihren in einer Auflage von rund 700.000 Exemplaren erscheinenden Regionalzeitungen in weiten Teilen des Reviers eine Monopolstellung. Zugleich ist die WAZ an nahezu allen Anzeigenblättern und Lokalfunksendern im Ruhrgebiet beteiligt. Unbequeme Journalisten, die sich wegen ihrer kritischen Berichterstattung den Zorn der WAZ-Hierarchien zugezogen haben, müssen die Region an der Ruhr verlassen, wenn sie in Lohn und Brot bleiben wollen.

In der Vergangenheit hat es immer wieder Versuche gegeben, der *WAZ* und dem *Springer-Konzern* (»Bild«, »Bild am Sonntag«) im Ruhrgebiet eine publizistische Alternative entgegenzustellen. Mitte der 80er Jahre hatten linke Zeitungsmacher den Versuch unternommen, mit der *»Revier-Rundschau«* am Sonntag das Springer-Monopol an den zahllosen Revier-Kiosken zu brechen. Das mit viel Vorschußlorbeeren und reichlich Krediten bedachte Zeitungsprojekt blieb nach Finanzquerelen und politischen Richtungskämpfen bereits bei der ersten Nullnummer stekken. Übriggeblieben ist bis heute die Zeitung *»Revier-sport«*, die trotz vieler redaktioneller Kräche und Krisen zehn Jahre überlebt hat und inzwischen an drei Tagen in der Woche (Sonntags, Montags und Donnerstags) mit einer Auflage von 10.000 bis 15.000 Exemplaren erscheint.

Vom gängigen Journalismus der WAZ-Zeitungen wollen sich die TAZ-Macher, die für Monatsnettolöhne von 2.000 Mark und Zeilengelder von 45 Pfennig am Rande der Selbstausbeutung arbeiten sollen, deutlich abgrenzen. »Parteipolitische Rücksichtnahmen wird es ebensowenig geben wie Demut vor Macht oder dem großen Geld«, versichern die Macher der **»Ruhr-taz«** in einem ihrer Werbeprospekte. »Opportunistische Schönfärberei ist uns ein Greuel.«

Vor allem mit einer durchgängig kritischen Berichterstattung wollen sich die taz'ler im Revier gegenüber den Lokalredaktionen der *WAZ* profilieren, in die nicht selten die sozialdemokratischen Rathausfraktionen hineinregieren, um eine drohende Berichterstattung über Filz- und Vetternwirtschaft gleich im Keim zu ersticken.

»Finanzskandale, wie Subventionsbetrügereien, Steuerverschwendungen oder Machtmißbrauch und Postenschiebereien sind selten Themen für die etablierten Medien des Ruhrgebietes«, heißt es in dem Konzept der *»Ruhr-taz«*. »Die einzigen kritischen Töne über das Rathaus hört man meist erst dann, wenn die Regierenden ihre Intrigen mit Hilfe der Vierten Gewalt austragen. Indem die taz-ruhr diesen Burgfrieden offensiv angeht, eine kritische Öffentlichkeit aus dem Blickwinkel des links-alternativen Milieus herstellt, wird sie am stärksten Profil gewinnen können.« Schließlich könne sich die Berichterstattung der *»Ruhr-taz«* auch »gegen die Interessen der Werbetreibenden richten«, weil sie sich fast nur über die Aboeinnahmen refinanziere.

Bislang jedoch fehlen den Tazlern im Revier die notwendigen Abonnenten. Schon diskutieren sie deshalb andere Finanzierungskonzepte, nachdem sie bei ihrer Werbekampagne einen gravierenden Konstruktionsfehler entdeckt haben. Schraven: »Wir werben für ein Produkt, daß es so noch gar nicht gibt. Über verschiedene Genossenschafts-, Kredit- und Leihmodelle sollen in den kommenden Monaten in der links-alternativen Szene rund eine Million Mark lockergemacht werden, damit die *»Ruhr-taz«* ab Herbst dieses Jahres, ganz unabhängig von den vorliegenden Voraus-Abos, erst einmal erscheinen kann. Ein fertiges Produkt, so haben die Macher erkannt, sei immer noch die beste Werbung. Schraven: »Entweder wir erscheinen am 1. September oder wir erscheinen nie.« ●

Kontakt: taz ruhr, Brückstr. 46, D-44787 Bochum, Tel. (02 34) 68 41 93, Fax 1 86 41

Aus: M – Menschen Machen Medien, Nr. 4/98

MEDIENSPLITTER

Leipzig:

Klarofix zum fünfzigsten Mal

Die Leipziger Monatszeitschrift »Klarofix« hat im Februar 1998 ihre fünfzigste Ausgabe herausgebracht. Klarofix beschäftigt sich vor allem mit der Dokumentation von aktuellen Ereignissen, der Veröffentlichung von Aufrufen und Erklärungen, Lokalpolitik sowie der Darstellung von Auseinandersetzungen zu kulturellen Ereignissen. In der vorliegenden 50. Ausgabe gibt es beispielsweise eine Chronologie aus dem Magdeburger Fascho-Alltag, ein Bericht zur Struktur der Dresdner Nazis, StudentInnenproteste in Leipzig, ein Aufruf zu einer Aktionswoche gegen Spekulation, Abriß und Verfall, ein Beitrag zur Situation der Kurden in der Türkei u.v.m.

Angefangen hat die Geschichte der Klarofix 1992, als die Gruppe DRUCK eine Dokumentation zu den Vorfällen in Leipzig-Connewitz herausgab. Im Sommer 1993 erscheint das erste Klarofix, s/w Umschlag und DINA5. 1994 gab es erste Experimente im A4-Format, um einen breiteren Verteiler zu erreichen und um die Seitenzahlen zu reduzieren. Ab September 1996 erscheint das Klarofix immer in DINA4. »1997 gab es im Februar den Klaronix Flyer, um für uns eine Denkpause zu schaffen. Die Redaktion wird regelmäßig kleiner und unterliegt der üblichen Fluktuation,« schreiben die HerausgeberInnen. Und auch der treueste Leser würdigt ihre Arbeit mit teilweise 10seitigen Abhandlungen von denen hier noch einige besonders nett gemeinte Worte vorgestellt werden: »Die kontinuierliche Herausgabe von Klarofix seit 1993 zeigt das starke Engagement der Herausgeber, aber auch die Akzeptanz innerhalb der autonomen Szene. Meist anonyme Autoren setzen sich in ihren Beiträgen vorrangig mit aktuellen Geschehnissen aus Politik, Wirtschaft und Kultur auseinander, so daß die Texte eine gute Grundlage darstellen, Hauptmerkmale autonomer Weltanschauung sowie die Art und Weise ihrer gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Agitation herauszuarbeiten und darzustellen. (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1995)

Klarofix erscheint monatlich zum Unkostenpreis von 2,50 DM, ca. 60 bis 80 Seiten. Erhältlich bei zahlreichen Projekten in Leipzig, bei »el rojito« (Hamburg) oder per Post über DRUCK c/o, Petersteinweg 13, D-04107 Leipzig.

dp

High sein, frei sein, im Internet dabeisein

Kommunikationspartisanen bauen strömungsübergreifendes Dach

Die Linke im Internet schafft sich ein neues Haus. Denn Trend, dem »Onlinemagazin für die tägliche Wut«, wurde von seinem bisherigen Provider, Berlinet e.V., aus dubiosen Gründen die Webspace abgedreht. »Profitorientierung«, vermutet Karl-Heinz Schubert, einer der Macher des Trend. Die Trend-Leute und die von ihnen ins Cyberspace gebrachten Projekte, von Anarchos über die Interim bis zu Antifas der DGB-Jugend, waren plötzlich off-line. Aktuelle Vorhaben wie die fortlaufende Dokumentierung der achtundsechziger Revolte fielen ins Wasser.

Doch wurde aus der Not eine Tugend gemacht. Waren bisher alle diese Projekte direkt von Trend abhängig, soll nun ein strömungsübergreifendes Dach namens Partisan geschaffen werden, um allen eine gleichberechtigte und selbstverantwortliche Teilnahme bei der Fahrt auf der internationalen Datenautobahn zu ermöglichen. Schubert erläutert: »Partisan steht für Projekte & Archive Radikaler Theorie – Info-System Alternativer Nachrichten«. Weitere Projekte wie der ID-Verlag oder die autonome Gruppe der Unglücklichen wollen sich an dem neuen Modell beteiligen. Eine Zusammenarbeit mit Squat!net, der Onlinepräsenz der Hausbesetzerszene, mit Nadir, einem Informationssystem aus Hamburg, und dem Revolutionären Hofbräuhaus, einem anarchosyndikalistischen Projekt in Wien, besteht seit 1997.

Ziel aller Bemühungen sind Erhalt und Ausbau des virtuellen Raums für die Linke, der Versuch, »free speech« und »free visit« als »Grundwerte« des Internet zu unterstützen. Eric, Alt-68er und Mitarbeiter des Trend/Partisan, will damit auch den »regressiven Strömungen innerhalb der linken und autonomen Szene, der Verengung auf PC-Verhalten, dem Rückgriff auf Zensur« entgegenwirken. Rosa, Veteranin des Häuserkampfes und neu bei Trend, fügt hinzu: »Speziell das stalinistische Verhalten der autonomen Frauen/Lesbengruppen, die die freie Diskussion mittels Zensur und Boykottaktionen zu behindern versuchen, kotzt mich schon lange an. Im Cyberspace sind solche Methoden glücklicherweise technisch unmöglich.«

Vorgestern wurde ein neuer Provider gefunden. Doch das Archiv zu den Osterunruhen 68 kann noch nicht sofort abgerufen werden. Vorläufig gilt die Notadresse http://our-world.compuserve.com/ homepages/trend/ mit Link zur Interimslösung www.terraconnect.de/trend/ und demnächst auch zur neuen Site. Stolz ist der Partisan Schubert auf die Neueinspeisung der von Rudi Dutschke 1966 erarbeiteten »Revolutionären Literaturliste«: »Unser Beitrag zum 30. Jahrestag des Attentats auf Rudi«. ●

Günter Langer

Kontaktadresse: trend@berlin.snafu.de oder TREND/ PARTISAN c/o Anti-Quariat, Oranienstr. 45, D-10696 Berlin

Berlin:

telegraph erscheint wieder

»Tot gesagte leben länger...« schreibt die Redaktion im Editorial der jetzt nach einem Jahr Pause erschienenen 108 Seiten starken »ostdeutschen quartalsschrift«. Der »telegraph« will durch eine selbstbewußte Ost-Position aufzeigen, daß es eine selbstdenkende, parteiunabhängige Opposition jenseits von Stasi-Paranoia und gekauften »Bürgerrechtlern« gibt. »Osten« soll als politischer Ausgangspunkt qualifiziert, die Querbezüge verschiedenster sozialer Bewegungen in der Ex-DDR verstärken. Thematisch immer wiederkehrende Fluchtlinien sollen dabei DDR-Opposition, Kolonialisierung und die soziale Frage sein. Ein Anfang wird mit dem Schwerpunkt »Kolonie Ostdeutschland« in der vorliegenden Ausgabe gemacht.

Zu beziehen ist der »telegraph« zum Einzelpreis von 6 DM (Jahresabo 24 DM) über das Redaktionskollektiv, Schliemannstr. 23, D-10437 Berlin, Tel. (0 30) 444 56 22, Fax 444 56 23.

100. Ausgabe: DIE BRÜCKE

Forum für antirassistische Politik und Kultur

Vor 16 Jahren gründete ein kleiner Kreis von Menschen unterschiedlicher Herkunft die Zeitschrift. Ziel war es, eine politische und publizistische Initiative gegen den in der Bundesrepublik virulent werdenden Rassismus zu starten. Seitdem erschien das streitbare Diskussionsforum in Folge alle zwei Monate.

Einen Überblick über die Themen und ihre Wirkungen sowie den damit verbundenen Initiativen und Aktionen in diesen Jahren gibt der Beitrag »100mal gestritten und gelacht« in der Jubiläumsausgabe.

DIE BRÜCKE versteht sich als ein interkulturelles Projekt, das von Menschen unterschiedlicher Herkunft gestaltet wird. Die Zeitschrift dient Gruppen und Initiativen, MultiplikatorInnen in Politik und Kultur als Informations- und Kontaktstelle. Zudem verfügt sie über ein ständig wachsendes Archiv und eine Bibliothek.

Seit Beginn des Jahres 1998 erscheint die Zeitschrift jetzt im Brandes & Apsel Verlag, Zeilweg 20, D-60439 Frankfurt, 14,80 DM, zweimonatlich, 100 S., ISSN 0931-9514, Jahresabonnement 66 DM.

Hannover:

Ossietzky zum ersten Mal

Eckart Spoo, Rolf Gössner, Arno Klönne, Otto Köhler und Reinhard Kühnl sind die Herausgeber des »Weltbühnen«-Nachfolgeblattes »Ossietzky – Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft«. In ihrem Editorial begründen sie, warum sie an die publizistische Tradition der »Weltbühne« aus der Weimarer Republik anknüpfen: ...»Daß Bonn nicht Weimar sei, haben uns die tonangebenden Politiker jahrzehntelang unisono versichert, und niemand hat ernsthaft widersprochen. Sie versicherten auch, nie wieder werde in Deutschland eine solche Arbeitslosigkeit entstehen wie am Ende der Weimarer Republik. Wir sehen: Das Versicherte ist nicht sicher, und wie es in Bonn war, bleibt es nicht in Berlin. Die Konzepte des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stimmen fast wörtlich mit denen überein, die der Reichsverband der Deutschen Industrie Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre vorlegte, und ähnlich wie einst die Regierung Brüning folgt ihnen heute die Regierung Kohl, obwohl in den Geschichtsbüchern nachzulesen ist, daß sie nicht helfen, jedenfalls nicht den Arbeitslosen, sondern Arbeitsplätze nur noch schneller vernichten.. ...«

Die zweiwöchentlich erscheinende Zeitschrift im A5-Format, ca. 32 Seiten ist zu beziehen bei: Ossietzky, Redaktion und Verlag, Eckart Spoo, Gretchenstr. 36, D-30161 Hannover. Das Einzelexemplar kostet 4,50 DM, ein Probeabo für sechs Monate 48 DM und das Jahresabo 100 DM.

dp

RINGEN UM GELD UND EINFLUSS SETZT DEN BUNDES-ÖKOPUNKT

Ökosiegel noch unbesiegelt

Die Diskussion um ein bundeseinheitliches Siegel für ökologisch erzeugte Produkte ist nicht neu. Bei der AGÖL, wie auch bei der CMA steht das Thema von Zeit zu Zeit auf der Tagesordnung. Neu ist aber, daß nun gemeinschaftlich an einem Ökosiegel gearbeitet wird. Den nachfolgenden Beitrag haben wir der »Unabhängigen Bauernstimme« entnommen.

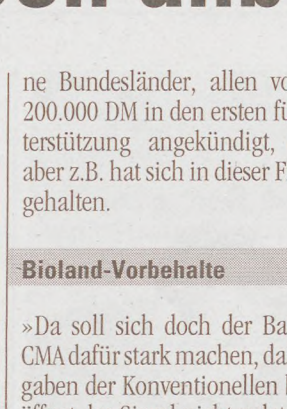
Wie die Bauernstimme berichtete, wurde das Projekt dieses Jahr auf der Grünen Woche von AGÖL, CMA und DBV vorgestellt. Der Bauernverband unter neuer Führung ist sich für solche Einsätze – vielleicht angesichts rot-grüner Aussichten –, nicht mehr zu schade. Beteiligt an den Verhandlungen sind des weiteren die Bundesländer und der Handel. Besonders die Bedienung des konventionellen Lebensmitteleinzelhandels (LEH) mit Bioprodukten scheint ein bundeseinheitliches Ökosiegel zu erfordern. Untersuchungen zeigen, daß nur wenige VerbraucherInnen angesichts der vorhandenen Zeichenvielfalt Ökoerzeugnisse eindeutig als solche identifizieren. Im Naturkostladen oder bei der Direktvermarktung ist ein Glaubwürdigkeitsrahmen gegeben, der Supermarkt hingegen zwingt die KundInnen, sich selbst zurechtzufinden. Von Möglichkeiten, diese Situation durch individuelle, marktorientierte Beratungs-, Management- und Serviceangbote zu verbessern, wird abgesehen – zugunsten der technischen Lösung Einheitssiegel. Allerdings wird allein das Zeichen im Supermarktregal kaum den erhofften Marktanteilanstieg auf 10% bringen.

Tengelmann-Geschäftsführerin Rosemarie Baumeister betont, daß je inkonsequenter der Siegeleinsatz, um so teurer das Ganze. Das Siegel muß also als Zeichen bekannt gemacht werden und durch feste Rahmenrichtlinien und Kontrollen einordbar und glaubwürdig sein. Soweit sind sich die Verhandlungspartner einig. Als Produktionsbedingungen konnten die AGÖL-Rahmenrichtlinien für Erzeugung und Verarbeitung festgelegt werden, die Kontrollaufsicht bekommt die AGÖL.

Schwieriger ist da schon die Frage des Bekanntmachens, veranschlagen doch Experten für die Einführung eines neuen Zeichens am Markt 50 Mio DM in den ersten zwei Jahren. Dagegen wirken die bisher von der CMA angebotenen 2 Mio DM, die den jährlichen CMA-Abgaben der Bio-Bäuerinnen und Bauern entsprechen, ein wenig traurig. Wohl haben auch einzelne Bundesländer, allen voran Sachsen mit jeweils 200.000 DM in den ersten fünf Jahren, finanzielle Unterstützung angekündigt, der konventionelle LEH aber z.B. hat sich in dieser Frage bisher dezent zurückgehalten.

Bioland-Vorbehalte

»Da soll sich doch der Bauernverband mal bei der CMA dafür stark machen, daß die auch was von den Abgaben der Konventionellen bereitstellt. Schließlich eröffnet das Siegel nicht zuletzt Umstellern neue Marktperspektiven und es steht zu befürchten, daß das Siegel am Ende sonst nur die Bio-Bauern und Bäuerinnen bezahlen«, so Heinz-Josef Thuneke vom Bioland-Verband. Für Bioland steht auch aus Kostengründen der Nutzerkreis des Siegels zur Debatte, sollte ein Zeichen ausschließlich für Verarbeiter – nicht für Erzeuger – biologischer Produkte werden. Bio-Bäuerinnen und Bauern wirtschaften bereits als Mitglieder der AGÖL nach deren Standards und werden auch daraufhin kontrolliert, bei ihnen wäre das Ökosiegel ein unnötiger doppelter Verwaltungsaufwand. Außerdem befürchtet Bioland, daß womöglich, wenn der Zugang zu dem Zeichen allen offen steht, die nach AGÖL-Standards produzieren, gerade neue Bio-Betriebe zunehmend »verbandslos« wirtschaften. »Es gibt heute schon Umsteller, die die Wahl ihres Anbauverbandes nach dem günstigsten Verbandsbeitrag treffen«, so Thuneke, »das wäre dann irgendwann das Ende der Verbände«. Käme noch hinzu, daß das neue Ökosiegel die Verbandsabzeichen auf den Produkten ersetzt, so befürchtet Bioland das Abdrängen der Bio-Bäuerinnen und Bauern in die Rolle des reinen Rohstoffliefe-ranten. Für viele Betriebe stellt der Schriftzug »Bioland« einen direkten und wichtigen Zugang zum Markt dar. Wird das Ökosiegel einziges Zeichen und auch, wie vom Handel verständlicherweise gefordert, an ausländische Produkte vergeben (Tengelmann: »Unsere Kunden wünschen auch Bio-Kaffee, Gewürze, Zitrusfrüchte«), so ist die Gefahr der Substituierung deutschen Weizens durch billigeren ungarischen nicht mehr sehr weit hergeholt.



Gäa's Punkt

Für den Demeter-Anbauverband, deren Name ebenfalls gut am Markt eingeführt ist und der – anders als Bioland – langsam wächst, ist es einfach, sich auf eine Fachhandelsexclusivität zurückzuziehen und Bundessiegel Bundessiegel sein zu lassen. Anders ist die Situation für die jüngeren, weniger bekannteren, wachsenden Ostverbände. »Die Gäa will das Siegel schnell, die Verbraucherverwirrung läßt uns die möglichen Marktchancen nicht ausschöpfen«, sagt Henning Niemann von der Dresdener Geschäftsstelle des Anbauverbandes. Allerdings knüpft auch Niemann die Einführung des Siegels an bestimmte Bedingungen: »Eine Verbandsmitgliedschaft muß nicht sein und das Logo des Anbauverbandes muß neben dem Bundeszeichen auf den Produkten erhalten bleiben.« Ansonsten sollte die Beantragung des Siegels Erzeugern und Verarbeitern offenstehen. Wobei es auch nach Ansicht Niemann's nicht ausreichend ist, nur das Zeichen auf den Markt zu werfen. Es sollte durch umfassende Beratungs-, Marketing- und Werbemaßnahmen für alle, Erzeuger, Verarbeiter, Handel und die VerbraucherInnen unterstützt werden. »Außerdem macht das Siegel nur Sinn, wenn es mit einem Paukenschlag eingeführt wird, das kostet Geld, aber da muß man sicherlich neben CMA, Ländern und Lizenznehmern auch den Bund in die Pflicht nehmen«, so Niemann.

Tauziehen hält an

Auf der Grünen Woche wurde angekündigt, daß die Verhandlungen bis Mitte des Jahres abgeschlossen sein sollen, dann müßte auch feststehen, ob die CMA oder die AGÖL Eigentümerin des Zeichens sein wird. Die CMA begründet ihren Anspruch auf Zeicheneigentum damit, daß eine finanzielle CMA-Förderung des Zeichens in AGÖL-Besitz juristisch nicht möglich ist, die AGÖL fürchtet als »Nur-Nutzerin« Kompetenzverluste. Letztendlich ist auch die Diskussion um das bundeseinheitliche Ökosiegel eine um Macht und Geld. ● cs

Aus: Unabhängige Bauernstimme 4/98

Anzeige

Politische Ökologie

Politische Ökologie Nr. 54

Nachhaltiges Arbeiten

Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus – so scheint es. Immer weniger arbeiten immer mehr. Immer mehr haben keine Erwerbsarbeit. Eine Erwerbsarbeit, die steigenden Wohlstand versprach, aber auch die Menschen wie die Natur gleichermaßen auszehrte. Die Krise der Arbeit verlangt nach einem vollkommen neuen Umgang mit Arbeit. Aber wie könnte dieser aussehen? Wie muß eine Arbeit beschaffen sein, die sowohl die sozialen als auch die ökologischen Erfordernisse im Blick hat? Namhafte Autorinnen und Autoren diskutieren in der Politischen Ökologie die Voraussetzungen einer für Mensch und Umwelt gleichermaßen nachhaltigen Arbeit, entwerfen theoretische Konzepte und berichten über Projekte, die schon heute neue Ansätze für ein anderes Arbeiten und Leben erproben.

ausführliche Inhaltsangaben aller Ausgaben finden Sie auch auf unserer Internetseite: http://www.umwelt.de/magazin/poe

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei: ökom GmbH • Waltherstr. 29, Rgb. • 80337 München • Tel.: 089/544 184-0; • Fax: 089/544 184-99 • http: //www.umwelt.de/ • magazin/poe YCO

BUCHBESPRECHUNG:

Landwirtinnen als Grenzüberschreiterinnen

von Bernd Hüttner, Bremen ● Die Landwirtschaft in Deutschland steht – jenseits aller anderen – vor einem gravierenden Problem: Ihr fehlt der (qualifizierte) Nachwuchs. Das Ausbildungssystem ist entlang der Geschlechtergrenze geteilt: Männer machen eine landwirtschaftliche, Frauen eine ländlich-hauswirtschaftliche Lehre. 1980 abolvierten fast 20.000 Menschen eine landwirtschaftliche Ausbildung, 1984 waren es nur noch 5.064. In der ländlichen Hauswirtschaft ist der Rückgang noch stärker (von 1980: 4.575 zu 1995: 598 Auszubildende). Bäuerinnen raten – oftmals aus eigener leidvoller Erfahrung – ihren Töchtern eine außerlandwirtschaftliche Perspektive in Angriff zu nehmen. Untersucht man nun den Frauenanteil an den oben genannten Zahlen, so zeigt sich auch ein gegenläufiger Trend: Der Frauenanteil sowohl an der landwirtschaftlichen Ausbildung (er liegt bei ca. 7 Prozent), wie auch der an den landwirtschaftlichen Fachschulen (27 Prozent) und Studiengängen (36 Prozent) ist in den letzten zehn Jahren stark angestiegen. Der Frauenanteil an den landwirtschaftlichen BetriebsinhaberInnen liegt heute in Westdeutschland bei acht Prozent. In den neuen Bundesländern liegen die Frauenanteile jeweils sogar noch wesentlicher höher!

Vor diesem Hintergrund untersucht Mathilde Schmitt warum sich Frauen bewußt für ein Leben als Landwirtinnen entscheiden, warum sie sich in dieses Sozialmilieu begeben, in dem Arbeit, Liebe und Besitz sehr eng verknüpft sind, und auf welche Probleme und Herausforderungen sie in dieser Männerdomäne stoßen. Schmitt nennt Landwirtinnen diejenigen Landbewirtschafterinnen, die sich – im Unterschied zu Bäuerinnen, die zu diesen meist erst durch die Heirat werden – bewußt durch eine Ausbildung oder ein Studium auf einen Beruf vorbereiten. In der Regel sind diese Landwirtinnen auch Betriebsinhaberinnen oder Teil einer den Bauernhof besitzenden juristischen Person. Mit beiden Tatsachen überschreiten diese Frauen die Geschlechtergrenze in der Landwirtschaft: Die Bäuerin ist »normalerweise« in erster Linie Hausfrau und Mutter, und sie hat keinen Besitz und auch keinen Erbanspruch.

Schmitt arbeitet mit der Theorie der sozialen Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit: Diese wird tagtäglich durch Sprache und kollektive und individuelle Handlungen wiederhergestellt. Zweigeschlechtlichkeit und das Eingehen in die jeweilige Geschlechterrolle ist »ein Machtverhältnis zugunsten des Mannes«, sie dient der »Reproduktion der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau« und der »kontrollierten Verwertung der weiblichen Arbeitskraft«, ist somit mit konstitutiv für die patriarchalen Verhältnisse. Schmitt hat ein Sample von 53 Landwirtinnen, die nur sehr eingeschränkt für die Landwirtschaft in Deutschland repräsentativ sind, befragt. Sie untersucht die landwirtschaftliche Berufsausbildung in ihrer geschlechtlichen Teilung, das Verhältnis der Landwirtinnen zu Berufs- und Erfahrungswissen, zu BerufskollegInnen, ihre Ansprüche an Freizeit und Urlaub, oder den Umgang mit dem immer wieder vorgebrachten Argument der mangelnden Körperkraft von Frauen.

Unterschiede lassen sich immer wieder zwischen den Landwirtinnen mit einer landwirtschaftlichen Sozialisation und denen feststellen, die erst über die Ausbildung mit diesem Sozialmilieu in Kontakt kamen. Die Ergebnisse für die bisher genannten Untersuchungsfelder machen deutlich, daß Landwirtinnen zwar vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt sind, sie diese aber oft erst als Herausforderung auffassen, sich zu beweisen. Ähnlich ist es mit der Beherrschung von Technik. Die Mehrzahl der Frauen gibt an, mehr an »Praxis« interessiert zu sein, aber sehr viele auch, gerne Traktor zu fahren, sich also *dem* Statussymbol der Männer in der Landwirtschaft (»meiner ist größer als deiner«) ganz selbstverständlich zu bedienen – auch das eine Grenzüberschreitung.

Ernüchternder werden die Ergebnisse, wenn es um das Verhältnis der Landwirtinnen zu ihren Partnern und die Erziehungs- und Reproduktionsarbeit geht. Kaum eine Landwirtin hat ihre Vorstellungen von partnerschaftlichem Umgang und Aufgabenteilung so aufrechterhalten können, wie von ihr (anfänglich) gewünscht. Wenn eine Umverteilung dieser Arbeiten stattfindet, dann hin zu anderen Frauen, die meist aus der Familie kommen. An der traditionellen Aufgaben- und Arbeitsverteilung in diesem Bereich konnte noch nicht gerüttelt werden. Mit einer beruflichen Grenzüberschreitung kann, auch wenn deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann, noch kein selbstbestimmtes Leben oder gar eine egalitäre Partnerschaft gelebt werden. Schmitt sieht die befragten Frauen in ihrem Gros als Teil des derzeitigen Trends in der Landwirtschaft: Zum einen sind 25 Prozent im ökologischen Landbau tätig (in der »normalen« Landwirtschaft bislang nur 1 Prozent), zum anderen sind viele Frauen dabei, die sich an einer technisch-rationellen, innovativen, mithin derzeit hegemonialen, Vorstellung von Landwirtschaft orientieren. Dies birgt eine große Ambivalenz in sich. Wer aus politischen oder moralischen Gründen den Strukturwandel in der Landwirtschaft aufhalten will, muß für Frauen Bedingungen schaffen, die diesen einen Einstieg bzw. den Verbleib ermöglichen und attraktiv machen. Dafür reichen aber Bildung und Beratung, wie Schmitt vorschlägt, nicht aus. Diesen Gedanken weitergedacht, besteht gleichzeitig die Gefahr, daß Landwirtinnen (und noch mehr Bäuerinnen), ohne die in der Landwirtschaft *nichts* geht, nun in der agraralternativen Variante der Trümmerfrau den landwirtschaftlichen Karren aus dem Dreck ziehen sollen. Schmitt geht in ihrer Analyse nicht so weit, dies zu problematisieren, dabei liegt genau dort der (geschlechter-) politische Sprengstoff, um den es geht, und der in Agraropposition und Regionalentwicklung noch viel zu wenig thematisiert wird: Die patriarchalen Verhältnisse in der Landwirtschaft so umzuwälzen, daß eine neue Agrar-Kultur möglich wird, die elementar mehr Autonomie für Frauen beinhalten muß. Schmitt hat eine sehr wichtige Arbeit vorgelegt, die trotz ihrer – zwangsläufig – schmalen Datenbasis sehr interessante Erkenntnisse liefert. Sie macht das Selbstbewußtsein und Probleme dieser geschlechter-politischen Pionierinnen deutlich. ●

Mathilde Schmitt: Landwirtinnen. Chancen und Risiken von Frauen in einem traditionellen Männerberuf. Verlag Leske und Budrich 1997, 256 S., 39 DM

CAR-SHARING IN 200 STÄDTEN

Bereits 20.000 Menschen machen mit beim organisierten Autoteilen, dem »Car-Sharing«. Je nach Einsatzzweck stehen vom Kleinwagen über Kombis bis zum Kleintransporter verschiedene Fahrzeugtypen zur Verfügung. Wer seinen PKW abschafft und aufs Autoteilen umsteigt, spart im Jahr leicht 4.000 DM.

Jetzt hat der VCD eine Liste von Car-Sharing-Organisationen mit über 200 Standorten zusammengestellt, die zusammen mit der Broschüre »Intelligente Autonutzung« gegen 5 DM in Briefmarken beim VCD e.V., Stichwort: Liste Car-Sharing, Postfach 170 160, D-53027 Bonn bezogen werden kann. ●

EXPO 2000:

Weltausstellung der Sprüche und Widersprüche

Eigentlich gilt die Weltausstellung, deren Schwerpunkt in Hannover sein wird, als umweltfeindlich. Die von der Expo zu erwartenden Impulse gehen nach anfänglichen Ankündigungen alle gesellschaftlichen Themen aufzugreifen, fast nur noch in Richtung einer großen Industrieschau.

Von Jörg Bergstedt, Reiskirchen ● Während der Vorbereitungsphase übernahm die Ex-Wirtschaftsministerin von Niedersachsen, Birgit Breuel (CDU) die Leitung der Expo-Gesellschaft. Sie war vorher Chefin der Treuhand und damit verantwortlich für den Umgang mit den Betrieben in Ostdeutschland. Je näher die Expo rückt, desto deutlicher werden die industrieorientierten Aussagen der Expo: In der Expo-direkt 1/97 schreibt die Expoleitung selbst (S. 26): »Gentechnik als Lichtblick für die Zukunft«. In Hannover werden trotz anderslautender Zusagen neue Straßen gebaut, riesige Flächen umgewühlt und der städtische Haushalt schwer belastet, so daß andere Bereiche kürzer treten müssen. Erst vor wenigen Wochen legte die Bürgerinitiative Hannover unter dem Titel »Expo 2000 – Sprüche und Widersprüche« eine genaue Bilanz der Versprechungen und der aktuellen Realität vor (Bestelladresse: BiU, Stephanusstr. 25, D-30449 Hannover).

Man sollte annehmen, die Umweltschutzgruppen seien vereint GegnerInnen dieses Projektes. Doch weit gefehlt. Tatsächlich tummeln sich unter den auf der Expo dargestellten Projekten etliche Umweltgruppen, zudem sitzen bekannte UmweltfunktionärInnen auf einflußreichen Posten. Posten direkt in den Zentralen haben laut Aussage des Schatzmeisters des Deutschen Naturschutzrings, der auch selbst dabei ist, fünf bekannte Umweltschutzvertreter inne. Vorsitzender der niedersächsischen Jury, die die regionalen Expo-Projekte auswählt, ist Ernst-Ulrich von Weizsäcker (SPD). Er ist führender Kopf des Wuppertal-Instituts, das auch für den Themenpark der Expo konzeptionell mitgearbeitet hat. Zweiter Topfunktionär ist der im Beraterkreis des Expo-Aufsichtsrates sitzende Jürgen Resch. Er ist Geschäftsführer der von Lufthansa und Daimler-Benz geförderten Deutschen Umwelthilfe sowie Schatzmeister des Deutschen Naturschutzrings. Schließlich findet sich noch der Name Ricardo Diez-Hochleitner, Mitglied im Club of Rome. Seine Bewertung der Expo: »In Wahrheit soll die Expo 2000, unter ihrem umfassenden Motto und dank der Suche und Darstellung weltweit zusammenhängender Lösungen, die Expo der Hoffnung werden. ... Die Expo 2000 darf deshalb nicht scheitern und muß von allen Ebenen, Multiplikatoren, Gremien und Menschen unterstützt werden. Ich selbst versuche, meinen Beitrag dazu zu leisten«. Diez-Hochleitner ist Vorsitzender der »International Advisory Board«, einer Beratungsinstitution der Expo, die die Suche und Auswahl der internationalen Expo-Projekte betreibt. Im Expo-Kuratorium für die Korrespondenzregion Sachsen-Anhalt finden sich je ein BUND- und NABU-Funktionär.

Expo-Machtstrukturen

In welchem Umfeld die UmweltvertreterInnen bei der Expo arbeiten, macht die Gesamtstruktur deutlich. Darin kommt ihnen nur eine beratende Funktion zu. Die Entscheidungen liegen beim Aufsichtsrat, dem aber ganz andere Kreise angehören, und zwar (vollständige Aufzählung): Helmut Werner (Vorsitzender Mercedes-Benz AG), Gerhard Schröder (Ministerpräsident), Robert Büchelhofer (Vorstand VW), Michael Frenzel (Vorsitzender Preußen-Elektra), Klaus-Jürgen Hedrich (Staatssekretär Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), Eberhard von Koerber (Präsident ABB Europe), Heinrich L. Kolb (Staatssekretär Bundesministerium für Wissenschaft), Michael Munte (Bauunternehmer), Herbert Schmalstieg (Oberbürgermeister Hannover) und Dieter Schulte (DGB-Chef). Nicht besser sieht es aus in der Geschäftsführung, wo z.B. der Daimler-Konzern einen Manager auslieh, um die Expo zu unterstützen. Der zentrale Veranstaltungsbereich der Expo ist von der Firma Siemens gesponsort. Ohne die geht dort nichts mehr.

UmweltschützerInnen sind dabei

Inzwischen haben sich etliche Umweltprojekte darum beworben, Expo-Projekt zu werden, von denen es einige geschafft haben. Expo-Voraussetzung war, daß die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) das Projekt gutgeheißen, d.h. in der Regel auch gefördert hat. Die DBU-Förderung wird nach Aussagen des Expo-Pressesprechers als »Qualitätssiegel« gesehen. Folgende Projekte sind als Expo-Projekt zugelassen:

● Geplanter Bau eines »Agenda-Haus Dresden«, getragen vom Umweltzentrum Dresden e.V., der wiederum Dachverband unter anderem von Grüne Liga, Naturschutzbund, BUND, Verkehrsclub Deutschland, FUSS e.V., Greenpeace und Pro Bahn ist. Die genannten Gruppen sind mit der Expo-Bewerbung einverstanden.

● Teilprojekt »Wendepunkte – Expo am Elbefluß« des geplanten Biosphärenreservates »Flußlandschaft Elbtalaue« (örtlicher Schwerpunkt: Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Umgebung). Antragsteller ist eine Arbeitsgemeinschaft aus Städten, Kommunen, Uni Lüneburg, weiteren staatlichen Einrichtungen und dem NABU-Landesverband Niedersachsen. Letzterer soll Träger des zur Expo aufgebauten Naturschutzzentrums »Luftschiff« am Hitzackersee werden.

● Ökologisches Schullandheim Licherode, getragen von einem Förderverein, Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft selbstverwalteter hessischer Tagungshäuser.

● Geplante Studie und Prozeß »Zukunftsfähiger Bodensee«, eines von vielen regionalen Nachfolgeprojekten der Wuppertal-Studie, getragen von der Bodenseestiftung, deren 6 Träger der BUND Baden-Württemberg, der NABU Baden-Württemberg, die Deutsche Umwelthilfe, der Österreichische Naturschutzbund sowie WWF und Pro Natura in der Schweiz sind. Wesentliche Finanziers sind das Land Baden-Württemberg und Lever.

● LebensGut Pommritz, eines der bekanntesten Ökodorfprojekte in Deutschland. Auf Nachfrage erklärte Projektleiter Maik Hosang, daß die Mehrheit sich für die Expo-Teilnahme entschieden hätte (im Projekt gibt es kein Konsensprinzip. Zitat: »Diese Phase haben wir hinter uns gelassen«). Zudem stände schon in der Bibel, daß Feindbilder nicht bestehen bleiben sollten, alles hätte zwei Seiten und außerdem könnten von ihrer Expo-Teilnahme weltweite Impulse ausgehen. Mehrfach wiederholt: »Wir haben keine Feindbilder«.

● Natur- und Schulbiologiezentrum Leverkusen, eines der führenden Zentren im Dachverband der bundesweiten Einrichtungen zur Umweltbildung (ANU).

Weitere Projekte (Ausscheidung in Niedersachsen, z.T. mit finanzieller Förderung):

● Lebensgarten Steyerberg, eines der großen Projekte im Bereich Ökodörfer/Kommunen.

● Demeter international mit der Idee, ein großes Demeter-Zentrum im Rahmen der EXPO-Stadt auf dem Kronsberg zu errichten.

Erfolglos beworben haben sich drei Ökodorfprojekte und der NABU Göttingen.

Neben den dezentralen Expo-Projekten weltweit und den zentralen Veranstaltungen in Hannover hat die Weltausstellung noch ein drittes Standbein, die Korrespondenzregion in Bitterfeld-Dessau-Wittenberg. Sie hat eine größere Bedeutung als die Einzelprojekte, daher wiegt schwerer, daß gerade dieses Expo-Projekt von den Umweltschutz-Landesverbänden und den Grünen, vor allem Umweltministerin Heidrun Heidecke mitgetragen wird. So haben die Grüne Liga und der BUND Beschlüsse gefällt, zwar die Expo in Hannover abzulehnen, aber die Projekte in Sachsen-Anhalt zu unterstützen – als wenn das zu teilen wäre.

Die großen Verbände auf dem Weg zu Expo

Für die Natur- und Umweltschutzverbände ergab sich ein langer Weg von einer kritischen zu einer Anbiederungsposition zur Expo. Wie widersprüchlich die Haltung oft ist, zeigt sich an einem Brief von Petra Wassmann (NABU-Landesvorstand Niedersachsen) an den Deutschen Naturschutzring (DNR), wo sie sich am 5.12.1996 gegen jegliche Expo-Mitarbeit ausspricht. Gleichzeitig war der NABU-Landesverband zu diesem Zeitpunkt über das Biophärenreservat Elbaue aber schon bei der Expo dabei.

1991 beschloß die Mitgliederversammlung des DNR eine Unvereinbarkeit von DNR-Mitgliedschaft und Expo-Teilnahme. Noch im Frühjahr 1995 sagte DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt der Expo jegliche Teilnahme und auch Verhandlungen mit der Expo-Chefin ab. Doch im Laufe der folgenden Monate verstießen nicht nur Mitgliedsverbände gegen diesen Beschluß, auch im Deutschen Naturschutzring vergrößerte sich das Interesse an einem Mitmachen bei der Expo. Ab Anfang 1996 bereitete der DNR einen Einstieg in die Expo vor. Zunächst entsandte er seinen Schatzmeister Jürgen Resch in den Expo-Beirat, wo er »Pate« wurde für die Themenbereiche Umwelt, Landschaft und Klima. Als es Kritik von einzelnen Mitgliedsverbänden gab, stellte der DNR klar, daß Resch von der Deutschen Umwelthilfe entsandt wurde. Das war eine Lüge. Erst im Nachhinein war, um der Kritik auszuweichen, diese Umbenennung vorgenommen worden, tatsächlich hatte der DNR gegen den gültigen Beschluß und ohne Beteiligung der Basis eine Kooperation mit der Expo beschlossen. Die Anwesenheit des DNR-Schatzmeisters im Beirat der Expo blieb aber nicht der einzige Schritt in Richtung Expo.

Am 7.2.96 schrieb DNR-Geschäftsführer Röscheisen einen Brief an die DNR-Mitglieder, in dem er eine neue Strategie für die Expo vorschlug, die alle Möglichkeiten offenhielt. Unklar ist, was 1996 in der DNR-Mitgliederversammlung geschah. Nach dem Protokoll hoben die Delegierten den Beschluß der Unvereinbarkeit wieder auf, übrig blieb eine Empfehlung, sich nicht an offiziellen Veranstaltungen der Expo zu beteiligen. Ein Jahr später erfolgte eine Korrektur des Protokolls, wonach der Beschluß nicht aufgehoben worden sei, sondern weiter gelte. Allerdings hätte er nie eine bindende Wirkung für die Mitgliedsverbände gehabt und bezöge sich nur auf die zentralen Veranstaltungen in Hannover. Der DNR und viele seiner Verbände, die in ähnlicher Form früher Anti-EXPO-Beschlüsse gefällt hatten, werteten ihre Beschlüsse somit auf eine geschickte Art um. Sie behaupteten, daß mit dieser Abgrenzung nur die zentralen Expo-Veranstaltungen in Hannover gemeint gewesen waren, daher die Teilnahme z.B. als weltweites Projekt möglich wäre. In einem längeren Redebeitrag auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997 sprach sich Kassenwart Jürgen Resch für eine offizielle Mitarbeit der Verbände an der Expo aus und warf anderen Verbänden Doppelzüngigkeit vor, da sie längst selbst bei der Expo vertreten seien. 24 DNR-Mitgliedsverbände seien mit Projekten vertreten, 5 würden sogar offiziell VertreterInnen in Expo-Gremien entsenden.

Bei einem Treffen der Spitzen einiger Umweltverbände (BUND, NABU, DNR und andere) am 10./11.3.1997 in Hannover bahnte sich sogar eine umfassende Mitarbeit an, auch zentral in Hannover. Der BUND brachte seine Ausstattung zum »Zukunftsfähigen Deutschland« ins Spiel.

Am 22. und 23. August 1997 veranstaltete die Expo 2000 Sachsen-Anhalt GmbH einen Kongreß unter dem Titel »Mitgestalten und Mitverantworten – Bürgerinnen und Bürger nehmen Einfluß«. Unverbindliche Erklärungen sollten das Ziel sein. Im Programm fanden sich illustre Namen: Als Eröffnungsrednerin die grüne Umweltministerin Heidrun Heidecke, in Leitungsrollen bei den Arbeitskreisen Oliver Wendenkamp vom BUND und Franz-Theo Gottwald (Schweisfurth-Stiftung). Wendenkamp und der BUND Sachsen-Anhalt sind auch Knoten im Netzwerk Zukunft e.V., deren hannoverscher Zweig die Teilnahme und Mitarbeit der gesamten Knotenpunkte im Rahmen der Expo koordiniert. Viele weitere Verbände haben sich inzwischen offen für die Expo-Teilnahme ausgesprochen, so die Entwicklungsorganisation VENRO und die Umweltorganisationen WWF, Euronatur und Deutsche Umwelthilfe. Der NABU veranstaltete im März 1998 eine Tagung zusammen mit der Expo – PR für einen Umweltzerstörer der größeren Art.

Widerstand geschwächt

Vor Ort in Hannover gibt es seit Jahren Widerstand gegen die Expo. Die Kräne vor Hannover-Auten, die neuen Straßen und die Zerschlagung etlicher Teile der Stadtkultur zeigen dort deutlich, was die Weltausstellung bewirken wird. Die unklare oder oft sogar expofreundliche Orientierung der bundesweiten Umweltverbände schadet diesem Widerstand aus zwei Gründen. Zum einen kann die Expo mit den vielen Projekten und der direkten Beteiligung werben, sich ein grünes Mäntelchen umhängen. Zum anderen aber fehlen die Umweltverbände beim Widerstand gegen die Expo. Bundesweit gibt es zur Zeit überhaupt keine hörbare Stimme gegen die Gigantomanie der Expo. Es wäre an der Zeit, daß die BUND-, NABU- oder DNR-Mitglieder, die den Schmusekurs ihrer Verbände mit den großen Umweltzerstörern nicht wollen, dafür sorgen, daß ihre Verbände wieder dort mitwirken, wo eigentlich ihr Platz wäre: Auf der Seite derer, die gegen die Expo, deren inhaltliche Positionen und das Zerstörungsdrama in Hannover kämpfen.●

Hinweis:
Dieser Text ist eine Kurzfassung des Kapitels zum Filz zwischen Umweltverbänden und Expo im neuen Buch »Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz« (39,80 DM, IKO-Verlag, im Buchhandel und beim Büchertisch, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen.
Am **Dienstag, den 12. Mai**, findet um 20 Uhr im Pavillon in Hannover (Raschplatz) eine Veranstaltung zum Thema »Umweltverbände und Expo« statt.

Anzeige

Genossenschaften

MIKA – MIETERINNENINITIATIVE, KARLSRUHE

Gemeinschaftsorientiertes Wohnen ist mehr als eine Genossenschaft ...

Die Diskussion um die Gefahren der Umwandlungsoption wurde in der MiKa, der MieterInneninitiative Karlsruhe, unter dem Vorzeichen geführt, daß die Idee des gemeinschaftsorientierten Wohnprojekts deutlich im Vordergrund steht. Für die Form der Genossenschaft entschieden sich die Beteiligten – nach fast drei Jahren Projektplanung – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Hieraus ergibt sich, so die Einschätzung der Mitglieder, daß im Projekt der Wohnraum besser als bei vielen anderen Genossenschaften vor hausgemachtem »Ausverkauf« geschützt ist.

Gelände der MiKa-Genossenschaft — Foto: MiKa e.G.

Sabine Zürn, Red. Genossenschaft ● Die MiKa – MieterInneninitiative Karlsruhe – ist eine Wohnungsgenossenschaft. Als solche sahen sich die Mitglieder auch mit dem Dilemma der Eigenheimzulage konfrontiert. Die Satzung wurde um den Passus erweitert, daß unter bestimmten Bedingungen genossenschaftlicher Wohnraum von den BewohnerInnen gekauft werden kann.

Zum besseren Verständnis für diese als unproblematisch eingestufte Entscheidung ist ein Blick auf das Projekt notwendig: Die etwa 200 zukünftigen BewohnerInnen werden in vier Häusern wohnen. Sie haben sich zu acht Wohngruppen zusammengetan, die jeweils eine Haushälfte (mit-)planen und organisieren. Einige dieser Gruppen bestanden schon vor der Gründung der MiKa und führen ein ausgeprägtes politisches und soziales Eigenleben: Teile einer Gruppe kommen aus der MieterInnenbewegung, in einer anderen haben sich fast ausschließlich Frauen organisiert, eine besteht vor allem aus kinderreichen Familien etc.

Kleingruppen mit Eigenleben

Diese Wohngruppen entscheiden, wer in ihre Haushälfte einzieht. Eigentum an Wohnraum würde – materiell und sozial – Menschen auf Wohnungen festlegen und Hausgruppen auf bestimmte fixe Konstellationen. In der Genossenschaft wird aber das Zusammenleben als Prozeß verstanden, bei dem es auch Veränderungen gibt. Das heißt nicht, daß ein Ein- oder Ausstieg willkürlich erfolgt: Es gilt das Mietrecht plus das Gruppeninteresse. Die gemeinsamen Verbindlichkeiten sind vor allem sozialer Natur. Insofern überwiegt die Einschätzung: Wenn die Beteiligten anfangen, sich nur im privaten Eigentum »sicher« und aufgehoben zu fühlen, ist die gemeinsame Idee ohnehin verloren gegangen.

Als Bedingung für eine Umwandlung von genossenschaftlichem zu privatem Wohnraum wurde festgelegt: Sie muß von den zwei im betreffenden Haus wohnenden Gruppen mehrheitlich befürwortet werden. Eine solche Entscheidung würde außerordentlich gründlich diskutiert werden.

Stabilität durch Zusammenwohnen

Das gilt theoretisch auch noch in fünfzig Jahren. Menschen können allerdings ihre Ansichten ändern. Insofern stellt sich die Frage, ob mit der Satzung einer folgenden Generation der Schlüssel zur Privatisierung an die Hand gegeben wurde. Die Verantwortlichen sind überzeugt, daß dies nicht der Fall ist.

Solange das Projekt noch nach seinen eigenen Grundsätzen handelt, hängt das Wesentliche von den Inhalten des Zusammenlebens ab und nicht so sehr von der äußeren Form der Genossenschaft. Bezweifelt wird, daß diese Form an sich stark genug ist, um in den Köpfen ihrer Mitglieder dauerhaft Klarheit über die Eigentumsverhältnisse herzustellen. Historisch gesehen war sie es nicht und auch heute gibt es grundlegende Unterschiede zwischen den verschiedenen Genossenschaften.

Die Entscheidung für eine Satzungsänderung fiel dadurch leichter, daß die MiKa ihre Aktivitäten nicht auf weitere Objekte ausdehnen will. Es soll bei vier Häusern und einem noch nicht gesichertem Gemeinschaftshaus bleiben. Die Häuser sind Teil einer ehemaligen Kasernenanlage und sehen alle gleich aus. In den Wohnungen wird es einheitliche Standards geben. Außergewöhnliche oder besonders attraktive Wohnungen, die leichter Individualisierungstendenzen auslösen, gibt es nicht. Umgekehrt läßt sich allerdings auch sagen: Alle Wohnungen sind gleich außergewöhnlich und attraktiv.

Abgrenzung gegenüber Großprojekten

Im Projekt überwiegt die Überzeugung, daß es in der Diskussion vor allem um das Wie von Genossenschaften gehen muß. Die ursprünglich gute Idee dieses Modells läßt sich nur in einer überschaubaren, von den GenossenInnen selbst ins Leben gerufenen und mitbestimmten Genossenschaft verwirklichen. Insofern grenzen sich die Beteiligten gegenüber jenen überdimensionierten anonymen Genossenschaften ab, in denen häufig eine ungewöhnlich schlechte Stimmung herrscht und Wohnraum vor allem über »Tricksereien« vergeben wird. Daß hier Mitglieder die Privatisierung von Wohnraum als Alternative betrachten, wird als nachvollziehbar angesehen.

Entsprechend besteht die Einschätzung: Schon ohne Eigenheimzulage ist jede Genossenschaftsidee tot und begraben Genossenschaften, wenn sie »von oben« gegründet wird, nicht in der Absicht, günstigen Wohnraum zu schaffen, sondern zum Zweck der Geldanlage.●

EIGENHEIMZULAGEGESETZ

Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften im Strudel unberechenbarer Politik

Im Zuge der Reform der Wohneigentumsförderung wurde Anfang des Jahres 1996 mit dem Wechsel zu einer einkommensunabhängigen Förderung erstmals auch eine Förderung der Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften in § 17 des Eigenheimzulagegesetzes aufgenommen. Diese Baugenossenschaftszulage bezeichnete der GdW, der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen mit Sitz in Köln, von Anfang an als schwierigen Kompromiß. Dennoch bezieht er vehement Position gegen deren aktuelle faktische Abschaffung.

Thomas Schaefers, Red. Genossenschaften ● Grundsätzlich begrüßte der GdW die erstmalige steuerliche Förderung von Wohnungsgenossenschaften im Rahmen des Eigenheimzulagengesetzes. Die verlangte Eigentumsorientierung der Satzung widerspricht aber dem Selbstverständnis der bestehenden Genossenschaften. Sie steht dem Kerngedanken der Genossenschaftsphilosophie des gemeinschaftlichen Eigentums entgegen, die auf die spekulationsfreien Bewahrung und Weitergabe des Vermögens auf künftige Generationen abzielt.

Die Regelung wurde deshalb vor allem für Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern, die aufgrund des Altschuldenhilfegesetzes 15% des Wohnungsbestandes privatisieren müssen, als hilfreich angesehen. Davon abgesehen führt die eigentumsorientierte Ausgestaltung der Satzung nicht zwingend zur Umwandlung in Wohneigentum. Sie ist von demokratischen Mehrheitsbildungen abhängig, da die Genossenschaftsmitglieder pro Objekt selbst darüber befinden, ob selbstgenutztes Wohneigentum nach WEG gebildet wird.

Einbeziehung fördernder Mitglieder

Die neue Regelung ließ von Anfang an Interpretationsspielräume für die Umsetzung zu. Mit einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums (BMF) vom 15.10.1996 bestätigt die Finanzverwaltung eine sehr weite Auslegung: »Nach Auffassung der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder setzt die Förderung nicht die Nutzung einer Genossenschaftswohnung zu eigenen Wohnzwecken voraus. Die Eigenheimzulage können daher auch die Genossen erhalten, die keine Genossenschaftswohnung bewohnen.«

Der GdW hatte sich vorher für eine solche Interpretation des § 17 EigZulG ausgesprochen. In der Tradition der Wohnungsgenossenschaften sind fördernde Mitglieder, also nicht nutzende Mitglieder, unverzichtbar, um den gewaltigen Finanzierungsbedarf für Neubaumaßnahmen, aber auch für die Modernisierung von Beständen zu decken. In der Praxis bewirtschaften Wohnungsgenossenschaften in Deutschland heute rund 2,2 Millionen Wohnungen, haben aber etwa 3,2 Millionen Mitglieder.

Vorbeugung gegen Mißbrauch

Anfang 1997 kommt es in den alten Ländern verstärkt zu Neugründungen von eigentumsorientierten Genossenschaften. In diesem Zusammenhang wurde erstmals in den Medien Mißbrauch bei der Eigenheimzulage behauptet. Ob dieser Mißbrauch tatsächlich stattfand, ist nicht bewiesen. Mißbrauch liegt vor, wenn die Initiatoren einer Genossenschaftsneugründung die eingezahlten Geschäftsanteile der Genossenschaftsmitglieder überwiegend zur Deckung von Verwaltungskosten wie Werbeinvestitionen, Vertriebsmaßnahmen oder Personalkosten verwenden, so daß der Verlust der eingezahlten Geschäftsanteile droht. Ebenfalls kann von Mißbrauch gesprochen werden, wenn die neu gegründete Genossenschaft ausschließlich oder überwiegend das Ziel verfolgt, die steuerliche Förderung für Genossenschaftsmitglieder zu erlangen, ohne dem Wohnraumversorgungsauftrag durch Neubau oder Bestandserwerb angemessen nachzukommen.

Deshalb leitete der GdW interne Maßnahmen ein, um dem Mißbrauch vorzubeugen. Hierzu zählt eine entsprechende Mustersatzung, die vom GdW und den Regionalverbänden bei Genossenschaftsneugründungen empfohlen wird. Sie sieht eine angemessene Wohnraumversorgung der Genossenschaftsmitglieder vor. Außerdem werden Maßnahmen zur wirksamen und zeitnahen Überwachung und Prüfung der neu gegründeten Genossenschaften durch die Prüfungsverbände vereinbart. Gleichzeitig wurde von der Bundesregierung eine Klarstellung gefordert: Die neu gegründeten Wohnungsgenossenschaften im Sinne des Eigenheimzulagengesetzes sollten zwingend einen angemessenen Beitrag zur Wohnraumversorgung der Mitglieder leisten müssen.

Abschaffung durch Eingrenzung

In dem dazu ursprünglich geplanten, mit dem GdW abgestimmten BMF-Schreiben heißt es: »Ist bei Gründung der Genossenschaft kein Wohnungsbestand vorhanden, muß das Handeln der Genossenschaft auf die Herstellung oder Anschaffung von Wohnungen ausgerichtet sein. In diesen Fällen ist die Eigenheimzulage nach § 165 Abs. 1 AO vorläufig festzusetzen. Anteile an einer Genossenschaft, deren Tätigkeit sich auf die Anlage der von den Mitgliedern auf die Geschäftsanteile geleisteten Beträge beschränkt, sind nicht begünstigt. Die errichteten Wohnungen müssen überwiegend an Genossenschaftsmitglieder überlassen werden.«

Vor diesem Hintergrund kam ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 22.01.1998 völlig überraschend. In diesem wird die Nutzung einer Wohnung für die Förderung zur Voraussetzung gemacht. Die Formulierung lautet: »Der Genosse muß zwar bereits im ersten Jahr der Förderung eine Genossenschaftswohnung bewohnen, aber spätestens im letzten Jahr des Förderzeitraums eine solche Wohnung beziehen.« Nach Einschätzung des GdW sind mit dieser Festlegung Existenzgefahren für die Genossenschaften verbunden, die im Vertrauen auf das BMF-Schreiben vom 15.10.1996 gegründet wurden und Investitionsmaßnahmen eingeleitet haben. Dabei handelt es sich um 77 eingetragene und weitere 63 Genossenschaften in Gründung.

Existentielle Gefährdung von Neugründungen

Die neuen Genossenschaften konnten zu keinem Zeitpunkt davon ausgehen, daß die jetzt als Fördergrundlage beschlossene Selbstnutzung einer genossenschaftlichen Wohnung Kern der genossenschaftlichen Förderung nach § 17 EigZulG sein sollte. Wenn die Selbstnutzung durch die Genossenschaftsmitglieder nach Maßgabe des BMF-Schreibens vom 22.01.1998 im Förderzeitraum vorgeschrieben wird, ist der Förderung wohnungswirtschaftlich und wohnungspolitisch die Grundlage entzogen.

Die jetzige Regelung bedeutet de facto eine Abschaffung der Förderung. Bei durchschnittlichen Geschäftsanteilen zwischen 10.000 und 25.000 DM – das haben die Erfahrungen der letzten 1 1/2 Jahre gezeigt – steht zu wenig Kapital zur Verfügung, um eine Wohnung zu kaufen oder gar zu bauen. Insofern wird laut GdW die Baugenossenschaftszulage in Zukunft bedeutungslos werden. Der ursprünglich angestrebte wohnungspolitische und bauwirtschaftliche Effekt, zusätzliches privates Kapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren, wird konterkariert. Die bereits angeschlagene Baukonjunktur erfährt eine weitere Abschwächung, mit den daraus zu erwartenden arbeitsmarktpolitischen Gefahren.

GdW fordert Vertrauensschutz

Der vom BMF ursprünglich vertretene Grundsatz, daß eine Selbstnutzung nicht die Fördergrundlage darstellt, ist seit Oktober 1996 gültig und damit Geschäftsgrundlage der neu gegründeten Genossenschaften. Sie dehnten den Aufbau der Genossenschaft und die Finanzierung der Wohnraumversorgung ihrer Mitglieder genossenschaftstypisch auf einen Kreis von fördernden Mitgliedern aus.

Die jetzt vom Bundesfinanzministerium getroffene Interpretation des § 17 EigZulG ist nach Auffassung des GdW sachlich falsch. Der Verband erwartet vom Gesetzgeber kurzfristig mindestens einen Bestandsschutz für bereits gegründete Genossenschaften. Für die nächste Legislaturperiode wird angestrebt, daß es eine Förderung für Genossenschaftsmitglieder ohne eine Orientierung am selbstgenutzten Wohneigentum gibt. Sie soll weder eine Selbstnutzung für geförderte Mitglieder zwingend vorschreiben, noch eine eigentumsorientierte Ausgestaltung der Satzung verlangen und somit auch für die bestehenden Wohnungsbaugenossenschaften gelten.●

WOGE – WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT, KÖLN

Genossenschaften

Erste Neugründung in Köln seit 1951

Diese erste Neugründung einer Wohnungsgenossenschaft in Köln seit 1951 gelang in der Rekordzeit von sechs Monaten. Die Eintragung ins Genossenschaftsregister steht kurz bevor. Gegebenenfalls muß die Satzung noch geringfügig geändert werden. Die Satzung wurde fast unverändert von der Münchner »WOGENO« übernommen. Nur der Zusatz der Eigentumsorientierung ist wegen der Eigenheimzulage zusätzlich integriert. Über verschiedene Ergänzungen in einem potentiellen Kaufvertrag sollen deren Folgen überschaubar gehalten werden.

Konni Müller, Red. Genossenschaft ● Die Stadt Köln wollte im April 1997 das Wohn- und Geschäftshaus Krefelder Wall 20 an einen Bewerber verkaufen, der über 150 % des Verkehrswerts geboten hatte. Es wäre nicht die erste Privatisierung mit bösen Folgen für die MieterInnen gewesen. Um diese zu vermeiden – politisch war ein Verkauf nicht zu verhindern – wurde zusammen mit den MieterInnen die Wohnungsgenossenschaft WOGE gegründet.

Einflußsicherung mittels Genossenschaft

Vor der Gründung standen für die MieterInnen drei Alternativen zur Diskussion:

- zu versuchen, daß ein städtisches oder anderes gemeinnütziges Wohnungsunternehmen die Liegenschaft kauft mit der Folge: Wohn- und Mietsicherheit, aber kein Einfluß;
- eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts aus den MieterInnen und vermögenderen BewohnerInnen des Stadtviertels kauft und garantiert eine Miete am unteren Rand des Mietspiegels mit der Folge: entsprechend des geringen Kapitalanteils der MieterInnen wenig Einfluß;
- Gründung einer Wohnungsgenossenschaft mit den MieterInnen und interessierten UnterstützerInnen, die das Haus kauft und in wachsendem Maße wohnungswirtschaftlich tätig wird mit der Folge: Abstimmung nach Köpfen.

Die MieterInnen entschieden sich für die Genossenschaft. Ein erster Rundbrief an über zweihundert Adressen ergab ein positives Echo und die Sicherheit, genügend Kapital für den Kauf aufbringen zu können. Ein unvorhersehbares Pensum von Gründungsprozeduren, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Aufgaben des Prüfungsverbandes, Kaufverhandlungen und politischer Überzeugungsarbeit mußte bewältigt werden. Nach achtmonatigen Auseinandersetzungen im Liegenschaftsausschuß und Stadtrat wurde der Verkaufsbeschluß schließlich zugunsten der inzwischen gegründeten WOGE entschieden. Der Eigentumsübergang wird im April 1998 erfolgen, so daß Instandsetzung und Ausbau endlich beginnen können.

Vom Mieter zum Anteilseigner

Von dem erworbenen Haus wurden 1988 sieben Wohnungen mit öffentlichen Mitteln modernisiert. Jetzt werden noch das Dachgeschoß und eine Gewerbeeinheit im Erdgeschoß ausgebaut sowie Instandsetzungen durchgeführt. Die Stadt Köln hat das Haus schlecht modernisiert und unterhalten. Deshalb müssen nach knapp zehn Jahren alleine rund 100.000 DM für Reparaturen aufgewandt werden. Nach Fertigstellung werden die sechs Haushalte und der türkisch-deutsche Förderverein, die schon lange im Hause sind, das Gebäude nutzen. Als »Neue« kommen weitere drei Haushalte und ein Buchversand dazu. Sie alle sind dann keine MieterInnen mehr, sondern als WOGE-AnteilseignerInnen dauerhaft nutzungsberechtigt.

Grundlage der Entscheidungsstruktur ist die Satzung nach dem Muster der Münchner WOGENO. Sie wurde übernommen, weil deren Idee der Selbstverwaltung der Hausgemeinschaften die GründerInnen begeisterte. Gemeinsam können so die BewohnerInnen über alle Fragen des Zusammenlebens im Hause selbst entscheiden.

Die bisherigen MieterInnen leisten 3.000 DM je Wohnung und die neuen NutzerInnen 800 DM je qm Nutzfläche als Pflichtanteil. Das Nutzungsentgeld beträgt für die »Alten« 5,50 DM monatlich je qm und für die »Neuen« 12,00 DM. Die bis Ende 1998 öffentlich geförderten Bestandsmieten werden sozialverträglich innerhalb von zehn Jahren an den unteren Rand des Mietspiegels herangeführt. Er liegt 1998 bei rund 10 DM je qm. Die ca. 1,5 Mio. DM für Kauf, Instandsetzung und Ausbau werden je zur Hälfte mit Eigenmitteln aus eingezahlten Geschäftsanteilen und Bankdarlehen finanziert. Zur Zeit sind von 60 Mitgliedern rund 750.000 DM gezeichnet und fast vollständig eingezahlt.

Neuregelung erschwert weitere Projekte

Geplant ist mit der WOGE, sobald wie möglich weitere Projekte im Alt- und Neubau anzugehen. Zur Zeit wird die Zusammenarbeit mit dem Verein »Autofreie Siedlung Köln e.V.« vorbereitet. Viele seiner Mitglieder haben sich für ein genossenschaftliches Bauen und Wohnen ausgesprochen. Ein neues Projekt kann jedoch nur verwirklicht werden, wenn genügend Eigenkapital eingeworben wird. Mindestens die Hälfte der Investition sollte mit Geschäftsanteilen der NutzerInnen und weiteren Personen gedeckt werden, da sonst die monatliche Belastung für die BewohnerInnen zu hoch wird. Dies wird schwieriger, weil das Bundesfinanzministerium die in 17 Eigenheimzulagengesetz vorgesehene Förderung von Genossenschaftsanteilen nicht selbstnutzender Mitglieder einstellt. Von den GründerInnen der WOGE hatte niemand auf diese Förderung spekuliert. Um jedoch in größerem Ausmaße tätig zu werden, war beabsichtigt, mit Hinweis auf die Eigenheimzulage Geschäftsanteile einzuwerben.

Damit sollten kleinere Geldmengen, die sonst in den Konsum fließen oder auf Festgeldkonten liegen, als investives Kapital dem Wohnungsbau zugeführt werden. So könnten viele KleinanlegerInnen, die aktuell keine Wohnung der Genossenschaft anstreben, für weniger Begüterte mit Wohnbedarf preiswerten Wohnraum schaffen. Dies wird durch die problematische Uminterpretation des Gesetzes zunichte gemacht. Jetzt müssen die InteressentInnen für ein neues Projekt soviel Eigenkapital aufbringen, als würden sie selber neu bauen, erhalten aber eine wesentlich geringere Förderung.

Diskussion der Eigentumsorientierung

Über die Eigentumsorientierung wurde in der WOGE lange diskutiert. Die Mitglieder sahen aber schließlich keine große Gefahr für die Genossenschaft und ihre Ziele. Der entsprechende Passus in der Satzung lautet:

1. Nach § 17 EigZulG wird dem Mitglied, das Förderung erhält, unwiderruflich das vererbliche Recht auf Erwerb des Eigentums an der von ihm zu Wohnzwecken genutzten Wohnung für den Fall eingeräumt, daß die Mehrheit der in einem Objekt wohnenden Genossenschaftsmitglieder der Begründung von Wohnungseigentum und Veräußerung der Wohnungen schriftlich zugestimmt hat.

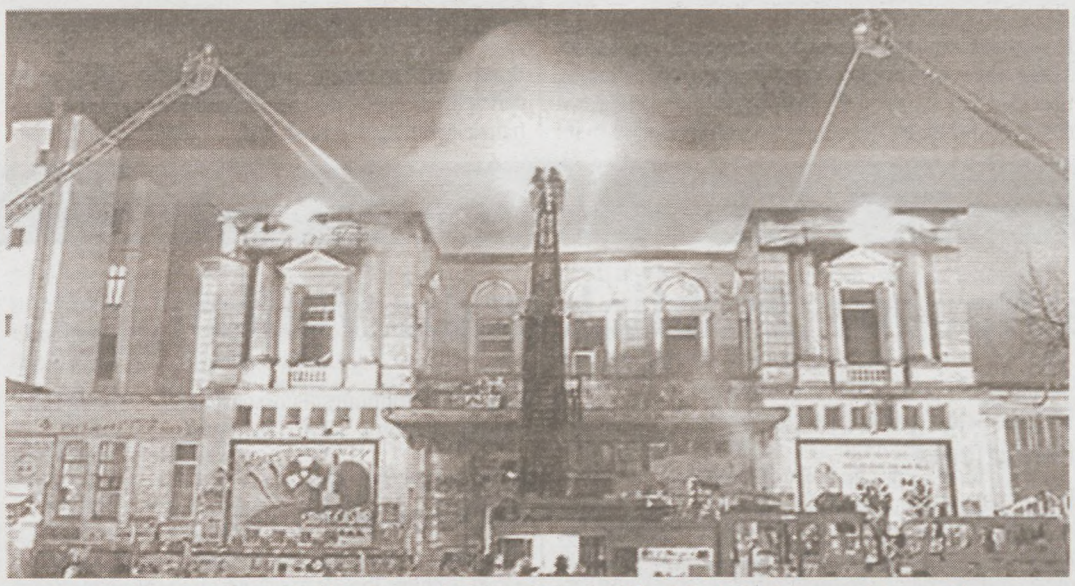
2. Der Kaufpreis wird durch die Genossenschaft nach dem Marktwert unter Berücksichtigung von § 14 Abs. 2 festgesetzt. Der § 14 Abs. 2 lautet: Die Nutzungsgebühr wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Bewirtschaftung vom Vorstand festgesetzt. Sie soll angemessen und kostendeckend sein sowie eine ausreichende Rücklagenbildung und Verzinsung des Eigenkapitals ermöglichen.

Sollte wirklich ein Mitglied seine Wohnung kaufen, bekommt die Genossenschaft Geld für weitere Bautätigkeit. Außerdem kann in dem Kaufvertrag ein Vorkaufsrecht der Genossenschaft, eine weitere Bindung an die Mitgliedschaft in der Genossenschaft und die Hausverwaltung durch sie vereinbart werden. Vielleicht gelingt es der Genossenschaft auch, Eigentümerin des Grundstücks zu bleiben und die Wohnung in Erbpacht zu vergeben.●

DIE GENOSSENSCHAFT SCHANZE, HAMBURG

Ein genossenschaftliches Dach für autonome Wohnprojekte

Neue Genossenschaften drängen in Hamburg seit Mitte der achtziger Jahre in Nischen des Wohnungsmarktes. Nachbarschaftsorientierte Wohnformen mit Wohngruppen als Investoren sind entstanden. Die alte genossenschaftliche Idee wird dabei von Leuten aufpoliert, die das größtenteils gar nicht wollen. Unter diesen ist die Wohnungsbaugenossenschaft Schanze eine der interessantesten Erscheinungen. Sie wurde 1987 von wohnungspolitisch engagierten HamburgerInnen gegründet, um einen aktuellen sanierungspolitischen Konflikt lösen zu helfen: die Besetzung von Häusern im Hamburger SCHANZEnviertel. Von diesem Viertel hat sie ihren Namen.



Das soziokulturelle Zentrum »Rote Flora« gehört nicht zur Genossenschaft Schanze, ist aber ein wichtiger Treffpunkt für viele Gruppen im Schanzenviertel. Im November 1995 brannte das Zentrum und wurde von den NutzerInnen saniert.

Josef Bura, Red. Genossenschaften ● Hamburg hat eine starke Genossenschaftstradition. Es gibt 52 eingetragene Wohnungsbaugenossenschaften, die rund 125.000 von insgesamt 830.000 Wohnungen ihr eigen nennen. Sie repräsentieren vor allem die drei großen Generationen der Genossenschaftsbewegungen: den alten Genossenschaftsadel aus dem letzten Jahrhundert, die Wohnreformbewegung der zwanziger Jahre und die Wiederaufbaugeneration der Nachkriegszeit. Diese Genossenschaftstradition hat Nachwuchs bekommen. 16 junge Genossenschaften sind nach 1980 gegründet worden. Sie stellen damit knapp 30% der genossenschaftlichen Träger, vereinigen aber nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der genossenschaftlich gebundenen Wohnungen in ihrem Eigentum.

Wurzeln in der Hausbesetzerbewegung

Anstoß für die unerwartete Renaissance genossenschaftlicher Träger gab die Hausbesetzerbewegung. In der Rechtsform der Wohnungsbaugenossenschaft sahen Berater der Szene damals einen Weg, den Wohngruppen Sicherheit zu geben, die Politik zu besänftigen und das Eigentum an besetzten Gebäuden zu sozialisieren. Sogar das berühmteste Hausbesetzerprojekt der Bundesrepublik, die Hamburger Hafenstraße, hat zwischenzeitlich im Hafen der Genossenschaftsbewegung angedockt. Junge Wohnungsbaugenossenschaften sind in Hamburg auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau en Vogue. Zu den Neugründungen gehört die Wohnungsbaugenossenschaft Schanze. Unter ihren 180 Mitglieder gibt es viele, die sie mit Einlagen fördern, für sich aber keinen Wohnraum suchen. Auch stille Gesellschafter beteiligen sich mit beträchtlichen Summen. Das stärkt die Optionen der Genossenschaft, eigenständige soziale und wohnungspolitische Ziele zu verfolgen.

Vielfältigkeit der Nutzergruppen

Mittlerweile hast sich die Schanze mit einem überschaubaren aber stetig wachsenden Bestand zu einer Dachorganisation für ganz verschiedene Menschen und Wohnformen in Hamburg entwickelt. Das sind:

- klassische MieterInnen aus Sanierungsgebieten. In einigen Häusern leben Familien, alte Menschen und MigrantInnen. Sie erwarten von der Schanze, daß sie als verläßliche Vermieterin eine normale Wohnungsverwaltung realisiert.
- Nutzergruppen aus der Hausbesetzerszene. Verschiedene Häuser der Schanze wurden mit Hilfe eines Hamburger Selbsthilfeprogramms instandgesetzt. Diese Gebäude und Wohnungen waren besetzt und werden von den meist jungen Mieterinnen und Mietern selbst verwaltet.
- neue Haushaltstypen. Hamburg fördert Neubauprojekte für Wohngruppen im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Wohnungssuchende schließen sich zu Wohngruppen zusammen, planen mit ArchitektInnen ihres Vertrauens Mehrfamilienhäuser, leisten Selbsthilfe und verwalten nach Bezug ihren Wohnraum selbst.
- NachfragerInnen mit Handicaps auf dem Wohnungsmarkt. Die Genossenschaft plant und baut mit Förderung durch die Hamburger Wohnungsbaukreditanstalt und die Sozialbehörde Wohnprojekte für vormals Wohnungslose. Junge Menschen aus geförderten Ausbildungsstätten und Künstler, die zusammen leben und arbeiten wollen, planen neue Wohngruppenprojekte in und mit der Schanze.
- mehr als Wohnen. In Gebäuden der Schanze befinden sich eine Reihe von soziokulturellen Einrichtungen. Einige werden von MieterInnen selbst betrieben, andere von Gemeinbedarfsträgern. Zu letzteren gehören halböffentliche Gemeinschaftsräume in selbstverwalteten Wohngruppenprojekten, ein nicht kommerzielles Stadtteil-Programm-Kino, eine Einrichtung der milieunahen Erziehungshilfe.

Sekundärgenossenschaft statt Neugründung

Alle Wohngruppenprojekte der Schanze haben ihre eigene soziale Charakteristik. Sie wurden in enger Kooperation mit den Mieterinnen und Mietern entwickelt. Selbstverantwortung, Selbsthilfe und Selbstbestimmung sind zentrale Angebote, die sie ihren Mitgliedern macht. Mieter, die sich Selbstorganisation zutrauen, werden darin bestärkt und angeleitet. Andere, die »ganz normal wohnen« wollen, finden unter der gemeinsamen Struktur ebenfalls ein zu Hause. Bei dieser schwierigen Aufgabe wurde die kleine und junge Wohnungsbaugenossenschaft von Anfang an von der STATTBAU-HAMBURG GmbH unterstützt.

Die Schanze hat mit ihren mittlerweile 16 Mehrfamilienhäuser in Hamburg eine wohnungspolitische Lücke geschlossen. Sie bietet Wohngruppenprojekten die Möglichkeit, »ihre« Häuser eigenverantwortlich selbst zu verwalten, ohne den aufwendigen Weg der Gründung einer eigenen Genossenschaft gehen zu müssen. 13 Wohngruppen machten bisher davon Gebrauch. Sie sind meist in Form eines eingetragenen Vereins organisiert, mit denen die Schanze Gruppenmietverträge abschließt. Die Nutzervereine wiederum haben ihrerseits Mietverträge mit ihren im Haus wohnenden Mitgliedern.

Nach Fertigstellung eines Wohngruppenprojekts, deren Mitglieder in sämtliche Planungen einbezogen sind, nimmt die Genossenschaft weiterhin die Eigentümerrolle wahr. Gleichzeitig verwalten die Nutzervereine aber ihre Gebäude und Wohnungen völlig eigenständig. Sämtliche Rechte und Pflichten aus der Verwaltung der Immobilien, soweit sie nicht vom Eigentümer wahrgenommen werden müssen, gehen in die Verantwortung der Wohngruppen über. Beispielsweise sind die Nutzervereine für das Aufbringen des Eigenkapitals, für die Mietzahlung ihrer Mitglieder, für Instandhaltung von Gebäude und Wohnungen und für Belegung im Rahmen der eingegangen Bindungen verantwortlich.

Alternative zur Eigentumsorientierung

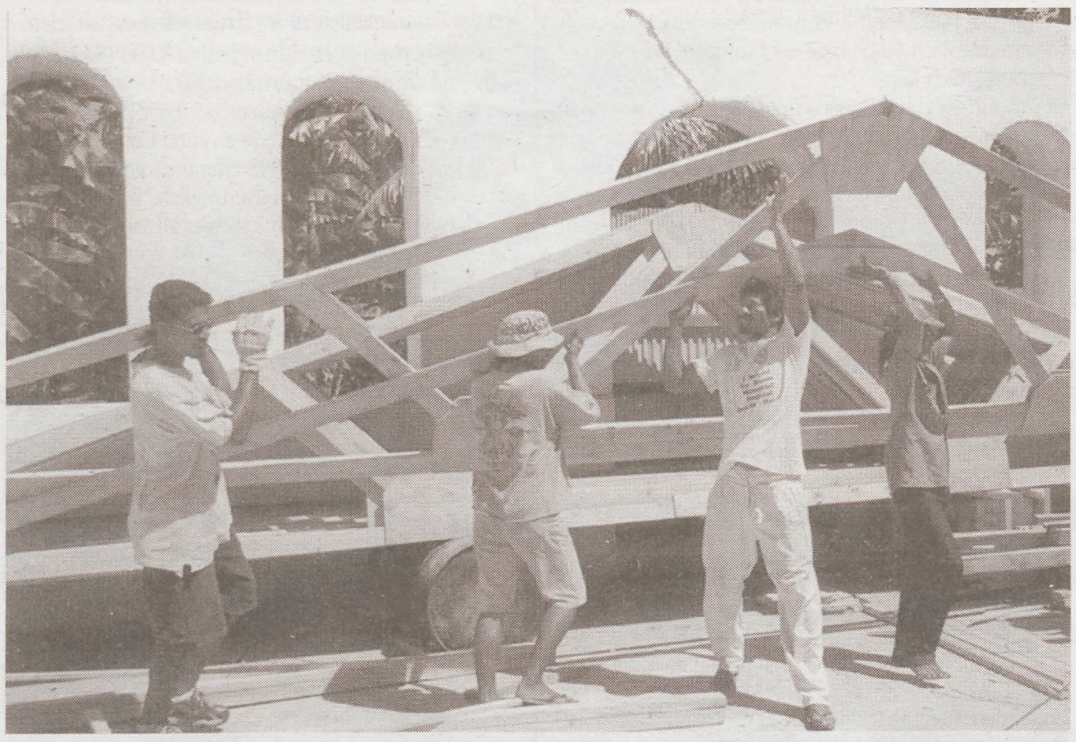
In den Organen der Genossenschaft sind die Gruppen vertreten, auf denen die Innovationsfähigkeit der Schanze basiert: Fachleute, ohne deren Rat und praktische Hilfe das Unternehmen nicht überleben könnte, Förderer, die einen breiten sozial- und wohnungspolitischen Konsens sicherstellen und Mitglieder der Wohngruppenprojekte, die den aktiven Teil der Nutzerschaft repräsentieren. Mit diesem Konzept stellt die Schanze eine Alternative zu den in den letzten zwei Jahren verstärkt entstehenden Eigentümergenossenschaften dar. Im Unterschied zu diesen bindet sie das Eigentum als genossenschaftlicher Träger, räumt den Nutzern aber eigentümerähnliche Verfügungsrechte und damit ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung ein.●

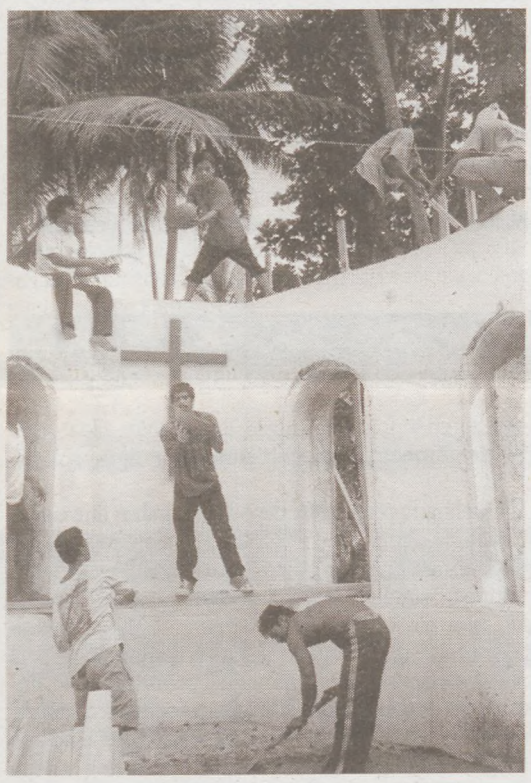
GENOSSENSCHAFT KASERNA URBANA, KASSEL

Genossenschaften

Wie die Jungfrau zum Kinde – aber was für ein Prachtmädel

Der erste, der das Büro der Kaserna Urbana e.G. in Kassel nach der Zeitungsanzeige aufsuchte, war ein Mitarbeiter des Finanzamtes. »Wir haben schon immer mal die Augen nach einer günstigen Anlagegelegenheit ausgestreckt.« Er blieb nicht der einzige. In der ersten Februarhälfte sammelte die Wohnungsbaugenossenschaft 1,4 Millionen DM Anlagekapital, nachdem die veränderten Bedingungen beim Eigenheimzulagegesetz bekannt wurden. Das Telefon klingelte fast ununterbrochen, die Satzung mußte provisorisch nachkopiert, Beitrittserklärungen per Eilpost angefordert werden, schließlich war niemand auf diesen Einsatz vorbereitet.





Die Fotos auf dieser Seite zeigen nicht die »Kaserna Urbana« in Kassel sondern die Sanierung eines Kirchendaches auf dem Lukuor-Atoll (CHUUK, Förderalstates of Mikronesia), das die Autorin bei einem Arbeitsurlaub im Februar diesen Jahres betreute – die Kirche wurde während des 2. Weltkrieges zerstört.

Sabine Joswig, Red. Genossenschaften ● Gegründet wurde die Genossenschaft Kaserna Urbana Ende 1996, um zwei Mannschaftsgebäude im Rahmen der Konversion Kassel zu 80 Wohnungen umzubauen. Die Idee war, preisgünstiges Wohneigentum zu schaffen und mit Freunden in einem Haus zu leben. Keine großen Ideale, sondern ein eher pragmatischer Ansatz, angesichts der Chancen, die die Konversion in einer städtebaulich sehr interessanten Lage in Kassel boten. Immerhin gelang es binnen eines Jahres, Wohnungen für 1.730 DM/qm zu erstellen, die auch dem kleinen Geldbeutel den Luxus der eigenen vier Wände ermöglichen.

Von der Genossenschaftszulage und ihren Möglichkeiten als Finanzierungsinstrument hatten die InitiatorInnen der Genossenschaft anfangs wenig Ahnung. Sie wollten bauen und zwar zügig. Die Gebäude wurden Ende 1996 gekauft. Dies geschah damals noch mit persönlicher Haftung des Vorstandes in Höhe von 750.000 DM. Im Januar 1997 wurde die Genossenschaft eingetragen und besaß so gut wie kein Eigenkapital. Das Grundkapital (100 DM pro Quadratmeter der Wohnung) mußte dann binnen sechs Wochen eingesammelt werden. Dies war Bedingung der Bank, um die Baufinanzierung freizugeben. Das Gesamtvolumen des Vorhaben beläuft sich auf etwa 12,5 Mio. DM.

Selbsttragendes Projekt

Das Projekt war von Anfang an so angelegt, daß es sich selbst trägt. Die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung über die Genossenschaftszulage auch unabhängig von der Nutzung einer Wohnung sickerte irgendwann im Frühsommer bei den Verantwortlichen durch. Doch in der Zeit waren die Aktiven vollauf damit beschäftigt, den Bau zu organisieren, und vertagten das Thema.

Im Herbst, als die ersten Bewohnerinnen einzogen und die Berge der Arbeit ab und zu freie Gedanken zuließen, wurde beschlossen, die Genossenschaft fortzuführen. Für weitere Wohnungsbauprojekte sollte deshalb Anlagekapital gesammelt werden. Da aber der Abschluß des Kasernenprojektes die meisten intensiv beanspruchte, wurde die Aufnahme von Neugenossen eher nebenbei betrieben, bis aus heiterem Himmel die Information über den geänderten Erlaß auf den Tisch flatterte.

»Du hast nur eine Chance – also nutze sie«, war der erste Gedanke. Gleich zum nächsten Wochenende wurde in der gesamten Region annonciert, gespannt darauf, wieviel Anleger in der verbleibenden kurzen Frist von 14 Tagen zu gewinnen waren. Zum Überlegen blieb keine Zeit. Abgesehen von einem regen Montag blieb das Interesse aber mäßig.

Verunsicherte Anleger

Durch die Presse wurde verbreitet, daß durch den geänderten Erlaß viele neu gegründete Genossenschaften in finanzielle Notlagen geraten seien. Potentielle Anleger verunsicherte dies. Als dann das Gerücht aufkam, »Kaserna Urbana ist pleite«, wurde der Grund für den schlechten Rücklauf deutlich. Die Anzeigen hatten das Gegenteil bewirkt. Versuche, bei den örtlichen Zeitungen Interesse für dieses Thema zu finden, scheiterten. Also bezahlte die Genossenschaft für ihren Artikel und schalteten eine PR-Anzeige, die das Konversionsprojekt in der Vordergrund hob. Danach stand das Telefon nicht mehr still.

Unbefriedigend blieb die Situation trotz einer nicht zu verschweigenden Euphorie, weil auf beiden Seiten keine Zeit blieb, Vertrauen zu schaffen und sich kennen zu lernen. Dies war sowohl für die Vertreterinnen der Genossenschaft wie natürlich auch für die Anleger eine groteske Situation. Als hilfreich erwies sich – als unbeabsichtigtes Nebenprodukt -, daß parallel die Prüfung des Genossenschaftsverbandes stattfand. Diese Gelegenheit wurde genutzt, Neugenossen mit Fragen zur Solvenz des Unternehmens direkt an die Prüferin zu verweisen. Das wirkte auf die interessierten Anleger sehr beruhigend.

Die Genossenschaft ist jetzt – ungeplant – 1,4 Millionen reicher. Erst langsam findet sich die Zeit, zu überlegen, was damit getan werden soll. Eine ungewohnte Situation, für einzelne Mitglieder, die seit 15 Jahren Projektarbeit machen und dabei von der Hand in den Mund leben mußten. Klar ist, daß das Kapital spätestens in acht Jahren wieder zurückgezahlt werden muß. Diese Zeit soll genutzt werden, um interessante neue Wohnungsbauprojekte zu initiieren oder zu unterstützen.

Unverantwortliche Veränderung

Von seiten der Genossenschaft wird es als unverantwortlich angesehen, daß anderen, die auf die Eigenheimzulage gesetzt haben, die damit verbundene Chance, neue Wege zu finden, verdorben ist. Sicher: Es gab die schwarzen Schafe in Form von Versicherungsagenten und Finanzmaklern. Einige gründeten Pseudogenossenschaften, nur um an Anleger zu kommen. Sie nannten das dann »eigene Finanzierungsmöglichkeit« und liehen ihren Genossen das Anlagekapital für 5%. Gewinne in Millionenhöhe sollten damit gemacht werden. Wohnungsbau war ein reines Nebenprodukt – wenn er überhaupt geplant war.

Aus diesem Grunde war die Überarbeitung des Erlasses sinnvoll. Nicht einzusehen ist allerdings, daß der positive Ansatz vieler neu gegründeter Kleingenossenschaften nun unmöglich gemacht wird. Dieses Land braucht neue Wohn- und Lebensalternativen und dazu können gerade Genossenschaften einen wichtigen Beitrag leisten.●

BUCHBESPRECHUNGEN

Literatur zum Thema Bauen – Einblick in die Vielfalt

Ein Einblick in aktuelle Veröffentlichungen zum Thema Bauen im weitesten Sinne soll helfen, die Entwicklung genossenschaftlicher Projekte professioneller zu gestalten. Ausgewählte Themenfelder sind Informationssuche, Finanzierung, Bürgerbeteiligung, Stadtteilarbeit, Management und umweltverträgliches Bauen.

Hilfe bei der schnellen Informationssuche

GründerInnen einer Wohnungsbaugenossenschaft sind oft mit der Vielzahl der Themen, in die sie sich einarbeiten müssen, überfordert. Immobilienkauf, Baurecht, Hausverwaltung, Mietverträge, Finanzierung, Erbbaurecht, Versicherung, Steuern usw. usw. Zu all diesen Themen gibt es Fachinformationen, Gesetzestexte, Handlungshilfen, Checklisten. Problem ist aber oft, kurzfristig das Richtige zu finden. Der Immobilien Almanach erweist sich hier als ein guter Weg, einen Überblick über die aktuellen Veröffentlichungen zu bekommen. Auf diese Weise läßt sich gezielt zu Problemen, zu denen Literatur oder Information benötigt wird, das erforderliche Material heraussuchen. Ergänzt wird der Literaturüberblick durch Hinweise auf Formulare, Videos, CD-ROMs und Weiterbildungsangebote. Zum Thema Wohnungsbaugenossenschaft wird allerdings nur ein Titel genannt.

Henning J. Grabener: Immobilien Almanach. Lesen, Sehen, Hören in der Immobilienwirtschaft, 16. Aufl. 1997/98, (Grabener Verlag) Schwedeneck 1997, DM 20,–.

Wohnungsgenossenschaften - Finanzieren

Die Finanzierung genossenschaftlicher Unternehmen stellt ein Standardproblem dar. Das gilt uneingeschränkt auch für Wohnungsgenossenschaften. Abgesehen von dieser grundsätzlichen Feststellung gibt es aber kaum Veröffentlichungen zum Thema. Insofern ist das kleine Büchlein von Eduard und Markus Mändle ein Glücksfall, auch wenn mehr »Tips und Tricks« und mehr Hilfen für Neugründungen wünschenswert gewesen wären. Das Buch richtet sich vor allem an größere bestehende Wohnungsunternehmen.

Nach einer Begriffsklärung und einem Überblick bzw. einer lehrbuchartigen Systematisierung möglicher Finanzierungsformen werden einige spannende Ideen angerissen. Immobilien-Leasing, Genußrechtskapital und die Angliederung von Spareinrichtungen gehören dazu. Insofern enthält die Veröffentlichung wichtige Anregungen, für deren Umsetzung die Darstellungen aber nicht unbedingt ausreichen. Abschließend wird der grundlegende Unterschied zwischen steuerbefreiter Vermietungsgenossenschaft und steuerpflichtiger Genossenschaft erläutert. Mit Hilfe einer Typologie zeigen die Autoren auf, daß die Kombination steuerbefreiter Vermietungsgenossenschaft und gewerbliche Tochtergesellschaft Chancen auf mehr Handlungsfreiheiten ergeben können. Aufgrund solcher Überlegungen ist das Buch sein Geld allemal Wert, zumal die systematische Vorgehensweise in jedem Fall hilft, Finanzierungsprobleme konzeptioneller anzugehen.

Eduard Mändle, Markus Mändle: Finanzierungsstrategien für Wohnungsgenossenschaften, (Hammonia-Verlag) Hamburg 1996, DM 24,80.

Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung

Partizipative Planungsverfahren sind für zahlreiche Aufgaben wichtig. Ihre Anwendungsmöglichkeiten reichen von der Stadtplanung, dem Prozeß der Agenda 21 auf kommunaler Ebene bis hin zu Einbindung von NutzerInnen in konkrete Bauplanungen. Die Veröffentlichung von Helga Fassbinder bezieht sich auf das Modellprojekt »Stadtforum Berlin«. Es handelt sich vorwiegend um einen Erfahrungsbericht der Hauptverantwortlichen, die im Rahmen der Lenkungsgruppe Konzeption und Durchführung organisierte. In der Veröffentlichung bleiben die Hilfen für die Organisation der konkrete Prozesse sehr versteckt. Im Vordergrund stehen Ausführungen über Sinn und Zweck solcher Formen der Bürgerbeteiligung.

Bei dem vorgestellten Beispiel geht es nach Einschätzung der Autorin »um einen offenen Planungsprozeß, in dem die Abwägung aller Gesichtspunkte und der Interessen durch Fachleute und Vertreter der verschiedenen Gruppierungen in öffentlicher Debatte vorgenommen wird.« Der Einfluß des Stadtforums auf die tatsächlichen Planungsentscheidungen wird allerdings als »nur mäßig« bezeichnet. Insofern sind die ansonsten sehr positiven Bewertungen der Autorin wie »Offenheit«, »Transparenz«, »Kommunikationsdefizite überwunden«, »neue Qualität gesellschaftlicher Regulierung« etc. schwer nachvollziehbar. Wem es nicht um konkrete Umsetzungshilfen oder soziologische Analysen solcher Formen der Beteiligung, sondern um die dahinterliegende Philosophie geht, dem gibt die Veröffentlichung viele Anregungen.

Helga Fassbinder: Stadtforum Berlin. Einübung in die kooperative Planung, (Vertrieb: Dortmunder Vertrieb für Bau-und Planungsliteratur), Hamburg 1997, DM 24,–.

Handbuch zur Vielfalt partizipativer Planung

Bürgerbeteiligung, Partizipation, offene Kommunikation sind nur einige der Schlagworte, die oft viel Versprechen, aber häufig mit enttäuschenden Erinnerungen versehen sind. Welche positiven Möglichkeiten darin stekken, wie breit die Themen, Methoden, Ziele und Erfahrungen mit kooperativen Planungsprozessen sein können, wird in dem hervorragenden und umfassenden Sammelband von Klaus Selle veranschaulicht. Wer sich politisch oder professionell mit Bürger- oder Nutzerbeteiligung auseinandersetzen will oder muß, findet für fast jede damit zusammenhängende Fragestellung Anregungen, Aufsätze oder zumindest weiterführende Literaturhinweise.

Der Einstieg erfolgt durch Beiträge, die einen umfassenden Überblick zu verschiedenen Bereichen der Bürgerbeteiligung geben wie der Planung von Neubauten, der Beteiligung im Wohnalltag, der Stadt- und der Regionalentwicklung. Für GründerInnen und Verantwortliche von Wohnungsbaugenossenschaften ist vor allem der Aufsatz von Joachim Boll und Klaus Selle von Interesse. Er verdeutlicht die lange Tradition der Mieterbeteiligung, mit der bereits Anfang diese Jahrhunderts Erfahrungen gesammelt wurden. Auch werden die Gründe aus Sicht von Wohnungsunternehmen für eine Mieterbeteiligung

Fortsetzung nächste Seite

SCHRITTE ZUR GRÜNDUNG

Genossenschaften

Neue Wohnungsbaugenossenschaften nach dem Eigenheimzulagegesetz

Auch wer die eigentumsorientierte Ausgestaltung von Wohnungsbaugenossenschaften ablehnt, kann die Fördermöglichkeiten von § 17 Eigenheimzulagegesetz in Anspruch nehmen. Mit ein paar zusätzlichen Bestimmungen läßt sich die Satzung so gestalten, daß die möglichen Probleme der Eigentumsorientierung erheblich relativiert werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Für die Vorgehensweise bei der Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft gelten trotz großer Unterschiede einige übereinstimmende Erfahrungen. Werden sie berücksichtigt, steigen die Chancen auf eine erfolgreiche Gründung erheblich. Diese systematische Vorgehensweise, läßt sich an den »Knackpunkten« ergänzen, die aus der eigentumsorientierten Ausgestaltung resultieren. Über einen bewußten Umgang mit deren Problematik lassen sich potentielle Schwierigkeiten verringern. Die wichtigsten Schritte zur Gründung sind:

1. Anstoß zu einem Wohnprojekt durch ein Grundstück, ein Haus oder Gebäude.
2. Entwicklung der Unternehmensidee wirtschaftlich und ideell.
3. Bildung einer Kerngruppe mit unterschiedlichen sich ergänzenden Fähigkeiten der Beteiligten.
4. Sammeln und Lesen von Informationen z.B. Gründungsleitfaden für Wohnungsgenossenschaften (20, DM) hrsg. vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Hermann-Meyer-Str. 20 A, 42657 Solingen, Tel.: 0212/2471731, Fax: 0212/2471732.
5. Verfassen eines Rohkonzepts mit den Elementen Bauprojekt, Mitgliedergruppe, Eigentumsgestaltung, Finanzierung, Wirtschaftlichkeit, Entscheidungsregeln.
6. Suche und Besuch von ähnlich orientierten Genossenschaftsprojekten.
7. Kontaktaufnahme zu Beratern und genossenschaftlichen Prüfungsverbänden.
8. Ausarbeitung des genossenschaftlichen Regelungssystems in Form einer Satzung.

Baugenossenschaft Fortschritt Köln, Anteilschein 1919

Präambel als gemeinsame Willenserklärung

Das gemeinsame Selbstverständnis der Mitglieder einer Wohnungsbaugenossenschaft ist der tragende Kern, auf der die Stabilität der genossenschaftlichen Grundidee und des teilneutralisierten Eigentums beruht. Die Regeln der Satzung können dies stützen. Entscheidend wird aber sein, wie stark die Grundidee in der Gruppe der GründerInnen vorhanden ist und ob es ihnen gelingt, das Selbstverständnis neu Hinzukommenden zu vermitteln. Ein Instrument dafür ist das gemeinsames Selbstverständnis. Dies gilt es auszuformulieren und der Satzung als Präambel vorwegzustellen. Damit eine solche Präambel nicht nur Papier bleibt, sollte

- neuen Mitgliedern, die mit der Präambel verbundenen Absichten in einem Gespräch oder in einer gemeinsamen Diskussion vermittelt werden;
- jedes Mitglied nicht nur die Satzung, sondern ausdrücklich auch die Präambel als für sich gültig zusätzlich unterschreiben;
- in regelmäßigen Abständen, beispielsweise zweijährlichem Turnus, eine genossenschaftsinterne Auseinandersetzung über das Selbstverständnis geführt werden.

9. Detaillierte Ausarbeitung des Konzepts der Genossenschaft und des Wirtschaftsplans.

Trennung von Grundstück und Wohneigentum

In diesem Zusammenhang sollte entschieden werden, ob beabsichtigt ist, mit der Genossenschaft zukünftig weiterzubauen, Bauträgertätigkeit also ein wichtiges Element des Unternehmens bleibt, oder ob der Status der steuerbefreiten Vermietungsgenossenschaft angestrebt wird.

Außerdem erscheint es sinnvoll schon an dieser Stelle zu entscheiden, ob zwischen Grundstück und Häusern bzw. Wohnungen eine Trennung erfolgt. Wenn das Grundstück grundsätzlich der Genossenschaft überantwortet bleibt, ist ein wichtiges Element potentieller Wertsteigerung und damit auch von Spekulation der Eigentumsorientierung entzogen.

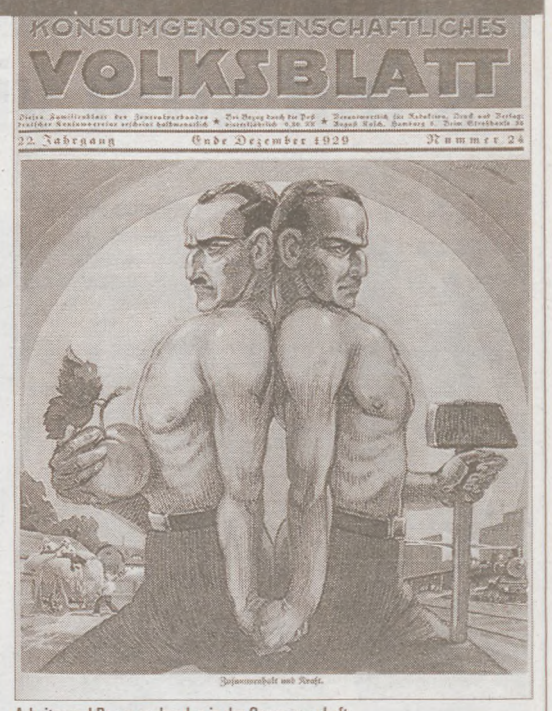
10. Feinabstimmung der Satzung auch hinsichtlich der Eigentumsorientierung und ihrer Handhabung.

Vorkaufsrecht und Verwaltung

Damit die Mitglieder für ihre Anteilszeichnung die staatliche Förderung bekommen können, muß in der Satzung ein Passus aufgenommen sein, der folgendermaßen lauten kann: »Den Mitgliedern, die eine Förderung gemäß § 17 Eigenheimzulage erhalten, wird unwiderruflich das vererbliche Recht auf Erwerb des Eigentums an der von ihnen zu Wohnzwecken genutzten Wohnung eingeräumt. Voraussetzung dafür ist, daß die Mehrheit der in einem Objekt wohnenden Genossenschaftsmitglieder der Begründung von Wohnungseigentum und Veräußerung der Wohnung schriftlich zugestimmt haben.«

Dieser Passus sollte durch Aussagen ergänzt werden, daß der Verkauf zum Verkehrswert erfolgt, daß nach einem Verkauf die Genossenschaft auf jeden Fall ein Vorkaufsrecht eingeräumt bekommt und daß die Genossenschaft das Recht der langfristigen vertraglich verankerten Verwaltung der verkauften Wohnung erhält. Letzteres sollte umfassen, daß potentielle Mieter der verkauften Wohnung durch die Genossenschaft ausgesucht werden. Auf diese Weise bleibt gesichert, daß die Wohnung nur von Personen bewohnt wird, die die Genossenschaftsmitglieder akzeptieren. Außerdem bleibt so der Eigentümer oder zukünftige Mieter an die Entscheidungen der gemeinsamen Verwaltung gebunden.

Baugenossenschaft Ideal Berlin, Postkarte von 1910



Arbeiter und Bauer, verbunden in der Genossenschaft
Konsumgenossenschaftliches Volksblatt 1929

11. Vorbereitung und Durchführung der Gründungsversammlung.
12. Zusendung der erforderlichen Unterlagen an den sorgfältig ausgewählten Prüfungsverband zwecks Gründungsprüfung.
13. Nach Abschluß der Prüfung Erhalt des Unbedenklichkeitstestats, daß eine Gefährdung des Vermögens der Mitglieder und Gläubiger nicht zu befürchten ist.
14. Zusendung einer Pressemitteilung über die erfolgreiche Eintragung ins Registergericht an CONTRASTE.
15. Verstärkte Aufnahme der genossenschaftlichen Geschäftstätigkeit (ist auch schon im Gründungsstadium möglich).●

Kontaktadressen für Gründungsinteressierte

- Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Hermann-Meyer-Str. 20 A, 42657 Solingen, Fax: 0212/2471732
- Ökonsult, Postfach 160628, 60069 Frankfurt
- GdW, z.Hd. Herrn Thomas Schaefers, Bismarkstr. 7, 50672 Köln
- Dr. Burghard Flieger, Erwinstraße 29, 79102 Freiburg, Tel. 0761/709023, Fax: 0761/709084
- STATTBAU-HAMBURG GmbH, z. Hd. Herrn Josef Bura, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg

FORTSETZUNG BUCHBESPRECHUNGEN VON SEITE 8

offen angesprochen, beispielsweise Befriedung, Vermeidung von Leerständen, kostengünstige Baumaßnahmen etc. Anschließend beschreiben Boll und Selle positive aktuelle Beispiele, unter anderem des Spar- und Bauverein Solingen, einer traditionsreichen und immer noch lebendigen Genossenschaft. Der Ausblick nennt zentrale Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit Mieterbeteiligung gelingt. Die bearbeiteten Themen, die Situation der Mieter, und nennenswerte Einflußmöglichkeiten gehören genauso dazu wie Konflikte und vor allem ein langer Atem.

Nach den verschiedenen Überblicksbeiträgen im ersten Teil des Handbuchs folgen 54 Kurzdarstellungen von Fallbeispielen der Planungsbeteiligung aus den unterschiedlichsten Bereichen. Sie schließen alle mit Empfehlungen aus der Praxis für die Praxis ab. Allein diese vielfältigen Anregungen aufzuzählen, sprengt den Rahmen jeder Rezension. Im Unterschied zu zahlreichen anderen Sammelbänden fällt die durchgehend gute Qualität der Beiträge auf, bei einem 500seitigem Sammelband eine besondere Leistung des Herausgebers. Die Erläuterung unterschiedlicher Methoden, die Darstellung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung sowie ein umfangreiches Literaturverzeichnis runden den hohen Gebrauchswert des Buches ab.

Klaus Selle (Hg.): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen, (Bauverlag GmbH) Wiesbaden 1996, DM 129,–.

Wohnkosten sparen durch Mieterbeteiligung

Wie lassen sich der Neubau von Wohnungen und die Modernisierung von Altbestand so gestalten, daß sich die Kosten für die MieterInnen in Grenzen halten? Eine empirische Untersuchung, basierend auf der Befragung von 36 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen, zeigt die breite Palette von Einsparmöglichkeiten durch Mieterbeteiligung auf. Die 114seitige Studie verzichtet auf aufwendige theoretische und konzeptionelle Überlegungen. Sie ist einfach, klar und übersichtlich geschrieben und vermittelt leicht umsetzbare Erkenntnisse.

Dargestellt werden die Chancen, die in der planerischen, der finanziellen sowie der handwerklichen Mieterbeteiligung liegen. Auch auf die Möglichkeit dauerhafter Betriebskostensenkung durch Einbindung der Mieter wird in ausreichender Weise eingegangen. Um die Realisierung der Erkenntnisse zu erleichtern, sind zudem die rechtlichen Aspekte dargestellt und Förderprogramme in einzelnen Bundesländern erläutert. Verschiedene Mustervereinbarungen im Anhang konkretisieren die befürwortete Umsetzung. Die Broschüre ist für jeden, der MieterInnen helfen will, Wohnkosten zu sparen, sehr empfehlenswert.

Analyse & Konzept GmbH (Hg.) – Marint Elff, Karsten Goldt, Bettin Harms, Matthias Klupp, Christine Stoppig: Möglichkeiten der Einsparung von Wohnkosten durch Mieterbeteiligung, (Fraunhofer IRB Verlag) Stuttgart 1997, DM 44,–.

Stadtteilbezogene Gemeinwesenarbeit

Die Vision einer besseren und gerechteren Gesellschaft, die ihre Verwirklichung in der lokalen Ökonomie findet, ist handlungsleitend für die AutorInnen eines umfangreichen Sammelbandes zur Gemeinwesenarbeit. Stadtteilbezogene Soziale Arbeit steht im Vordergrund, insbesondere die Erfahrungen mit einem Modellprojekt in Trier. Das Stadtteilzentrum Bürgerhaus Trier-Nord und die Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg nehmen dabei eine Drehpunktfunktion ein. Geschildert wird die Genossenschaft als konkretes Beispiel einer lokale Arbeitsorganisation von Susanne Elsen. Sie stellt das Projekt als Ort der Existenzsicherung im Gemeinwesen mit seinen Schwierigkeiten und vor allem auch Hoffnungen dar. Der Sammelband kann vor allem als Erfahrungsbericht von sozialem Engagement im Stadtteil mit den unterschiedlichsten Facetten wie Sozial- und Kulturarbeit, Gesundheitsförderung, Kinder-und Jugendarbeit genutzt werden.

Heinz A. Ries, Susanne Elsen, Bernd Steinmetz, Hans-Günther Homfeldt: Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, (Hermann Luchterhand Verlag) Neuwied 1997, DM 34,80.

Den Umgang mit Immobilien managen

Die Anforderungen an jedes Unternehmen, das regelmäßig mit Immobilien umgeht, sind erheblich gestiegen. Dies gilt auch für Wohnungsbaugenossenschaften, von denen neben der Bestandverwaltung und der Bestandserweiterung viele auch als Bauträger agieren. Die Veröffentlichung von Bernd Falk versucht, das gesamte Spektrum erforderlichen Wissens abzudecken. Gewerbeimmobilien, Wohnungsimmobilien, Projektentwicklung, Vertragsgestaltung, juristische Aspekte, Kosten- und Risikomanagement sind nur einige der zahlreichen thematischen Kernbegriffe, zu denen Fachleute aus der Immobilienbranche Aufsätze in dem Sammelband beisteuern. Marketing und Finanzmanagement stellen dabei eigene Schwerpunkte dar.

Auch wenn der Untertitel etwas anderes verspricht, geht es vorwiegend um Gewerbeimmobilien. Dabei richtet sich das Buch vor allem an Leitungskräfte größerer Immobilienunternehmen. Viele Beiträge wirken, als seien sie von versierten Fachleuten für ein Lehrbuch geschrieben: Sie vermitteln die großen Linien und Erfordernisse, gehen aber zu wenig auf die vielen kleinen alltäglichen Probleme ein. Damit das Buch den versprochenen Handbuchcharakter bekommt, müßten mehr Checklisten, Verträge und sonstige Hilfen für den Praktiker eingebunden sein. Eine der positiven Ausnahmen stellt hier der Aufsatz von Olaf Glaumer dar, der auf das Kommunikation-Managment für Immobilien eingeht. Seine anschaulichen Graphiken vermitteln eine gute Systematik zu der erforderlichen Vorgehensweise.

Bernd Falk (Hg.): Das große Handbuch Immobilien-Management, (verlag moderne industrie) Landsberg 1997, DM 249,–.

Gewerbegebäude umweltverträglich Bauen

Sanierung und Neubau von umweltverträglichem Gewerbe- und Industriebau rückt im Vergleich zum steigenden Interesse an ökologischem Wohnungsbau erst langsam in der Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dort wird stärker als im privaten Wohnungsbau die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund gestellt. Insofern ist das vom Lay-Out, den Fotos und Graphiken sehr anschaulich aufbereitete Buch von UnternehmensGrün ein sehr guter Einstieg für alle, die zu diesem Thema Anregungen suchen. Die Bezeichnung als Leitfaden führt allerdings in die Irre. Vielmehr liegt eine gute Aufsatzsammlung vor mit einführenden Beiträgen zum Thema, interessanten Fallbeispielen und relevanten Sonderfragen wie Umweltrecht, Finanzierung und politischen Rahmenbedingungen. Eine CD-ROM im Umfang von 1.500 Seiten einschließlich einer Datenbank hilft, sich in die aufgeworfenen Fragen (fast unbegrenzt) zu vertiefen.

UnternehmensGrün (Hg.): Umweltverträglicher Industrie- und Gewerbebau. Ein Leitfaden, (ökom-Verlag) München 1996, DM 49,–.

Burghard Flieger

GIESSEN: 10 JAHRE CAFE Ö

Es hat sich viel bewegt

Am 17. Mai hat das studentische, selbstverwaltete, ökologische, soziale, nicht-kommerzielle, alternative Café Ö in der Roonstraße 31a in Gießen seinen 10jährigen Geburtstag.

Foto: Stephan Hübner

Von Stephan Hübner aus Gießen ● Es gibt noch kleine Wunder und nur so ist es zu erklären, daß es in Gießen ein ganzes Haus gibt, daß der Universität gehört, dessen Nebenkosten von der Universität bezahlt werden, aber in dessen Nutzung die Universität in keiner Weise rein redet oder irgendwelche Auflagen erteilt. Es gibt keine Verträge, keine Formalien. Manchmal scheint es uns, als befänden wir uns mit dem im Hinterhof, aber sehr zentral gelegenen Gebäude in einem 'bürokratie- und ordnungsfreien' Raum. Solche Freiheiten genießen wir und so kommt es, daß für diejenigen, die das Café Ö kennengelernt haben, die 'Attraktivität' der Stadt Gießen um einiges gesteigert werden kann.

Außerdem zeigt sich uns, daß wir viel verantwortlicher mit einer öffentlichen Einrichtung umgehen, wenn wir uns selbst einbringen, mitgestalten und mitentscheiden können und somit der Uni letztendlich sogar Geld erspart wird.

In den 10 Jahren hat sich im Café Ö viel bewegt: viele Aktionen im ökologischen und sozialen Bereich wurden hier verbreitet, vorbereitet und gestartet (Mobil ohne Auto, Gentechnik, Atomkraft, ...), einige kleine Initiativen, Gruppen und Arbeitskreise treffen sich regelmäßig in den bunten, selbstrenovierten Räumen des Hauses und werktags wird zum Selbstkostenpreis von jeweils zwei Freiwilligen für 20 bis 30 Leute mit ausschließlich ökologischen Lebensmitteln ein vollwertiges und vegetarisches (manchmal auch veganes) Essen gekocht. Damit gibt es (zwar nur für eine begrenzte Anzahl Leute) eine weit gesündere und ökologischere Alternative zum 'Mensa-Fraß'. Große Fahrradanhänger, Geschirr und Bücher werden verliehen und einige Zeitschriftenabos und die 'tageszeitung' laden zum Lesen ein. Während der Streikaktivitäten der Uni gab es eine mobile Streikküche und immer wieder wird auf Uni-Feten und sonstigen universitären Veranstaltungen die Versorgung mit Getränken und vollwertigem Essen übernommen. Montagabends bietet die Montagsbar Gelegenheit, sich bei ökologischen Getränken zu günstigen Preisen in rauchfreier Atmosphäre zu treffen. Immer zu Semesteranfang in den Studien-Einführungswochen für ErstsemesterInnen stellt das Café Ö ein Frühstück bereit. In den Kellerräumen des Gebäudes ist die Gießener Food-Coop Vielfraß untergebracht.

Ist das Café Ö auch offiziell 'Sozialräume der FS Agrar/H&E', so ist es doch mittlerweile ein Treffpunkt für Studis aller Semester, aller Fachrichtungen und Bindeglied zwischen Uni und FH und zu 'außeruniversitären Personengruppen' geworden.

Seit 10 Jahren werden alle wichtigen Entscheidungen im Arbeitskreis Café Ö getroffen, der sich jede Woche Donnerstag abends trifft und offen ist für alle. Auch in dieser Einrichtung gab es gute und schlechte Zeiten und manchmal mußten wichtige Entscheidungen von zwei bis drei Leuten getroffen werden, weil mehr nicht da waren. Aber dadurch, daß die Aktiven des Cafés nach spätestens einigen Jahren studiumsbedingt das Café verlassen, konnte es sich die Selbstverwaltung gut bewahren, ohne daß einige Leute allzusehr zur 'festen Einrichtung' des Cafés zählten. Nähere Informationen zum Café über: Café Ö, Roonstraße 31a, D-35390 Gießen, Tel. (06 41) 3 70 18 (oder 39 47 38).●

JUGENDZENTRUM »FRIEDRICH-DÜRR«, MANNHEIM

25 Jahre in Selbstverwaltung

Das Mannheimer Jugendzentrum in Selbstverwaltung »Friedrich-Dürr« feiert im Mai seinen 25. Geburtstag. Das Zentrum wurde 1973 eröffnet, nachdem '72 der letzte Jugendtreff in der Innenstadt, das »Domizil«, geschlossen wurde. Die Jugendlichen hatten daraufhin keine Räume mehr, wo sie sich ohne Konsumzwang treffen konnten.

JUZ Mannheim, Redaktion Heidelberg ● Ein neuer Treffpunkt mußte her, einer ohne Bevormundung durch SozialarbeiterInnen und Kontrolle duch die Stadt, mit der Möglichkeit, der eigenen Kreativität freien Lauf lassen zu können und somit den Bedürfnissen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen Rechnung zu tragen.

Nach langen, zähen Verhandlungen und Hinhaltemanövern seitens der Stadt war es am 1. Mai 1973 endlich soweit: Im ehemaligen Gewerkschaftshaus in der Mannheimer Innenstadt wurde das Jugendzentrum in Selbstverwaltung eröffnet. Anfang der Neunziger hat dann die Stadt Mannheim das Gebäude, in dem das Jugendzentrum 20 Jahre zu Hause war, an den kleinen und bedürftigen Textilhändler Engelhorn & Sturm veräußert. Und das bedeutete die Vertreibung aus der Innenstadt in einen ehemaligen Supermarkt am Neuen Meßplatz in der Nekkarstadt.

In diesen 25 Jahren gab es ca. 2.000 Konzerte, Discos, Lesungen, Infoveranstaltungen, Workshops, Theater & Kabarettaufführungen, Filmabende, Diskussionsrunden ... mit insgesamt mehreren Zehntausenden BesucherInnen: außerdem unzählige Kneipenabende.

Die Stadt Mannheim stellte und stellt Räumlichkeiten und einen Barzuschuß (der leider noch nicht mal die laufenden Kosten deckt) einem Trägerverein zur Verfügung, der über die ordnungsgemäße Verwendung der Gelder Rechenschaft ablegen muß.

Die Entscheidungen treffen aber die im JUZ Aktiven, wobei alle Entscheidungen auf der Vollversammlung im Konsens beschlossen werden, d.h. es wird nicht abgestimmt, sondern so lange nach Lösungsvorschlägen gesucht, bis eine Lösung gefunden wird, mit der alle Beteiligten leben können.

Selbstverwaltet sind wir, weil die hier aktiven Jugendlichen sämtliche Aktivitäten (z.B. Organisation der Veranstaltungen, Theken- & Putzdienste, Reparaturen ...) selbst bestimmen und erledigen, (fast) alles ehrenamtlich und in Eigenverantwortung. Es gab im JUZ von Anfang an »Fachschaften«, die sich einerseits um wichtige Sachen im JUZ kümmern (Reparaturen, Konzerte, Discos, Öffentlichkeitsarbeit, Politk...), andererseits aber auch »Fachschaften« für den kreativen Teil (Foto, Video, Musik, Theater...).●

P.M.s. UTOPISCHER RÜCKBLICK AUF DAS REVOLUTIONÄRE MITTELALTER

»Ich bin unzufrieden, also muß ich rebellieren«

»So wie Alice entdeckt, daß sie rückwärts gehen muß, wenn sie zur Roten Königin gelangen will, so müssen wir uns der Vergangenheit zuwenden, damit wir vorwärtsgehen und unsere Lage verbessern können. In der Vergangenheit können wir Lösungen für die Zukunft finden.« – Das programmatische Marcos-Zitat auf dem Cover steckt den Rahmen ab, in dem der Züri'-Aktivist P.M. seinen Roman gestellt wissen will: Seit zwei Jahrzehnten befaßt sich P.M. mit lebbaren Utopien, demokratisch-anarchistischen Gesellschaftsmodellen jenseits jener staatsautoritären oder technokratischen Modelle, wie sie männliche Utopisten von Morus über Bellamy bis Callenbach entwarfen. Plazierte P.M. seine früheren Werke in der intergalaktischen Zukunft (»Weltgeist Superstar«, Stroemfeld/Roter Stern 1980) oder auf gegenwärtigen Aussteigerinseln (»bolo'bolo«, »Amberland«, Paranoia City 1983 bzw. 1989), so siedelt er seine ProtagonistInnen diesmal im finsteren Mittelalter an. »Regen! Scheißmittelalter. Nicht mal das Jahr wissen die hier genau. Scheißjob! Ritter Ende des 10. Jahrhunderts – nie wieder.«

Als Erzähler begleitet uns auf der historischen Reise durch »Die Schrecken des Jahres 1000« Rodulf von Gardau, ein kleiner fränkischer Ritter, der, wie viele in jenen feudalistischen Tagen, Land, Burg und Einkommen verliert. »Ich bin unzufrieden, also muß ich rebellieren«, erkennt Rodulf und gerät damit in den Sog einer revolutionären Erhebung von fränkischen Bauern, städtischen Frühproletariern und intellektuellen Klerikern gegen Großadel, Kaiser und Kirche, der bald wie ein Wirbelsturm die halbe Erdkugel überziehen wird. »Die tiefe mittelalterliche Religiosität hat sich in Luft aufgelöst. Es herrscht statt dessen ein hedonistischer Materialismus, extremer als für die Aristokratie des 18. Jahrhunderts vorgesehen«, berichtet ein entsetzter Agent der Firma.

Die »Firma« ist die eigentliche Herrin der Zeitgeschichte. Unsere Vergangenheit, so P.M.s höchst originelle Plot-Idee, ist kein unter der Verantwortung der jeweils lebenden Akteure entstandenes Ereignis, sondern die Inszenierung eines gigantischen Konzerns der Zukunft, der die Menschen mit Tausenden von AgentInnen, die in allen Zeiten Schlüsselpositionen besetzen, gemäß dem »Großen Plan« steuert. Rodulf von Gardau war einer dieser Agenten, doch seine Unzufriedenheit trieben ihn in die Arme der Aufständischen. »Ihr macht Euch keine Vorstellung vom Schaden, den diese... Entgleisung bis jetzt angerichtet hat«, tobt sein Vorgesetzter. »Knechte, Sklaven und Halbfreie laufen ihren Herren scharenweise davon. Obszöne Lieder, in denen Lebenslust und Selbstversorgung verherrlicht werden, zersetzen Sitte und Gehorsam. Technisch wird mit Luftschiffen, ökologischer Bauweise, biologischem Landbau, Recycling, Wasserkraft experimentiert. Dinge, die wir erst am Ende des nächsten Jahrtausends zulassen werden. Glaubt Ihr, wir können die Leute noch zur Entwicklung zwingen, wenn sie sich rundum so wohl fühlen?« Ob sich die Bauern und ihre Verbündeten durchsetzen oder der Konzern die Kontrolle zurückerobert oder gar die proletarische Kadertruppe, die gegen Ende des ersten Bandes brutal ins Geschehen eingreift, die Macht an sich reißt, werden wir wohl im dritten Band des auf insgesamt fünf Bände angelegten Zyklus erfahren, der für das Frühjahr '99 versprochen ist. Denn Band 2 nutzt P.M. erst einmal für eine Exkursion in den arabisch-afrikanischen Kulturkreis. Rodulf wird von Beduinen entführt und landet als Sklave bei einem westafrikanischen Herrscher (natürlich auch Konzernagent), der auf seine Art gegen die Firma opponiert. »Meinst du im Ernst, wir wollen zum Armenhaus und Abfallhaufen werden, wie die Firma sich das vorstellt? Nein, ich werde das Steuer herumreißen. Schwarz statt Weiß.« Doch auch in Afrika existiert ein revolutionärer Untergrund, der mehr will als einen schwarzen Despoten. Und während Rodulf in einem Fesselballon in die Freiheit zu entschweben versucht, bricht unter ihm der offene Aufstand aus...

P.M.s utopische Entwürfe einer möglichst staatsfreien, dezentralisierten, ökologisch und antikapitalistisch ausgerichteten Gesellschaft haben mich schon immer fasziniert; doch die Gewänder, in die er seine Utopien hüllte, befriedigten literarische Bedürfnisse leider nur marginal. Darin unterscheidet sich P.M.s neuer Romanzyklus von den früheren Versuchen. Offenbar hat P.M. hier erstmals viel Zeit und Energie verwandt, um ein wirklich literarisches Werk zu erschaffen - und dabei ein erstaunliches erzählerisches Talent entpuppt. Die durch den geschickt konstruierten Plot ermöglichten Einbrüche der Zukunft in das Geschehen, etwa wenn sich Rodulf beim Anblick eines Zeltlagers an Woodstock erinnert fühlt oder Marx zitierend die Wirtschaftslage seziert, verleihen dem Werk einen durchgängig feinen Humor; der Clou, den Deserteur Rodulf einfach von der Firma entführen und zur Mitarbeit als Tribun erpressen zu lassen, gestattet uns einen Perspektivensprung von der agrarischen Revolutionsgemeinde in den inneren Kreis der zynischen Machthaber. Selten habe ich so sehr der Fortsetzung eines Romans entgegen gefiebert.●

Klaus Farin

P.M. als Rodulf von Gardau in:
Die Schrecken des Jahres 1000. Rotpunktverlag, Zürich 1996; 312 Seiten, Hardcover, DM 38,–
Kumbi. Die Schrecken des Jahres 1000, Band 2. Rotpunktverlag, Zürich 1997; 272 Seiten, Hardcover, DM 36,–
Der Verlag plant derzeit eine Veranstaltungsreihe mit P.M.; InteressentInnen können sich melden: Rotpunktverlag, Postfach, CH-8026 Zürich; Tel./Fax: 0041/1/241 84 34.

ÖKOLOGISCHE KINDERRECHTE, TEIL 2

Schritte in die Zukunft

Das Münchner Ökoprojekt »MobilSpiel e.V.« hat diese Serie zusammengestellt. Im ersten Teil ging es um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Umsetzung der Agenda 21. Im zweiten Teil stellt Steffi Kreuzinger Beispiele aus der Praxis vor.

»Visionen brauchen Fahrpläne«

Die Wünsche und Bedürfnisse von Kindern und ihr Ideenreichtum sollen als kreative Quelle in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einfließen. Neue Leitbilder für ein »gutes« Leben jenseits von »weiter – schneller – mehr« sind gefragt und neue Horizonte eröffnen sich in Wendeszenarien, wie sie zum Beispiel in der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« ausgemalt sind. Visionen ermutigen zu positiven Zukunfts- und Handlungsentwürfen. Visionen müssen zunächst einmal gedacht, formuliert und gespielt werden, bevor sie in erreichbare Nähe gelangen: Wie lange hegen wir oft große Wünsche im Herzen, bis sie schließlich Wirklichkeit werden! Die positive Kraft von Wünschen kann uns Mut und das nötige Durchhaltevermögen geben für die oft kleinen mühsamen Schritte zur Realisierung.

»Kinder sind kreativ, phantasievoll, stecken voller Ideen und Utopien« – Wunschdenken der Erwachsenen, denen die Realität über den Kopf zu wachsen droht? Damit Kinder nicht nur das reproduzieren, was sie kennen, brauchen sie Zeit, Räume und Orte: Kinder und Jugendliche benötigen Spielräume, um ihre Visionen einer liebenswerten Zukunft entwickeln und erproben zu können. Daß Nachhaltigkeit Spaß machen kann und daß Mitbestimmung und Beteiligung attraktive Alternativen zu Politikverdrossenheit und Resignation sein können, gilt es zu erleben.

Schulklassenprogramm »Zukunftsideen für München«

Schritte zur Umsetzung

Schritte zur Verwirklichung von Ökologischen Kinderrechten und zur Umsetzung der Agenda 21 für, von und mit Kindern und Jugendlichen sind auf verschiedenen Ebenen möglich:

- Das Gespür der Kinder und Jugendlichen für Natur und Umwelt, ihr Interesse an nachhaltiger Entwicklung und globaler Gerechtigkeit soll geweckt werden.
- Es gilt, die Agenda 21 als handlungsweisendes, visionäres und voller Ideen steckendes Programm bei Kindern und Jugendlichen bekannt zu machen und mit Leben zu füllen.
- Ideen, Wünsche und Forderungen der Kinder und Jugendlichen und ihre Interessen an einer liebenswerten Zukunft, die zum Beispiel im Rahmen von Aktionen in der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden, werden an die Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung herangetragen und der Öffentlichkeit präsentiert.
- Kinder und Jugendliche werden an Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, vor Ort beteiligt und bestimmen mit zum Beispiel bei der Spielplatz- oder Schulhofgestaltung, der Verkehrsplanung.

Methoden-Spektrum

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, braucht es gute bewährte Methoden, wie sie beispielsweise in der Umweltbildung praktiziert werden. Das Spektrum ist breit:

* Naturerfahrungsspiele und -Rallyes,
* Naturforscheraktionen,
* Exkursionen,
* Kreative Workshops zur Alltagsökologie,
* Erfinder- und Modellbauwerkstätten,
* Phantasiereisen,
* Umfragen und Interviews,
* Zukunftswerkstätten,
* Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche.

Als roter Faden durch alle Aktionen ziehen sich Ideen und Visionen, wie wir in Zukunft leben wollen und ob das, was wir erproben, Modell sein könnte für zukunftsfähige Lebensweisen. Selbstverständlich sollte ein ganzheitlicher Rahmen geboten werden, das heißt, alle Aktionen werden umweltverträglich, ökologisch, gesundheitsfördernd und kind- und jugendgerecht gestaltet und durchgeführt. Die Erwachsenen sind als Vorbilder für zukunftsfähiges Handeln gefragt.

Beispiel 1: Eine Spielaktion

»Weizen, Wolle, Weidentipi – Unserer Zukunft ein Zuhause«

Unter diesem Motto fanden in einem Münchner Spielhaus im Juli 1997 die Aktionstage »über das Recht der Kinder, in einer gesunden Umwelt zu leben«, statt. Ideen rund um zukunftsweisende Lebensstile wurden von den 6-12Jährigen spielerisch erprobt. Das offene Programm bot vielfältige Erfahrungsmöglichkeiten: In der Erfinderwerkstatt erforschten die Kinder umweltfreundliche alternative Energien und bauten Windräder aller Größen, außerdem kamen sie alten Handwerken auf die Spur. Es wurde Wolle gefärbt und gesponnen oder Papier hergestellt. In der Küche wurden Müsliriegel, Brot, Yoghurt und andere gesunde Speisen zubereitet. Die Kinder-Reporter dokumentierten alle Ereignisse, Wünsche und Forderungen und bastelten ein buntes Agenda-Buch, das der Stadtteilbibliothek für den Verleih überreicht wurde. Höhepunkte waren der Bau eines großen Windrades und eines Weiden-Tipis, die im Schulklassenprogramm als exemplarische Umsetzung alternativer Energien und ursprünglicher Wohnmöglichkeiten entstanden. Sie wurden beim Abschlußfest vor einem begeisterten Publikum eingeweiht. Anwesend waren neben den Kindern auch Eltern, LehrerInnen, PolitikerInnen aus dem Stadtteil, VertreterInnen des Stadtjugendamts und des Gesundheitsreferats der Stadt München. Alle beteiligten Kinder und Erwachsenen gewannen einen Eindruck davon, was Agenda 21 in ihrem Lebensalltag bedeuten kann.

»Das wird unser Weiden-Tipi« Foto: Bernhard Kralorec, MobilSpiel Ökoprojekt

Beispiel 2: Ein Aktionstag

»Uns stinkt's! Saubere Luft und draußen spielen – ein Recht der Kinder«

Die Sonne scheint, die Autos stinken, es gibt Ozonalarm. Kinder sollen drinnen spielen – Autos dürfen draußen fahren! Aber Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf saubere Luft und draußen spielen. In der UN-Kinderrechtskonvention sind in Artikel 24 das »Recht auf ein Höchstmaß an Gesundheit« und in Artikel 31 das »Recht auf Spiel« festgeschrieben. Um auf diese Rechte hinzuweisen und die PolitikerInnen zum Handeln zu bewegen, gab es im Juli 1996 einen großen Aktionstag auf dem Münchner Marienplatz vor dem Rathaus.

Initiiert wurde der Aktionstag von MobilSpiel e.V., Ökoprojekt, vom Münchner Kinder- und Jugendforum, von der AG Spiellandschaft Stadt und vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub, Pädagogisches Projekt Fahrrad. Viele Kinder- und Jugendgruppen nahmen daran teil, z.B. die Aktionsjugend des Landesbund für Vogelschutz, Kinder vom Kindertreff Rumfordschlößl und Jugendliche vom Kinder- und Jugendprojekt von Greenpeace e.V.. Aber nicht nur Kinder und Jugendliche waren angesprochen. Nach dem Motto: »Gemeinsam sind wir stark« wurden Bündnisse mit Organisationen und Institutionen gesucht, die die Anliegen der Kinder und Jugendlichen unterstützen können. Das waren das Umweltinstitut e.V., die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK), das UNICEF-Büro, das Gesundheitsreferat und das Umweltschutzreferat der Stadt München und der Verkehrsclub Deutschland, LV Bayern.

Wichtig ist bei den Ökologischen Kinderrechten, ein Problem – in diesem Fall den Sommersmog und seine Folgen – nicht isoliert zu sehen, sondern es umfassend von allen Seiten her anzugehen. Z.B. vom Gesundheitsaspekt her: Das Umweltinstitut informierte, was man bei Smogbeschwerden machen kann, das Gesundheitsreferat versprach, sich für eine saubere Luft in München einzusetzen. Vom Spielen her: Kinder zeigten, daß sie gute Zukunftsideen haben. Sie hatten beispielsweise im Vorfeld »UtoMobile« gebaut, schadstoffarme Gefährte der Zukunft, die öffentlich prämiert wurden. Von der Politik her: Kinder und Jugendliche diskutierten mit StradträtInnen und dem Umweltschutzreferenten und übergaben ihnen ihre Forderungen. Von der Öffentlichkeitsarbeit her: Jugendliche hatten eine »Speakers-Corner« auf dem Marienplatz eingerichtet und hielten Reden und witzige Kurzbeiträge zum Thema an die Bürgerinnen und Bürger. Und natürlich darf Pressearbeit nicht fehlen. Rundfunk, Fernsehen und die großen Münchner Tageszeitungen berichteten über den Aktionstag und verliehen somit den Forderungen der Kinder und Jugendlichen mehr Gewicht.

Was bringt so eine Aktion? Sie ist ein weiteres Puzzlesteinchen zur Durchsetzung der Ökologischen Kinderrechte. Sie stützt die Ansätze einer kinder- und jugendfreundlichen Politik und sie schafft bei den beteiligten Kindern und Jugendlichen die Bereitschaft, sich einzumischen und sich für ihre Umwelt und ihre Rechte aktiv einzusetzen.●

KAMPAGNEN-MANIFEST:

Schenken, Stiften, Engagieren für die Zukunft

Die Kampagne »Schenken, Stiften, Engagieren« soll BürgerInnen dazu anregen, einen Teil ihres Vermögens zur Lösung sozialer, kultureller und ökologischer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Der Trägerkreis der Kampagne besteht aus der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., der Aachener Stiftung Kathy Beys sowie der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. in Bochum. Initiiert wurde die Kampagne im Jahre 1996 von der gemeinnützigen Treuhandstelle e.V., einer der ersten »Bürgerstiftungen« in Deutschland, die eng mit der GLS Gemeinschaftsbank e.G. in Bochum kooperiert. Nachfolgend dokumentieren wir den Text des Manifestes, daß Anfang März der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Angesichts
der möglichen Zerstörung der Biosphäre durch Taten und Unterlassungen der Menschen,
angesichts
der wachsenden Unterschiede zwischen Arm und Reich, sowohl in der Weltgesellschaft wie innerhalb Europas und Deutschlands,
angesichts
verbreiteter Desorientierung durch den allgemeinen Wertewandel,
angesichts
der wachsenden Unfähigkeit der politischen und gesellschaftlichen Institutionen, diese Probleme anzugehen, geschweige denn zu bewältigen,
angesichts
des krassen Gegensatzes zwischen der laut beklagten Finanzmisere der öffentlichen Hand und den historisch einmaligen Privat-Reichtümern in unserer Gesellschaft und
angesichts
der bereits laufenden oder unmittelbar bevorstehenden Vermögensübergänge, die in Deutschland Tausende von Milliarden in Bewegung bringen, erhält die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums, wie sie das allgemeine Sittengesetz und ausdrücklich auch das Grundgesetz der Bundesrepublik definiert, eine neue, drängende Dimension und Aktualität.

Die Unterzeichner stellen sich dieser Verpflichtung.

Wir werden tun, was in unserer Macht und in unserem Vermögen steht, um ihr nach oder doch näherzukommen.

Wir werden durch Schenkungen, Stiftungen und persönliches Engagement versuchen, das Gemeinwohl zu fördern.

Wir werden uns dabei insbesondere den Fragen zuwenden, die von den politisch und ökonomisch Verantwortlichen weitgehend ignoriert oder zumindest verdrängt werden: der Erhaltung oder Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Besserung der sozialen Verhältnisse, der Schaffung guter Lebenschancen für die nächsten Generationen und der Bewahrung der kulturellen Vitalität.

Wir wollen damit den Begriff des Erbes aus der privaten Verengung befreien: weitere perspektivlose Reichtumsvermehrung nach den Gesetzen der heutigen Finanzwelt würde die Lebenschancen der Erben keineswegs verbessern, sondern vielmehr entscheidend verschlechtern. Wir wissen zudem, daß Stiftung und Engagement für das Gemeinwohl nicht nur das Gefühl persönlicher Freiheit erhöht, sondern die Substanz demokratischer Gemeinwesen entschieden verstärkt und kräftigt. Alte und neue Stiftungen und Schenkungen, die natürlich auf dem selbständigen freien Engagement beruhen, sollen sich soweit koordinieren, daß eine gemeinsame heilende und aufbauende Wirkung für eine lebens- und menschengerechte Zukunft sichtbar wird – eine Wirkung, der sich die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft nicht länger werden entziehen können.

Wir rufen alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich dazu imstande und berufen fühlen, auf, sich der Initiative dieses Manifestes anzuschließen - entweder eigene Schenkungen und Stiftungen ins Leben zu rufen oder Zustiftungen an bereits vorhandene, gemeinwohlorientierte Fonds zu leisten.●

Unterschriften aus dem Trägerkreis der Kampagne: Stephan Baldin, Aachen (Vorstand der Aachener Stiftung Kathy Beys); Karl Kerschgens, Seeheim-Jugenheim (Staatssekretär a.D.), Dorothee Kerschgens, Seeheim-Jugenheim (Diplom-Sozialpädagogin); Julia Kühn, Bochum (Vorstand der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V.); Dr. Dieter Manecke, Hürth (Pfarrer i. W., Leiter Projekt ZUGABE); Dieter Schöffmann, Köln (Geschäftsführer der VIS a VIS Agentur für Kommunikation); Frieder Wolf, Köln (Heinrich-Böll-Stiftung).

PROJEKTBESCHREIBUNG:

Das Ökoprojekt von Mobilspiel e.V.

- ist ein freier Träger, finanziert vom Stadtjugendamt München, in dem drei Frauen auf Teilzeitstellen arbeiten;
- initiiert, erprobt und vernetzt Projekte, Aktionen und Initiativen der ökologischen Bildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit;
- führt für und mit Kindern und Jugendlichen Modellprojekte durch;
- bietet MultiplikatorInnen Fortbildungen für die eigene ökopädagogische Praxis;
- mischt in Münchner, landes- und bundesweiten Arbeitskreisen und Gremien mit, um die Lobby für eine lebenswerte Umwelt und Zukunft zu stärken.

Adresse und Ansprechpartnerin:
MobilSpiel e.V., Ökoprojekt, Steffi Kreuzinger,
Welserstr. 15, D-81373 München
☎(0 89) 769 60 25, Fax 769 36 51

SCHÄFEREIGENOSSENSCHAFT FINKHOF E.G.

Dritte Internationale Agrarfachtagung

Unter dem Thema »Eignung, Funktion und Wirkungsgrenze von Kleinbauerngenossenschaften zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern und in Europa« veranstaltete das Finkhof Bildungswerk in Kooperation mit IFOAM (International Federation of Organic Agriculture) vom 6. bis 20. März eine dritte internationale Agrarfachtagung.
Das Finkhof Bildungswerk wurde 1992 vom Verein Hilfe zur Selbsthilfe e. V. und der Schäfereigenossenschaft Finkhof e. G. gegründet und veranstaltete bereits zwei internationale Agrarfachtagungen in den Jahren 1994 und 1996.
Die Teilnehmer der Tagung kamen aus aller Welt, aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Columbien, Costa Rica, Cuba, Nicaragua, Mexico, Israel, Kenia, Uganda, Sri Lanka, den Philippinen, USA und aus Europa, um zwei Wochen lang ihre Erfahrungen mit dem Welthandel auszutauschen.

TeilnehmerInnen der Tagung in Arnach — Foto: Finkhof e.G.

Claudia Riederer, Finkhof e.G. ● Von den insgesamt 52 Teilnehmern kamen 27 aus den Ländern des Südens, darunter Vertreter von Kleinbauernkooperativen, Nichtregierungsorganisationen (NGO's) und Genossenschaften, die vorwiegend Subsistenzwirtschaft betreiben, für den Export produzieren oder eine Mischform aus Subsistenz und Exportproduktion betreiben. Unter den Europäischen Teilnehmern waren Vertreter von Entwicklungshilfeorganisationen wie der Deutschen Welt Hunger Hilfe, der gtz (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit), des fairen Handels, wie z. B. El Puente, Dritte Welt Partner und Pro Trade, Vertreter des Biohandels wie Naturland und Zertifizierungsgesellschaften (IMO).

Die Tagung umfaßte vier inhaltliche Blöcke. Der erste Block diente vor allem der informellen Begegnung, besonders für die Teilnehmer des Südens. Wilfried Leupolz gab eine Einführung in das zentrale Thema, die Methodik und die Ziele der diesjährigen Agrarfachtagung unter besonderer Berücksichtigung der sozio-ökonomischen, sozio-kulturellen und agro-ökologischen Faktoren.

Die Teilnehmer hatten zudem die Möglichkeit einen Einblick in das Leben in Deutschland zu bekommen. Die Schäfereigenossenschaft Finkhof e. G., ein biologisch arbeitender Gemüseanbaubetrieb (Palm-Kiefel-Mayer) in Arnach und die Stadt Ravensburg mit seinem eindrucksvollen Bauernmarkt, auf dem auch der Finkhof einen Stand hat, wurden besichtigt.

Die Besichtigung der Schäfereigenossenschaft Finkhof e.G. bot den Teilnehmern einen Einblick in eine bereits seit 20 Jahren gut funktionierende landwirtschaftliche Genossenschaft, in der die GenossenschaftlerInnen gemeinsam leben, arbeiten und wirtschaften. Besonderes Interesse galt dabei den produktionswirtschaftlichen Aspekten der Schäfereigenossenschaft, ebenso wie den verschiedenen Arbeitsbereichen (Weberei, Näherei, Bäckerei, Hofladen u.s.w.) und den sozialen Errungenschaften, wie der Gemeinschaftskasse, den flexiblen Arbeitszeiten und dem hierarchiefreien Zusammenleben.

Im zweiten Block stellten die Teilnehmer ihre Kooperativen und Projekte vor, unter anderem vier Kaffeebauernkooperativen aus Mexiko die biologisch produzieren, teilweise »Naturland« zertifiziert sind und nach Holland, in die BRD und in die USA exportieren.

Ein Höhepunkt in der Vortragsreihe der Referenten war der Vortrag von Uri Adiv aus dem Kibbutz Gan Shmuel, dem größten Agrarproduzenten Israels. Eindrucksvoll schilderte Uri Adiv den Alltag im Kibbutz, die Konflikte mit der jüngeren Generation, die sich nicht mehr mit den sozialen Werten der Elterngeneration identifizieren kann und einen hohen Grad an Individualisierung anstrebt.

Im dritten Block stand wiederum die Besichtigung verschiedener bäuerlicher Selbsthilfeorganisationen und Genossenschaften im Vordergrund. Besichtigt wurde unter anderem der Maschinen und Betriebshilfering Leutkirch e.V. in dem 65% aller Bauern der Region organisiert sind. Der Maschinenring bietet ein gutes Beispiel für eine effektive Ausnutzung der Produktionsfaktoren Boden, Kapital (Maschinen), Arbeit und Fähigkeiten.

Eine Exkursion zur weltweit aktiven Rapunzel Aktiengesellschaft bot den Teilnehmern aus den Entwicklungsländern Gelegenheit neue Kontakte zu knüpfen und gewährte einen Einblick in die Verarbeitung, Verpackung und den Verkauf der weltweit importierten biologischen Produkte.

Bei der Exkursion zur oberschwäbischen Alpe Sonnhalde konnten sich die Teilnehmer der Agrarfachtagung vor Ort von der Umsetzbarkeit moderner umweltfreundlicher Technologien überzeugen und wurde durch die abschließende Kostprobe der auf der Alpe erzeugten Käsespezialitäten in Erstaunen versetzt, da oftmals hochwertige Qualität mit hochtechnisierten Produktionsverfahren assoziiert wird. Von Interesse war auch das alternative Finanzierungsmodell der Alpe Sonnhalde, einer Kombination aus Beteiligung an einem ökologischen Unternehmen, zinslosen Darlehen und Spenden.

Im vierten Block fand eine theoretische Aufarbeitung der Internationalen Genossenschaftsproblematik statt. Theo Bergmann, erimitierter Professor der Universität Hohenheim referierte über die Theorien der Kooperation und Perspektiven für Entwicklungsländer.

FISHNET (Farmers' International Selfhelp Network), ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das bei der letzten Agrarfachtagung gegründet wurde und in dem bereits viele Teilnehmer der Tagung organisiert sind, plant die Durchführung weiterer Agrarfachtagungen mit Zwischentreffen auf kontinentaler Ebene, hilft auch weiterhin bei der Suche nach Projektpartnern und organisiert Fortbildungen im organischen Landbau. Des weiteren hat es sich FISHNET zum Ziel gesetzt, nachhaltig am Konzept des fairen Handels und des Ökolandbaus zu arbeiten. Der Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern, der sich als besonders bereichernd erwiesen hat soll weiter gefördert und intensiviert werden.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Nutzung der Erfahrung anderer, die Wilfried Leupolz mit den Worten »kreative Plünderung« umschreibt hat sich als besonders tragfähig erwiesen im Projekt »Schafe im Kaffee«, in dem sich nicaraguanische Kaffeebauern die Erfahrungen der Schäfereigenossenschaft Finkhof im Bereich der Schafhaltung zu Nutze machten und das nun auch in Kenia seine Nachahmer findet.

Der Veranstalter der dritten internationalen Agrarfachtagung, das Finkhof Bildungswerk ist eine gemeinnützige GmbH, sie arbeitet also nicht gewinnorientiert. Die Tagung wurde von staatlichen und kirchlichen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit, Biohändlern und zahlreichen Spendern unterstützt.●

DIE GEMEINSCHAFT DER KLEINBAUERN

von Klaus Wittmann aus Arnach ● Vom »Prinzip der kreativen Plünderung« sprach Wilfried Leupolz, der Moderator der Veranstaltung. Und er meint damit, durch Hinhören und Hinsehen von anderen zu lernen, was man selbst verwerten kann – zum Beispiel wie die philippinische Genossenschaft »Panai fair trade center« ihre Bananenchips nach Europa vermarktet. Gerade einmal 11 hauptberufliche und 36 Teilzeitkräfte stellen die Chips aus biologischem Bananenanbau her, berichtet Ruth Fé Salditos. Freilich profitieren zwischenzeitlich von der kleinen Kooperative auf der Insel Panai mittelbar rund 7.000 Menschen. Die Informationen kann die Bio-Food-Genossenschaft aus Sri Lanka gut für die eigene Arbeit gebrauchen.

Obwohl die Kubaner, die von der Tierzucht- und Produktionsgenossenschaft gekommen sind, in ganz anderen Größenordnungen arbeiten, bekamen auch sie nützliche Anregungen für ihre landwirtschaftlichen Betriebe. Dilcia Garcia sagte, schon seit 20 Jahren bestehe ihre Dachorganisation, der rund 10.000 Bauern auf Kuba in 1.600 Genossenschaften angeschlossen sind. Sie interessieren sich vor allem für ein Projekt, das in Nicaragua seit zehn Jahren erfolgreich praktiziert wird: die Kaffeeplantagenpflege mit Schafen. Das Prinzip ist ganz einfach und alles andere als neu. Aber es geriet in der Hochzeit der Herbizide und Insektizide in Vergessenheit. »In den Zwischenräumen der Kaffeepflanzen wächst Gras«, erläuterte Wilfried Leupolz. Das fressen die Schafe. Die Kaffeepflanzung hat also einen Doppelnutzen: Auf der einen Seite spart man Herbizide ein, auf der anderen Seite produziert man Fleisch. Ein weiterer Vorteil ist die Biokaffeeproduktion, denn die Schafe sind ein wichtiger Bioindikator. Die reagierten anfällig auf die Insektizide, so daß man eben keine Spritzmittel mehr ausbringen konnte. So ist man zur biologischen Kaffeeproduktion gekommen – und die bringt 20 bis 30 Prozent mehr Erlös.

Auch soziale Projekte wurden in Arnach diskutiert, jenes zum Beispiel aus Uganda, von dem Miriam Nsubuga berichtet. Sie hat in ihrer Heimat eine Initiative gegründet, mit deren Hilfe sich ledige Mütter durch den biologisch-organischen Anbau von Erdnüssen unabhängig machen wollen. Viele von ihnen hätten ohne dieses Projekt keine Aussicht auf einen Job gehabt. Durch den Kongreß bieten sich der Initiative Möglichkeiten der Vermarktung, die helfen, das Projekt zu etablieren.

»Fishnet« heißt die weltweite Initiative, die Kleinbauern helfen soll, sich auf dem Markt zu behaupten.●

Aus: taz vom 23.3.98

Kontakt: Finkhof Bildungswerk, Tel. (0 75 64) 93 17 18, Fax 93 17 12 44

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Mächtig-Werden durch Netzwerke und Kampagnen

Mächtig-Werden durch Netzwerke und Kampagnen, so heißt ein Seminar der Stiftung MITARBEIT vom 26. bis 28. Juni in Bad Honnef in der Nähe von Bonn. Das Bilden und die Wirkung von Netzwerksarbeit und Kampagnen sollen mit Hilfe von Beispielen aus verschiedenen Bereichen (Bürgerbeteiligung, Frieden, Frauen, Umwelt, Soziales) durchschaubar und nachvollziehbar gemacht werden. Der Prozeß des Organisierens, Erfolge und Mißerfolge werden beleuchtet.
Kontakt: Sylvia Fels, Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Tel.: (02 28) 604 24 16

VERANSTALTUNGSORGANISATION

Seminarmanagement am konkreten Beispiel

Martina Racki, Red. Genossenschaften ● Das Thema Veranstaltungsmanagement und dessen konkrete Umsetzung bearbeitet der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) vom 20. bis 24.05.1998 in Bremen. Den inhaltlichen Input im ersten Teil des Seminars gibt Manuel Röschinger von Öconsult in Frankfurt. Die praktische Umsetzung geschieht dann anhand der Tagungsplanung für das Sommerseminar des TAK AÖ zum Thema »Globalisierung und ihre Alternativen« vom 21.-27.8.98 in Oberursel. In der dortigen Schule der Gewerkschaftsjugend feiert der Arbeitskreis sein Jubiläum. Vom abendlichen Kulturprogramm abgesehen, wird die Jubiläumstagung aus drei Schwerpunkten bestehen:

- Vom 21.-23.08. findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Erörterung zur »Globalisierung« statt, zu der namhafte Referierende eingeladen werden. In diesem Schwerpunkt wird es um die allgemeine Betrachtung und Kritik dieser weltweiten Tendenzen gehen.
- Ab dem 23.08. soll das Augenmerk auf die Frage gelegt werden, was die Globalisierungstendenzen für die Entwicklungsprozesse Alternativer Ökonomie bedeuten. Am 24. und 25.08. wird angestrebt (wie dies auch 1988 in der Evangelischen Akademie in Arnoldsheim und 1993 in der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg der Fall war) in einer Vielzahl kleiner Arbeitsgruppen dies im einzelnen zu erörtern. Dabei sind sowohl branchenbezogene Arbeitsgruppen (z.B. Regionalentwicklung, Genossenschaften, Weiterbildungsträger, alternative Gruppen im Internetbereich, Assistenzgenossenschaften, Tauschringe, Stiftungen ...) als auch strukturelle Arbeitsgruppen (Qualifikation, Finanzierung, Vernetzung ...) geplant.
- Schließlich ist daran gedacht, die Tagung am 26.08. (einschließlich der Diskussion der Ergebnisse am 27.08.) in einige kleine Zukunftswerkstätten einmünden zu lassen, in denen die Lage der Alternativen Ökonomie im 3. Jahrtausend angesichts der Globalisierung utopisch und strategisch gewendet werden soll.

Wer inhaltlich oder organisatorisch sich an den Vorbereitungen oder der Durchführung der Tagung beteiligen will, sollte möglichst zu dem Seminar über Veranstaltungsmanagment kommen. Weitere Informationen dazu sind über Martina Racki, Scheffelstraße 46, D-79102 Freiburg erhältlich.●

LEIPZIG:

Bundeswirtschaftsministerium fördert Aussteller:

Europäische Messe denkmal '98

Das Bundesministerium für Wirtschaft wird seine Förderung von Ausstellern aus den neuen Bundesländern und Berlin-Ost auf Messen in Deutschland bis zum Jahresende fortsetzen. In die Förderung wurden solche Messen aufgenommen, die mindestens 20 Prozent ausländische Besucher und Aussteller aufweisen. Dazu gehört auch die denkmal '98, Europäische Messe für Denkmalpflege und Stadterneuerung, die vom 28. bis 31. Oktober auf dem neuen Leipziger Messegelände stattfindet. Zu dieser in Europa einmaligen Veranstaltung erwartet die Leipziger Messegesellschaft in diesem Jahr etwa 600 Aussteller aus über 15 Ländern, darunter erstmals aus den USA und Kanada.

Die Förderung können alle Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft beantragen, die unter 250 Beschäftigte haben und deren Jahresumsatz 80 Mio DM nicht übersteigt. Ebenfalls antragsberechtigt sind Kammern, Verbände und Innungen als Organisatoren von Gemeinschaftsständen sowie Angehörige wirtschaftsnaher Freier Berufe. Anfragen zu den Förderkonditionen und den Bewilligungsanträgen sind an das Bundesamt für Wirtschaft, Frankfurter Str. 29-31, D-65760 Eschborn, Tel. (0 61 98) 40 40, zu richten. Informationen zur Messe: Leipziger Messe GmbH, Postfach 10 07 20, D-04007 Leipzig, Tel. (03 41) 67 80●

dp

FRAUENPROJEKTE IN PARIS

Ein speziell für MitarbeiterInnen aus dem Bereich der sozialen Arbeit und der Erwachsenenbildung entwickeltes Angebot bietet unter dem Titel »international travel & education« (ITE) seit neuestem das Paritätische Bildungswerk NRW an. Mit diesem Angebot soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich über die Praxis sozialer Arbeit in anderen Ländern zu informieren. Zudem ermöglicht der Vergleich der eigenen beruflichen Praxis mit der beruflichen Realität eines anderen Landes die Chance, die eigenen Verhältnisse in einem neuen Licht zu sehen und so bislang unbekannte Aspekte und Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Praxis sozialer Arbeit aufzudecken, aber auch Gefahren und Risiken von Entwicklungen zu erkennen und zu vermeiden.

Das erste Reiseziel soll vom 5.-9.10.98 Paris sein. Fachlicher Schwerpunkt der Reise sind »Frauenprojekte in Frankreich«, ein Erfahrungsaustausch für Frauen. Im März 1999 soll Rom mit den fachlichem Schwerpunkten allgemeine sowie die berufliche Weiterbildung in Italien besucht werden und im Oktober 1999 New York mit dem Thema erzieherische Hilfen/Familienhilfe in den USA.

Das Programm für die Reise nach Paris sieht u.a. folgende Informationspunkte vor: Am 6.10. geht es um »Frauen im Sozialsystem Frankreichs«, am 7.10. »Frauenhäuser und Frauenzentren in Frankreich – Notunterkünfte oder mehr?«, am 8.10. »Frauenberatung in Frankreich – Féminin oder Féministe?«.
Nähere Informationen gibt es über das Paritätische Bildungswerk, Elfi Thurow, Herwarthstr. 12, D-50672 Köln, Tel. (02 21) 951 54 20●

dp

Eindruck hinterlassen. Täglich.

Die taz hat Profil:
Holen Sie sich den Beweis. **Sechs Wochen lang Probelesen für 30 Mark.**

☐ **Ja, ich will die taz testen. Sechs Wochen für 30 Mark.**
Das Mini-Abo enthält die monatlich erscheinende Zeitung *Le Monde diplomatique.*

Einfach den Coupon ausfüllen:

Vor- und Zuname

Straße und Hausnummer

Zusätzliche Angaben (Gebäudeteil, Innenbriefkasten, ...)

Postleitzahl und Ort

Vorwahl- und Telefonnummer

Unterschrift

125

Zahlungsart:

☐ Scheck über 30 Mark.

☐ Gegen Rechnung.

Das Mini-Abo verlängert sich nicht automatisch.

taz, die tageszeitung.
Aboabteilung
Postfach 610229
10923 Berlin
E-Mail: abomail@taz.de

Abotelefon:
(030) 259 02-141
und Abofax:
(030) 259 02-280

die tageszeitung

ORIENTIERUNGSHILFE

Kulturelle Berufsfelder im Wandel

Die öffentliche Finanzkrise löst auch im Kulturbereich, der sich in Deutschland traditionell in öffentlicher Zuständigkeit befindet, tiefgreifende Umstrukturierungen aus. Mit den Auswirkungen, die diese Veränderungen auf das Selbstverständnis und den Arbeitsmarkt von Kulturvermittlern und -schaffenden, von Kulturarbeitern und -pädagogen haben, befaßt sich eine im LKD-Verlag neu erschienene Publikation.

Der Band dokumentiert Ergebnisse der Fachtagung des Studiengangs Kulturpädagogik an der Universität Hildesheim, die im Januar 1996 stattfand. Unter dem Thema »Kulturelle Berufsfelder im Wandel« werden Perspektiven kultureller Arbeitsfelder aufgezeigt und Strategien entwickelt, wie auf die Veränderungen nicht mit »Krisenszenarien«, sondern konstruktiv reagiert werden kann.

Die Veröffentlichung kann zum Preis von DM 19,– zzgl. Versand beim LKD-Verlag, Luisenstr. 22, D-59425 Unna, Tel 02303/69324, Fax 65057 bezogen werden.●

ub

DAS ZUKUNFTSMANIFEST

»Damit sich etwas ändert, muß Vieles geändert werden«, mit solchem Anspruch auf den Plan gerufen, macht sich der Trendforscher Matthias Horx auf die Suche nach dem neuen Zivilisationstypus der Zukunft, der sich wesentlich vom heutigen Menschen unterscheiden muß. Besonders engagiert zieht er dabei gegen das Kassandragewerbe, den deutschen Alarmismus, der »Nörgelkultur« ebenso wie gegen die Mahner und Warner vor dem Ende des Wohlstands – also gegen den Pessimismus schlechthin – zu Felde.

Mit der »Kultur des Wandels« umschreibt Horx nicht etwa Szenarien oder spektakuläre Technologien; ihm geht es hier um das »Innere des Wandelungsprozesses, seine Anatomie und Psychologie«, denn »Zukunft wird nicht von Technologie alleine erzeugt« (S. 17). Nicht weniger entscheidend sind unsere gesellschaftlichen und privaten Möglichkeiten, mit Veränderungen umzugehen. Als zentrales Problem der heutigen Gesellschaft sieht Horx die wachsende Komplexität im Alltag. Die ständige Zunahme an Optionen und der Verlust an Eindeutigkeit machen nichtlineares Denken zur existentiellen Notwendigkeit. Komplexitätsreduzierer – vom Populisten zum Weltungangsbeschwörer – sind dem Autor demnach ein Greuel. Die Idee des Komplexen hält er für ein wichtiges Werkzeug für unseren Weg in die Zukunft, ja sie könnte sogar »die alten utopischen Weltbilder, die von spektakulärer Überwindung ... handeln, ablösen« (S. 65). Wir können erst dann behaupten, die Zukunft zu sehen, wenn wir in der Lage sind »Strukturen des »sowoh-Als-auch« in unserem Bewußtsein zu akzeptieren« (S. 35).

Zweifellos versteht Matthias Horx das Trendgeschäft vorzüglich, gibt sich demnach keine Blöße und selbstverständlich optimistisch, analysiert gegenwärtige Megatrends wie Individualisierung, Globalisierung, Informationsgesellschaft und stimmt uns (nicht nur das höhere Management) entgegen der vielfach praktizierten endlosen »Aneinanderreihung von Düsternissen« auf eine positive Zukunft ein. Genau diese Zukunftsbejahung fordert er auch von der Politik, die der Gesellschaft eine Vision ihrer möglichen Zukunft anbieten muß, an der sie sich orientieren und verändern kann. Der vorgestellte Zukunftsentwurf gefällt sich aber nicht nur in blindem Optimismus, sondern beschreibt gangbare Wege der Zukunftsbewältigung, ohne näher auf die wirklich existentiellen Bedrohungen für die Menschheit einzugehen. Ein Lese- und Denkvergnügen, dem sich niemand verschließen sollte.●

A. R., Pro Zukunft

Horx, Matthias: Das Zukunfts-Manifest. Wie wir uns auf das 21. Jahrhundert vorbereiten können. Düsseldorf (u.a.): Econ, 1997. 336 S. (Edition Zukunft) DM 48,– / sFr 44,– / öS 355,–

GLOBALE FRIEDENSORDNUNG

Das Zukunftsszenario des Autors ist pessimistisch: »Die Industrienationen des Westens schicken sich an, ihre ökonomischen Interessen weltweit durchzusetzen wenn nötig auch mit militärischer Gewalt.« Bialas zieht gar Parallelen zur Kolonialisierung Altamerikas durch die Europäer im 16. Jahrhundert, mit der die »Weltherrschaftsgeschichte« der westlichen Kultur eingeleitet worden sei. Und er diagnostiziert eine geistige Verarmung unseres Zeitalters, die sich in einem »aufgezwungenen Konsum« und der »Langeweile eines manipulativen Kulturbetriebs« ebenso äußere wie in der »Ratlosigkeit des Denkens« (einschließlich der Beliebigkeit einer »aufgeblasenen Postmoderne«). Die endgültige Etablierung der neuen Weltordnung würde die sozial-ökonomischen Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, Konzernprofiten und verarmten Gemeinwesen, reichen Zentren und verarmten Peripherien verschärfen »und den ganzen Planeten in den Strudel von Verelendung, Gewalt und Umweltkatastrophen hineinreißen« (S. 69).

Dem setzt der Autor die »Perspektive einer globalen Friedensordnung« entgegen, die sich durch demokratisch verfaßte Gesellschaften, eine weltweit gerechte Wirtschaftsordnung, eine institutionell gesicherte Internationale Rechtsordnung sowie durch neue ethische Kriterien jenseits der »leistungsorientierten Wettbewerbsgesellschaft« auszeichnet. Als Träger dieses Friedensprozesses benennt Bialas »eine neue Koalition der Verantwortungsbewußten mit den Ausgegrenzten«, das »Zusammengehen jener, die um das Elend der Welt wissen und nicht willens sind, die Verschärfung der weltweiten Probleme resignativ und fatalistisch hinzunehmen« (S. 69).

Der an philosophischen und theologischen Bezügen reichen Abhandlung ist zuzustimmen, daß die weltweite Durchsetzung der Werte eines Konkurrenzkapitalismus nicht das Ziel sein kann, zum anderen sind aber Apokalypsedrohungen wohl auch kein guter Ratgeber. Die vom Autor zu Recht geforderte »globale Umverteilung« kann durch den gegenwärtigen Globalisierungsprozeß auch gefördert werden. Soziale Grundrechte in aller Welt zu erkämpfen, wird u. a. Aufgabe nationaler wie internationaler Gewerkschaften sein.●

H., Pro Zukunft

Bialas, Volker: Die zwei Gesichter einer neuen Erde. Weltherrschaft und Kooperation als widerstreitende Prinzipien planetarischer Neuordnung. Münster: Agenda-Verl., 1997. 137 S. (Agenda Frieden; 22) DM 34,– / sFr 34,– /öS 265,50

NACHHALTIGE WELTBILDER

Im September 1997 fand an der Universität Hannover ein kleiner Kongreß *»Nachhaltige Weltbilder«* statt (Bericht in CONTRASTE November 97, S. 12). Zu diesem Kongreß über Ökologie und Autonomie ist nun ein Reader erschienen, der Beiträge vom und zum Kongreß veröffentlicht und so das Geschehen für Dabeigewesene und andere nochmals ins Gedächtnis ruft. Die zwölf Beiträge vom Kongreß legen die theoretischen Prämissen und praktisch-politischen Konsequenzen einer grundsätzlichen Kritik der nachhaltigen Entwicklung dar, so zum Beispiel im Beitrag von Christoph Spehr, Autor des Klassikers der Nachhaltigkeitskritik »Die Ökofalle«. Ralf Strobach von der Bürgerinitiative Umweltschutz Hannover stellt aber zuerst einmal den Inhalt der Agenda 21 vor. Johannes Weigel (ASTA Hannover) und Peter Döge widmen sich der Kritik der theoretischen Annahmen von Sustainable development, während die Hannoveraner Anti-EXPO-AG untersucht, welch erfolgreiche Verbindung Nachhaltigkeit und das Großprojekt der Weltausstellung *EXPO 2000* eingehen.

Das dritte Kapitel thematisiert dann Regionalisierung, Subsistenz und Gegenmacht: Christa Müller vom *Institut für Theorie und Praxis der Susbsistenz* berichtet von ihren Forschungen zur Zerstörung der auf Gegenseitigkeit beruhenden Subsistenzökonomie in einem kleinen nordrheinwestfälischen Dorf. Sie schenkt vor allem den kulturellen und sozialen Aspekten von Ökonomie und Regionalisierung Beachtung. Jörg Bergstedt zeigt »Wege zu einer anderen Ökonomie«. Die Diskussion zu Bevölkerungspolitik ist mit zwei Beiträgen vertreten, beide von Jörg Djuren und Ute Finkeldey. Sie zeigen, wie »ökologische« Argumente in den Überbevölkerungsdiskurs eingebaut werden.

Nachhaltige Weltbilder ist ein unschlagbar preiswertes Kompendium der Nachhaltigkeitskritik, das sowohl für AnfängerInnen in der Thematik, wie auch für alte HäsInnen nützlich ist. Die Beiträge sind durchgehend von recht guter Qualität. Aus dem Rahmen fällt nur ein Beitrag von Jörg Bergstedt, der mit einem mechanistischen Gesellschaftsbild aufwartet, das sich zwar gesellschaftskritisch dünkt, aber von einer Kritik des Kapitalismus weit entfernt ist. Sich als kritisch verstehende Vorstellungen von Filz, Lüge, Manipulation, Schein-Sachzwängen und ähnlichem waren, so platt wie Bergstedt sie benutzt, auch schon in früheren Stadien des patriarchalen Kapitalismus falsch, wenn nicht reaktionär. Seine konkreten Vorschläge haben dann in Einzelpunkten eine sehr neoliberale Schlagseite: »Abschaffung aller Grenzhindernisse, freier Warenaustausch für alle«, oder »keine staatliche Planwirtschaft, echte Marktwirtschaft überall, auch im Energie- und Agrarbereich« (S. 127). Komische Vorstellung von einer »anderen Ökonomie«. Dieser Ausreißer tut aber dem hier vorliegenden gelungenen Mix aus »theoretischen« und weniger theoretischen Beiträgen keinen Abbruch.●

Bernd Hüttner

ASTA Uni Hannover u.a. (Hrsg.): Nachhaltige Weltbilder. Hinter den Kulissen nachhaltiger Entwicklung, 192 S., 7 DM plus Porto. Bezug z.B. über Anares Nord, Postfach 20 11, D-31315 Sehnde.

SIEMENS NUKLEAR

Siemens ist inzwischen der einzige deutsche Großkonzern, der die Atomenergie technisch und politisch weiter vorantreibt. Das ist die Kernthese des soeben erschienenen Alternativen Geschäftsberichts »Siemens Nuklear«, der vom Koordinationskreis Siemens-Boykott in Auftrag gegeben wurde. Der von Henrik Paulitz verfaßte Bericht analysiert in 4 Kapiteln die gesamte Bandbreite der nuklearen Aktivitäten der Siemens AG: von den Service- und Nachrüstungs-Geschäften mit den derzeit betriebenen Atomanlagen bis hin zur Entwicklung und dem Bau neuer Atomkraftwerke. Besondere Sorgfalt wird auf die Rolle von Siemens in Osteuropa gelegt. Es wird deutlich, daß das Unternehmen auf hohe Sicherheitsansprüche verzichtet und mit Nachrüstungen, mit der Fertigstellung angefangener Kraftwerksbauten und mit der Entwicklung einer völlig neuen Reaktorlinie diesen Markt langfristig erschließen möchte.

Wer sich das Kapitel »Risiken der laufenden Siemens-Reaktoren« durchliest, dürfte endgültig das Vertrauen in die Nukleartechnik 'made in Germany' verlieren. Eine schier endlose Liste von Störfällen in den von Siemens errichteten Atomkraftwerken macht die chronischen Defizite anschaulich deutlich. Die Darstellung über die Einlagerung radioaktiver Partikel in unseren Knochen zerstört die Illusion eines geordneten Normalbetriebs. Der sehr ansprechend gestaltete und reich illustrierte Bericht macht transparent, welche Rolle der Kraftwerkshersteller Siemens in dem engen Geflecht von Energieversorgern, Großbanken und Politik spielt, und erörtert, wie wahrscheinlich der Bau eines neuen Atomkraftwerks in Deutschland ist. Die verantwortlichen Spitzenmanager werden beim Namen genannt und ihre zahlreichen Mandate in den Aufsichtsräten deutscher Großkonzerne aufgeführt.

Die Kritik an den Atomgeschäften mündet in die Forderung der Herausgeber, Siemens solange zu boykottieren, bis der Konzern das Atomgeschäft aufgegeben hat. Dieser Boykottkampagne, der sich seit 1993 bundesweit über 130 Verbände und Initiativen angeschlossen haben, ist der Mittelteil der Broschüre gewidmet. Das als herausnehmbarer Sonderteil gestaltete Kapitel enthält rechtliche Hinweise zum Boykottaufruf, zahlreiche Aktionstips und Argumentationshilfen für die aktive Boykottarbeit.

Der Bericht muß die Frage offen lassen, ob der Boykott von Siemens-Produkten das Unternehmen zum Ausstieg aus der Atomenergie wird bewegen können. Die dargelegten bisherigen Reaktionen aus dem Hause Siemens lassen allerdings keinen Zweifel daran, daß Siemens die Boykott-Kampagne sehr ernst nimmt. Der schonungslose Report »Siemens Nuklear« wird sein übriges dazu tun, das sorgsam gepflegte »Öko-Image« des Konzerns nachhaltig zu beschädigen.●

ub

Koordinationskreis Siemens-Boykott, Berlin 1998: Siemens Nuklear – Alternativer Bericht über die Atom-Geschäfte der Siemens AG, 52 Seiten DIN A4 mit zahlreichen Abbildungen, Tabellen und Exkursen. Preis 6,–DM Koordinationskreis Siemens-Boykott, Friedrichstraße 165, D-10117 Berlin, Tel. (0 30) 204 47 84, Fax -85

TAUSCHEN STATT BEZAHLEN

»Drucken Sie ihr eigenes Geld – ganz legal!« so ruft Manon Baukhage auf zu einem neuen lokalen Papiergeld, wie es bereits in den USA, etwa in Ihaca üblich ist. Und es ist entgegen allen Gerüchten legal, es darf nur nicht zum Verwechseln ähnlich mit einer Nationalwährung sein!

Zwei begeisterte Tauschring-Mitinitiatoren des LETS Isartal, einem deutschen Tauschring, geben einen überaus spannenden und ausgezeichneten Überblick über die aktuelle Entwicklung der deutschen, englischen, französischen und amerikanischen Tauschkreise – mit Weitblick: Das Positive dominiert, aber es gibt auch Negatives und damit gehen sie offen um, aber so, daß die positiven Möglichkeiten unterm Strich klar überwiegen.

Das Buch ist in vier Teile gegliedert: der erste besteht aus hautnahen Beschreibungen verschiedener deutscher LET-Systeme, der zweite Teil handelt von der Entstehung der Idee der »vielen kleinen Welten ohne Geld«, im dritten geht es um internationale Erfahrungen und der vierte ist ein mutiger, wichtiger Aufruf zum Drucken von lokalen Währungen und »wider die Religion des 'Zentralbank-Kultes'«. Im Anhang, den Daniel Wendl erstellt hat, liegt das derzeit umfangreichste weltweite Adreßverzeichnis von allen Tauschkreisen vor, mit e-mail-Adressen und Homepage-URLs. Österreich ist leider schlecht recheriert. Eine weitere gute Idee: Mit der beigelegten Mitmachpostkarte kann jede/r Tauschenflammte »seinen/ihren Tauschring um die Ecke« dank des Adreßregisters anschreiben.

Baukhage schafft es, spannend Geschichten zu erzählen und die einzelnen Tauschkreise lebendig werden zu lassen, aufgrund der epischen Breite gibt es aber schon auch mal Längen. Man atmet meist auf, wenn eine Story wieder am Ende ist und es tanzen einem die Akteure noch im Kopf herum. Immer wieder betont sie, daß es »ohne Geld« geht. Das ist eine bewußt gewählte Wortwahl, die aber den Tatsachen nicht standhält. Ohne Nationalwährung, ja, aber sie will es nicht so nennen, dennoch: auch Lokal-, und Phantasiewährungen sind Geld, geldwertig zumindest, weil Arbeitsleistungen getauscht und mit etwas Geldwertigem vergütet werden. Sie betont aber v.a. den sozialen und ökologischen Aspekt und läßt den ökonomischen, soweit möglich, beiseite. Alles in allem ein gelungenes Buch, das den Tauschringen (dieses Wort vermeidet sie so weit möglich), »der Bewegung für ein Leben ohne Geld und Zinsen« sicher bei ihrer Verbreitung und Aufwertung des Selbstbewußtseins weiterzutauschen, helfen wird.●

Reinhard Pichler

Baukhage, Manon/Wendl, Daniel: Tauschen statt bezahlen. Die Bewegung für ein Leben ohne Geld und Zinsen, Rotbuch Verlag, erschienen im März 1998

IDEEN STARK MACHEN

Ein »Rezeptbuch« zur professionellen Organisation von Initiativenarbeit hat der in Unna ansässige LKD-Verlag jetzt unter dem Titel »Ideen stark machen« vorgelegt. In 31 Kapiteln und hunderten wohldosierten Tips und Tricks erläutern Klaus Rogge, Mark Smith und Patricia van den Brink, worauf es bei der Gründung, Selbstbehauptung und Professionalisierung erfolgreicher Initiativenarbeit ankommt. Die gemeinsam vom Bundesverband der Jugendkunstschulen, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (NRW) und von der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren herausgegebene »Planungs-, Arbeits- und Reflexionshilfe« basiert auf dem britischen Initiativen Klassiker »Organise!«, der für das deutsche Publikum grundlegend überarbeitet wurde. Herausgekommen ist ein übersichtliches, gut lesbares und strapazierfähiges Informationsbrevier, in dem guter Rat nicht teuer ist. Zu beziehen ist der Band für DM 24,80 (zzgl. Versand) beim LKD-Verlag (Luisenstr. 25, D-59425 Unna, Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57).●

dp

Klaus Rogge, Mark Smith, Patricia van den Brink: Ideen stark machen, Organisations-Handbuch für Initiativen, Hrsg. Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen, Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Landesverband NRW), Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren, ISBN 3-931949-12-5, 166 S, DM 24,80

VIDEO: KAFFEEBARONE

Seit Einführung des Kaffeeanbaus bestimmt eine kleine, aber sehr einflußreiche Deutsche Gemeinde die Geschicke Guatemalas. Die alten Kaffeebarone führen durch ihre riesigen Pflanzungen und Salons, zeigen alte Filme und verblaßte Fotos. Aus ihren Geschichten entsteht die Geschichte der Kolonisierung: wie Sklaven pflücken die Indios den Kaffee, sortieren Kardamom, sind billige Arbeitskräfte der Textilfabriken und ertragen sogar die tätschelnde Hand auf ihrem Kopf.

Bis heute profitiert die junge Unternehmergeneration von der Pionierarbeit ihrer Vorfahren und verweist hinter anonymen Firmenschildern stolz auf die positive Handelsbilanz und wichtige Posten in der Regierung. Doch im Land der ewigen Diktaturen herrscht Krieg; die Indios wehren sich gegen Landraub, Verachtung und Massenmord.

Kommentarlos beschreibt der Film Positionen, die durch die Zeiten zwar moduliert, nicht aber verändert wurden. Er kreist um Fragen der Macht, der Identität, der Zivilisation.●

dp

Dokumentrafilm »Die Zivilisationsbringer – Deutschtum in Guatemala«, 1997, 130 min. Farbe/SW, deutsch-spanisch (dt. UT)
Produktion und weitere Information:
ISKA, Oberste Gasse 24, D-34117 Kassel, Tel. (05 61) 77 28 94, Fax: 1 41 53,
E-Mail: iska@asco.nev.sub.de

PIONA-NEWS ERSCHIENEN

Die zweite Ausgabe von *PionaNews*, dem Medium der Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren, ist auf dem Tisch. Kurz und knackig enthält sie die Highlights des 6. internationalen Kongresses der Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren, der im März in Hannover stattfand.

PionaNews berichtet auch über lokale Aktivitäten und überregionale Vernetzungen. Das Newsletter kann kostenfrei angefordert werden bei der Herausgeberin:
Frauen-Computer-Schule München, Volkartstr. 23, D-80634 München
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
http://www.frauen-computer-schulen.de

Agelika Huber

SCHATTENGÄNGER

Zwar spielt der »Schattengänger« in einer postapokalyptischen Zukunft, allerdings ist die Story weniger dem Science Fiction-, sondern mehr dem Horror-Genre zuzurechnen: Nach dem großen Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation beherrschen Alptraumgestalten die Erde. Diese unheimlichen Kreaturen durchstreifen eine verwüstete und trostlose Landschaft der ewigen Dämmerung. Sie leben in den verlassenen Gebäuden der Menschen und lauern den wenigen Überlebenden auf.

Die letzten Menschen haben sich in den »Domen« – kleinen, von Licht durchfluteten Städten, verbarrikadiert. Einziger Kontakt zur Außenwelt ist der »Schattenbrenner«, ein Einzelgänger und Kämpfer, der von Dom zu Dom zieht und es mit den lebendig gewordenen Nachtmahren aufnimmt. Von Zeit zu Zeit dürfen ihn wenige Auserwählte aus den »Domen« begleiten. Diesmal ist die Reihe an Zachain und Vaux gekommen. Zachain ist ein junger Mann, der scheinbar sein Gedächtnis verloren hat, aber von Visionen geplagt wird, die eine Welt zeigen, in der es eine Sonne gibt und die unheimlichen Wesen nur in der Phantasie der Menschen existieren. Zu Dritt begeben sie sich auf eine gefährliche Reise ...

Dem Nachwuchs-Talent Ralf Schlüter ist mit dem »Schattengänger« ein ungemein spannender und unheimlicher Horror-Comic gelungen. Zwar haften Schlüters Zeichnungen – gerade in der Anatomie – noch einige amateurhafte Mängel an, jedoch wird dies mehr als wett gemacht durch eine stimmungsvolle und teilweise sogar beklemmende Atmosphäre, die er mit seiner gelungenen Spannungsdramaturgie und reichen Phantasie heraufbeschwört. Die macht den »Schattengänger« zu einem wahrhaft morbiden Lesevergnügen, das einem keine Sekunde außer Atem läßt.●

Jörg Petersen

Band 1: Das Dorf im dunklen Land. Zeichnungen und Text: Ralf Schlüter. 48 Seiten, vierfarbig, Album, DM 22,80, Verlag Thomas Tilsner

JOBS

Suche **Dipl.-Ing. Heizungsbaumeister, -gesellen**, Helfer zur Gründung eines selbstverwalteten Heizungsbau-Kollektivs im Raum BS/H.
☎(05 31) 235 19 72

Wir suchen zum nächstmöglichen Termin eine/n **Verlags-Geschäftsführer/in** mit Herz für die bäuerliche Landwirtschaft und besonderen Fähigkeiten und Interessen in den Bereichen Finanzen, Organisation und Verwaltung sowie Marketing und Ausbau unseres Verlagsprogramms. Geplant ist die Einstellung zunächst auf der Basis einer halben bis 3/4 Stelle. Wir suchen jemanden, der es sich zutraut, unseren noch kleinen Verlag kreativ und dynamisch weiterzuentwickleln. Bewerbungen bitte an:
ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Marienfelderstr. 14, D-33378 Rheda-Wiedenbrück

Ökotopia, Genußmittel- und Naturkostgroßhandel in Selbstverwaltung (Tee, Kaffee, etc.) sucht eine Frau für den Bereich **Verkauf** (Werbung/Gestaltung, Außendarstellung, Kundenkontakt, etc.), Erfahrung in einem (oder allen) dieser Bereiche wäre schön. Schriftliche Bewerbungen bitte bis 15.5.98 an:
Ökotopia GmbH, Gneisenaustr. 2a, D-10967 Berlin

JOBSUCHE

Ausbildungsstelle in einer Schreinerei mit ökologischer Ausrichtung gesucht. Ich, 22, habe zuletzt ein FÖJ geleistet.
Chiffre: Holzwurm

Ausbildungsstelle in alternativer, möglichst ökologisch ausgerichteter Zimmerei gesucht.
Christian Vahlbruch, Tollendorf 9, D-29473 Göhrde
☎(0 58 62) 74 60

Suche **Lehrstelle** und/oder Praktikumsstelle in Tischlereikollektiv, gerne Frauentischlerei zum Sommer/Herbst '98. Zuschriften unter:
Hanna Krüger, Tollendorf 9, D-29473 Göhrde
☎(0 58 62) 74 60

PROJEKTE

Wir (1F, 3M und 1 Fchen) suchen Leute, die mit uns gemeinsam in **Mecklenburg** leben und eine Windmühle betreiben wollen. Wir sind ein gemeinnütziger Verein und haben bisher die Mühle und umliegende Gebäude restauriert, eine Tischlerei gibt's auch!
Das Projekt soll durch Selbstversorgung, Müllerei, Bäckerei, Café und Kinderbauernhof erweitert werden. Ideen sind uns willkommen und Platz ist genügend vorhanden.
☎(03 99 71) 1 46 14

Ich träume von einer mittelalterlichen, autofreien Stadt nach urkommunistischen Prinzip. Wie ich darauf komme und was ich mir darunter vorstelle, will ich Euch gerne mitteilen.
Klaus Meinke, Conradin-Kreutzer-Str. 9, D-78467 Konstanz.

Fidibus: Ökologische Dorfgemeinschaft geplant in Nordbayern/Südthüringen. Mit den Bereichen: naturnahe Selbstversorgung, Handwerk, Altenbetreuung, Erziehung und Tagungshaus. **Infos:**
☎(09 11) 33 02 58 oder
(0 70 32) 8 20 79

KATALOGE

1968 – Deutscher Herbst. Antiquariatskataloge: »1968 – Vorläufer, Phantasien, Folgen« sowie »Karl Kraus u. die Fackel« jetzt anfordern – kostenlos:
Antiquariat Karla, Karolingerstr. 14, D-40223 Düsseldorf.

PROJEKT-AUSTAUSCH

Tradukas GbR – ein dezentrales, selbstverwaltetes **Übersetzerkollektiv** mit 11 Mitgliedern – würde sich gerne mit ähnlichen Ü.-Gruppen austauschen. c/o Willi Firth, Dunckerstr. 11, D-10437 Berlin
☎/Fax (0 30) 444 83 98

Mit dem Regenwald verschwinden nicht nur Bäume!

Infos bei:
Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

BRIEFFREUNDSCHAFT

Liebe Freunde,
ich hätte gerne Freunde in Eurem Land und lebe in der Ukraine. Meine Hobbys: Fotografieren, Reisen und außerdem sammle ich gerne Papiergeld, Stempel, Postkarten, Magazine und Münzen. Ich kann englisch, deutsch, ukrainisch und russisch. Über eine Antwort würde ich mich sehr freuen.
Sergei Naydonov, 28, Ostrovskogo St., vil. Novonikolaevka Melytopolsky R-N, Zaporozkaya ob., 332375, Ukraine

Erich Mühsam
Der Humbug der Wahlen

ISBN 3-88220-157-6

56 Seiten / 6,--DM

Klaus Guhl Verlag
Knobelsdorffstr. 8
14059 Berlin

»Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir« (taz): Jungle World ist »links und frech« (Die Zeit), aber auch »jeune et drôle« (Courrier International, Paris), hat »blattmacherische Stringenz und konzeptuelle Eleganz« (Diedrich Diederichsen, Spex). Eben ein »Trip für Leute, die kein Wochenende brauchen« (Zitty, Berlin). Alles in allem also »hip links und antideutsch« (Unique, Wien).

Jungle World

Die linke Wochenzeitung. Jetzt immer mittwochs.

Probe-Abo

☐ Ja, ich will Jungle World 8 Wochen für 20 Mark testen.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name
Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Ort

contraste

Jungle World · Fax 030 / 618 20 55
Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin

Neuerscheinung:
»Werktage werden schlechter«
Die Auswirkungen der Unternehmenspolitik von Daimler Benz auf die Beschäftigten. Ein Projekt von express/Mercedes Benz-Koordination, ISBN 3-88534-317-7, DM 12,–

● Welche Tendenzen zeichnen sich in der Unternehmenspolitik ab? ● Was haben die Abschlüsse für Beschäftigungs- und Standortsicherung gebracht? ● Wie stellt sich das Verhältnis von Tarifpolitik und betrieblicher Interessenvertretung dar? u.v.m.

express-Redaktion, Pf 10 20 63, 63020 Offenbach
Tel.: (069) 88 50 06, Fax: (069) 82 11 16

Neuerscheinung!

Agenda, Expo, Sponsoring · Recherchen im Naturschutzfilz

Geld regiert den Umweltschutz! Das Buch zeigt den Filz zwischen Staat, Wirtschaft und Umweltverbänden, den Einfluß rechter und esoterischer Kreise sowie Mängel in Strukturen und Strategien der Umweltbewegung.
Autor: Jörg Bergstedt ISBN: 3-88939-615-5 39,80 DM IKO-Verlag

Bestelladresse: Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.
Nähere Infos einschl. ReferentInnenliste gegen 1,10 DM in Briefmarken.

Weitere Bücher erhältlich:

Nachhaltige Weltbilder
Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte. 189 S., 7 DM.

Ö-Punkte 1/98
Aktuelle Ausgabe des Umwelt-Infodienstes mit Schwerpunkt zur Agenda 21. 64 S., 5 DM.

Graue Seiten
Kommentiere Umweltadressenliste. 56 S., 4 DM.

Aktionsmappe Umwelt
Tips für Basis-Umweltgruppen. A4-Ordner mit 280 S., 20 DM.

***ak* - analyse & kritik**
Zeitschrift für linke Debatte und Praxis

In der aktuellen Ausgabe u.a.:
- Ahaus: Tag X - trotz Termin-Trick ein Erfolg
- Saalfeld: Die Hetze gegen Antifa geht weiter
- Zur Situation der polnischen WanderarbeiterInnen
- Frankreich: Die Front National wird bündnisfähig
- Italien: 20. Jahrestag der Moro-Entführung
- Rußland: Verbrecher von heute - Geschäftsleute von morgen?
- 1848: Arbeiter-Selbstorganisation in der Revolution
- K. H. Roth: Über die "neuen" Arbeitsverhältnisse
- Che: Was vom Mythos bleibt
- Berlin: Never ending story Holocaust-Denkmal

Kostenloses Probeexemplar bestellen!
analyse & kritik
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174; Fax: 040- 40170175
ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de
36 Seiten im Zeitungsformat, DM 7,50

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Tun Sie etwas für Ihre Gesundheit:

Entspannen Sie sich, Frau Ditfurth!

Eine Untersuchung von Klaus Schmitt
über das Faszinosum *Menschliche Dummheit* und über den Versuch, den Faschismus mit faschistischen Methoden zu bekämpfen

"Sarkastisch, aber gut belegt, ein kleines Meisterwerk!"

... das man/frau bestellen sollte bei:

Edition AchtAcht3, c/o Klaus Schmitt, Apostel-Paulus-Str. 26, D-10823 Berlin, oder: **ESPERO**, c/o Uwe Timm, Wulmstorfer Moor 34a, D-21629 Neu Wulmstorf, oder: Versand **DER DRITTE WEG**, Rappenbergstr. 64, D-91757 Treuchtlingen, oder: Andre Siegenthaler, c/o **ANARES**, Postfach, CH-3000 Bern 8.

1 Exemplar 7 DM, ab 3 Exemplare jedes 6 DM, ab 10 Exemplare jedes 4,50 DM, alles incl. Porto. Vorauszahlung in Scheinen und/oder kleinen Briefmarken, grössere Bestellungen per Rechnung.

Die beiden unabhängigen Umweltzeitungen Berlins erscheinen jetzt gemeinsam.

DER RABE RALF
Anders leben
Ökologie - Ökonomie
AGENDA 21
Ohne Auto mobil
Umwelt-Bibliothek
Tips-Termine-Infos

Berliner Luft-Zeitung

Kostenlos an den einschlägigen Auslageorten in Berlin oder für 4 DM pro Ausgabe per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer: GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ (030) 44 33 91-0

iz3w
► blätter des informationszentrums 3. welt

iz3w ► Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

Themenschwerpunkte 1998:
► Banden ► Medien ► Sport ► Alter ► Gewerkschaften ► Drogen ► Menschenrechte ► Kindheit

Einzelheft DM 8,– ► Abo DM 60,– erhältlich im linken Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden oder direkt beim
iz3w ► Postfach 5328 · D-79020 Freiburg · Telefon (0761) 740 03 Telefax 70 98 66 · iz3w per E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de

☐ ich bestelle ein Probeabo: 3 Ausgaben für DM 15,–
Name
PLZ/Ort
Straße
Unterschrift
Datum

Alle 6 Wochen neu

anti atom aktuell

- ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
- gibt Einschätzungen und Meinungen der Anti-AKW-Bewegung wieder
- erscheint am liebsten monatlich
- 12 Ausgaben im Abo für 60 DM

Heft Nr. 88: Esoterik & Spiritualtät in linker Politik

Kostenloses Probeexemplar:
anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15
35394 Gießen

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
5,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 20,00 Mark

Heft 2/1998 Schwerpunkt:

Wessen Kultur in welchem Staat?

- Rechtlos? Indigene Völker
- Bezuglos? Konzept Kulturstaat
- Bodenlos? Partriachat Sprache

Weitere Themen
- Grundrechtsbeschuß: Großer Lauschangriff
- BAKJ-Beschluß: Integrierte JuristInnenausbildung

Forum Recht Abonnement:
Forum Recht Vertrieb
c/o Katharina Ahrendts
Christburger Str. 18
10405 Berlin

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **27367 Sottrum, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Blumenstr. 12, ☎ (0 71 44) 33 22 56; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; **Sozialpolitik:** 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 5.-7.6.98
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

AG SPAK

Sommerseminar:
»Globalisierung und ihre Alternativen«
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, wird in diesem Jahr 20 Jahre alt. Er hat in der Zeit seines Bestehens so gut wie alle Diskussionen begleitet, die sich um Fragen Alternativer Ökonomie drehten, gelegentlich auch mit vorangetrieben. Sein Jubiläum feiert der TAK AÖ vom 21.-27.08.1998 in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Vom abendlichen Kulturprogramm abgesehen, wird die Jubiläumstagung aus drei Schwerpunkten bestehen:

- Vom 21.-23.08. findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Erörterung zur »Globalisierung« statt, zu der namhafte Referierende eingeladen werden. In diesem Schwerpunkt wird es um die allgemeine Betrachtung und Kritik dieser weltweiten Tendenzen gehen.
- Ab dem 23.08. soll das Augenmerk auf die Frage gelegt werden, was die Globalisierungstendenzen für die Entwicklungsprozesse Alternativer Ökonomie bedeuten. Am 24. und 25.08. wird angestrebt (wie dies auch 1988 in der Evangelischen Akademie in Arnoldsheim und 1993 in der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg der Fall war) in einer Vielzahl kleiner Arbeitsgruppen dies im einzelnen zu erörtern. Dabei sind sowohl branchenbezogene Arbeitsgruppen (z.B. Regionalentwicklung, Genossenschaften, Weiterbildungsträger, alternative Gruppen im Internetbereich, Assistenzgenossenschaften, Tauschringe, Stiftungen ...) als auch strukturelle Arbeitsgruppen (Qualifikation, Finanzierung, Vernetzung ...) geplant.
- Schließlich ist daran gedacht, die Tagung am 26.08. (einschließlich der Diskussion der Ergebnisse am 27.08.) in einige kleine Zukunftswerkstätten einmünden zu lassen, in denen die Lage der Alternativen Ökonomie im 3. Jahrtausend angesichts der Globalisierung utopisch und strategisch gewendet werden soll.

Termin: 21.-27.8.98
Wer inhaltlich oder organisatorisch sich an den Vorbereitungen oder der Durchführung der Tagung beteiligen will, kann sich wenden an Martina Racki, Scheffelstraße 46, 79102 Freiburg oder an Prof. Dr. Dr. Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel.

COMUNIDAD A

Sommer-Camps '98
Wer hat Lust zur Instandsetzung von Häusern, Gärten, Wegen und Energieversorgung; zum Austausch von Erfahrungen, Informationen; zum Feiern (Dorffest am 18. Juli) und auf einen Versuch unsere Utopien von einem selbstbestimmten und kollektiven Leben zu teilen?
San Adrian ist ein verlassenes Dorf in den Bergen von Leon.
Termine:
1.-15.7./16.-31.7./1.-15.8./16.-31.8.98
Wer mehr wissen will, schreibt an:
COMUNIDAD A, A.P. 315, E-Ponferrada, Spanien

BERINGHOF

Arbeit und Leben in Gemeinschaft
Eine Erfahrungswoche vom 14.-19.6.98
Diese Tage bieten eine intensive Gelegenheit, Gemeinschaftsleben und sich selbst im Gruppenprozeß auszuprobieren. Alle Aspekte vom kommunitären Leben können in Theorie und Praxis berührt werden. Nicht nur für InteressentInnen am Beringhof, sondern für alle Gemeinschaft-Suchenden geeignet. Übern. u. verpfl. kostenlos, Semgeb. 150 DM. Infos u. Anmeldung bei: Beringhof-Gemeinschaft, D-58739 Wickede/Ruhr
☎(0 23 77) 33 51

FORUM DER FREIRÄUME

Die Agrarindustrie entwurzelt nicht nur Feldgehölze sondern ganze Dörfer. Im Nordosten liegen tausend ehemalige Gutsdörfer ohne landwirtschaftlichen Betrieb wie Inseln der Arbeitslosigkeit in der Agrarsteppe. Die umliegenden Felder sind in Besitz von Großbetrieben. Wo Menschen überflüssig werden, steigt das Interesse, in diesen halbverfallenen Dörfern selbstverwaltete ökologische Jugendprojekte mit dezentraler Qualifizierung zu etablieren. Pfingsten findet in einem Schloß mit Park am See in Mecklenburg das »Forum der Freiräume« statt. Dort werden nicht nur gemeinsam Landprojekte vorbereitet, sondern auch die Gründung einer Landprojektgenossenschaft geplant, mit der die rechtlichen Voraussetzungen für ökologische Erneuerung und sozialen Umbau geschaffen werden können.
Termin: 25.-31. Mai 1998
Prospekt anfordern bei:
Eckhard Gorontzi, Dorfstr. 46, D-17337 Taschenberg
☎/Fax (03 98 53) 30 68

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Buchführung für Existenzgründerinnen
Termin: 22.-24.5.98
Den Einstieg proben – Ein Berufsorientierungskurs
Termin: 25.-28.5.98
Grundlagen der Rhetorik und Gesprächsfähigkeit
Termin: 5./6.6.98
Buchführung für Freiberuflerinnen
Termin: 6./7.6.98
Projektwerkstatt: Gründen oder umgestalten
Termin: 8.-11.6.98
Öffentlichkeitsarbeit mit neuen Medien
Termin: 8.-12.6.98
Ich mache mich selbständig – und was nun?
Termin: 12.-14.6.98
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

GELD & ROSEN

Existenzgründung
15.-17.5.98, Geld & Leben, Neubrückenstr. 25-27, D-48143 Münster
☎(02 51) 4 60 60
5.-7.6.98, Arbeit & Leben, Walpodenstr, 10, D-55116 Mainz
☎(0 61 31) 23 44 91
Buchführung
Grundlagenwissen Rechnungswesen für Vereine
Termin: 14.-17.5.98, Weiterbildungsakademie Backnang, Sulzbacher Str. 4, D-71522 Backnang, ☎(0 71 91) 7 10 57

NETZ

Controlling für Einsteigerinnen
Zielgruppe sind Unternehmerinnen aller Branchen, Fachkenntnisse sind nicht erforderlich.
Termin: 19./20.6.98, Frankfurt/Main
Klüngeln als Marketingstrategie
Frauen schließen sich nur selten über ihre Stärke zusammen, um etwas zu erreichen. Die Klüngelwerkstatt will Sie ermutigen, bewußt Kontakte zu nutzen und Gelegenheiten zu suchen, Ihre Kompetenzen und Angebote ins Gespräch zu bringen. Klüngeln – was heißt das? Ich muß wissen, was ich anzubieten habe, das andere interessieren könnte. Ich muß auch wissen, was ich brauche und vom wem, um gut ins Geschäft zu kommen, welche Kontakte ich herstellen muß und wie beide Seiten davon profitieren können.
Termin: 6.6.98, Die Spinnen e.V.
Information & Anmeldung:
netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 794 90 46
E-Mail: netz@aries.de

ÖKODORF-INSTITUT

»Die inneren Fesseln sprengen«
Visionsklärung, Entscheidungsfindung, Konfliktlösung und Kennenlernen der Delphin-Gemeinschaft
Termin: 9.-10.5.98
Seminar zur Gemeinschaftssuche/-gründung
Termine: 21.-24.5.98 (Hannover), 20.-21.6.98 (Emmendingen), 25.-26.7.98 (Schopfheim)
2. ÖKODORF-Festival bei Mainz
Termin: 16.-23.8.98
Info: Karl-Heinz Meyer, Goethestr. 21, D-79650 Schopfheim
☎/Fax (0 76 22) 6 53 02

NETZ

Im Team erfolgreich
Erfolgreiche Teams vollbringen auch unter schwierigen Bedingungen außerordentliche Leistungen. Themen dieses Trainings sind: Teambildung, Teamphasen und Teamentwicklung, Zielklarheit Leitung, Verantwortung und Delegation im Team, Rollen im Team und Entwicklung eines »Wir-Gefühls«, Bearbeitung von Störungen und Konflikten.
Termin: 8.-10.6.98, Köln
Buchführung und Jahresabschluß
Buchhaltung und Steuern sind für viele Selbständige ein Buch mit sieben Siegeln. Arbeiten, die in diesem Zusammenhang anfallen, werden deshalb gerne an einen Steuerberater weitergegeben. Spätestens, wenn die Rechnung auf dem Tisch liegt, stellt sich die Frage, ob die Sache nicht billiger hätte sein können.
Termin: 20.6.98, Frankfurt/Main
Internet & Co
Mit dem Internet eröffnet sich ein Zugang zu Archiven, Bibliotheken, Datenbanken und Institutionen in aller Welt. In diesem Aufbauworkshop lernen Sie selbständig Datenrecherchen im Internet durchzuführen.
Termin: 27.6.98, Bremen
Information & Anmeldung:
netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 794 90 46
E-Mail: netz@aries.de

LEHMBAUTECHNIK

Ein alter und moderner Baustoff
Der seit Jahrtausenden bewährte, in den letzten Jahrzehnten vergessene Baustoff Lehm erlebt seit kurzem einen ungeahnten Aufschwung: niedriger Energieverbrauch, Vermeidung von Bauschutt und ein Wohnklima, das gegen Allergien und Bronchitis vorbeugen hilft, sind nur einige Gründe für diese Wiederentdeckung. Wie dieses umweltfreundliche Material auch mit technischen Hilfsmitteln und heutigen Lohnkosten unter Einsatz von neuentwickelten Verfahren eingesetzt werden kann, wird in einem **Bildungsurlaub vom 15.-19. Juni 1998 in Glücksburg** vermittelt. Der Fachreferent, Dipl. Ing. Marius Bierig ist als Unternehmer selbst seit Jahren aus erster Hand mit dem Material befaßt.
Baupraktiker und -planer sowie fachlich vorerfahrene BauherrInnen erlernen in dem an der Flensburger Förde mit internationaler Lehmarchitektur errichteten Weiterbildungs- und Technikzentrum »artefact« in Theorie und Praxis Grundlagen und konstruktiven Einsatz von Massiv- und Leichtlehmtechniken. Exkursionen zu Betrieben und Baustellen ergänzen das Seminar.
Nähere Informationen zu dem in mehreren Bundesländern anerkannten Bildungsurlaub sind erhältlich bei artefact e.V.
☎(0 46 31) 6 11 60, Fax 61 16 28

ÖKO-CAMP

Jugend-Umwelt Pfingstcamp
Vom 27. Mai bis 1. Juni 1998 wird in Ollendorf bei Erfurt (Thüringen) das fünfte Umweltpfingstcamp stattfinden. »Alternative Wirtschaft – ökologisch und sozial orientierte Modelle« ist das Motto des Camps, das keineswegs nur theoretisch behandelt werden soll. Arbeitskreise zu Chiapas, zur Ökobank, Vorstellung selbstverwalteter Betriebe, Gewaltfreies Training oder Food Coop werden angeboten. Ein bargeldloses Wirtschaftsmodell soll auf dem Camp angeboten werden. Natürlich wird es auch Arbeitskreise geben, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Motto stehen. Theaterspielen, Jonglieren, Trommel-AKs und anderes werden wie in jedem Jahr von selbst entstehen. Die TeilnehmerInnen können sich außerdem sowohl zu den klassischen Umweltschutz-Themen wie Atom, Verkehr oder Gentechnik als auch zu Antirassismus, Menschenrechte oder Antimilitarismus informieren.
Nähere Infos:
Öko-Camp e.V., c/o JAPS, Fürstengraben 30, D-07745 Jena
☎/Fax (0 36 41) 4 93 04

AGENDA, EXPO...

...Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz
Wie in der CONTRASTE Nr. 163 angekündigt, erschien Mitte April das gleichnamige Buch im IKO-Verlag. Autor Jörg Bergstedt (s. auch Seite 5) startete Mitte April eine Vortragsreihe. Hier die aktuellen Termine:
Dienstag, 12. Mai, 20 Uhr, Pavillon am Raschplatz (Hannover) Bundesweite Umweltverbände: Ein kräftiges Jein zur Expo! (Kurzvortrag im Rahmen einer Anti-Expo-Veranstaltung hannoverscher Anti-Agenda-Gruppen)
Info: Maria, c/o JANUN, ☎0511/3940415
Donnerstag, 14. Mai, 20 Uhr, Ökozentrum in Magdeburg, Harsdorfer Str. 49. Lebensläufe von UmweltschützerInnen: Erst radikal, dann angepaßt? (Kritik und Konsequenzen aus der Anpassung der einst radikalen Jugendumweltbewegung)
Perspektiventreffen vom 14. bis 17. Mai, Ökozentrum in Magdeburg, Harsdorfer Str. 49. Diskussion über Strategien, Vernetzung und Finanzierung radikaler Projektarbeit (Schwerpunkt Freitag: Etablierung der Jugendumweltbewegung, Samstag: Finanzierung ohne Abhängigkeit)
Diese Veranstaltungsreihe wird bundesweit getragen vom IKO-Verlag (Frankfurt) und der jungen Welt. Vor Ort sind regionale Initiativen AusrichterInnen der einzelnen Vorträge und Diskussionen.
Infotelefon bundesweit: Projektwerkstatt, ☎06401/903283

SOZIALE ÖKONOMIE

Soziale Ökonomie und soziale Unternehmen
Termin: 19.5.98, bzw. 3.7.98, Berlin
Planung von Unten
Termin: 20.5.98, bzw. 16.6.98, Berlin
Gemeinwesenarbeit/Geminwesenökonomie
Termin: 5.6.98, bzw. 7.7.98, Berlin
Social Auditing
Termin: 8.6.98, Berlin
Information & Anmeldung:
PIZ, Wiesenstr. 29, D-13357 Berlin
☎(0 30) 46 50 73 45, Fax 462 94 47

VON WEGEN '68...

...– Wir sind noch nicht zu Ende
Eine Veranstaltungsreihe des (J)AZ Marbach a.N. & (J)AZ-Sommertheater '98 (s. Seite 2)
So, 17.5. 1998, 20 Uhr (Jugendhaus Marbach) Ralf Reinders/Ronald Fritzsch (Berlin): »High sein, frei sein, ein bißchen Terror muß dabei sein«. Von den umherschweifenden Haschrebellen zur Bewegung 2. Juni. Ein freiwilliger Unkostenbeitrag ist erbeten.
Do., 21.5. 1998, 19.00 Uhr und 20.30 Uhr (Jugendhaus Marbach a.N.) Filmabend 19 Uhr »Zur Sache Schätzchen« (BRD 1967, R.: Peter Schamoni, 80 Min.)
20.30 Uhr »Zabriskie Point« (USA, R.: M. Antonioni, 111 Min.) (in Zusammenarbeit mit Kino-Mobil Stuttgart) Eintritt: Jeweils 6 DM; beide Filme: 10 DM
So., 21.6. 1998, 20 Uhr (Jugendhaus Marbach a.N.) Sabine Zurmuehl (Berlin): »Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen« – Zu den Ursprüngen der neuen Frauenbewegung. Ein freiwilliger Unkostenbeitrag ist erbeten.
Sa., 4.7. 1998, 10-18 Uhr (Div. Orte in der Innenstadt Marbach a.N.) Rudi Dutschke kommt nach Marbach! Ganztägiges Teach-In (Was die MarbacherInnen schon immer über '68 wissen wollten)
Sa, 11.7. 1998, 15 Uhr (Schillerhöhe Marbach a.N.) Gabba Gabba Hey: »Drei Kugeln auf Rudi Dutschke« Die Jazzband Gabba Gabba Hey (Buero für angewandten Realismus, Ludwigshafen) setzt gefühlvoll mit durchgehendem Groove, Keyboard und Jagdhorn die Gedichte der 68er Genration musikalisch um.
Sa, 11.7. 1998, 20 Uhr (Jugendhaus Marbach a.N.) »Von wegen '68 - Wir sind noch nicht zu Ende«-Konzert Live: Anorak und Babyfassung beides Bands aus dem Umfeld des Büro für angewandten Realismus, Ludwigshafen
Im Rahmen des (J)AZ-Sommertheaters werden im Juni und Juli noch ein bis zwei Happenings durchgeführt.

CGW & INWO

Die Wirtschaft aus weiblicher Sicht
Unter diesem Titel laden die »Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung« (CGW) und die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) zu einer Tagung vom 21.-24.5.98 nach Birkenwerder bei Berlin ein.
Vorträge: E. Meyer-Renschhausen, Maria Mies, Wera Wendnagel, Ricarda Buch.
Information & Anmeldung:
Werner Onken, Steenkamp 7, D-26316 Varel
☎/Fax (0 44 51) 8 57 14

FLI-FORUM

Forum für libertäre Informationen: Diskutieren, informieren, amüsieren!
Termin: 10. bis 14.6.98
Anmeldung und Infos:
1,10 DM Rückporto beilegen.
fli, c/o Meeuw, Postfach 3643, D-26026 Oldenburg

SERVICE-COUPON

CONTRASTE interessiert mich!
O deshalb möchte ich Euer Angebot wahrnehmen, drei Monate CONTRASTE für 10 DM zu beschnuppern. Den Betrag lege ich Euch in Briefmarken, als Schein oder Verrechnungsscheck bei. Das Schnupperabo endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
O Ich möchte Eure Arbeit als Fördermitglied unterstützen. Schickt mir Eure Satzung mit den Unterlagen zu.
O Ich bestelle hiermit Eure BUNTEN SEITEN 1998 für 30 DM, zzgl. 4 DM Versandkosten auf Rechnung.

Name: _____
Straße: _____
PLZ, Ort: _____
Unterschrift: _____

Ausschneiden und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
PLZ, Ort, Straße:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg